

Axel Springer Verlag AG, Postf. 10 08 64, 4300 Essen 1, Tel. 0 20 54 / 10 11
Wichtige Telefonnummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenredaktion Berlin (03 0 50) 10 15 24 / Vertriebsredaktion Hamburg (040) 347-1 - Freischalt zu allen deutschen Wertpapierbörsen

Belgien 38,00 bfr., Frankreich 7,00 F., Griechenland 150 Dr., Großbritannien 65 p., Italien 1500 L., Jugoslawien 560,00 Din., Luxemburg 22,00 Fr., Niederlande 2,20 fl., Norwegen 7,50 skr., Österreich 14,00 Sch., Portugal 150 Esc., Schweden 3,00 skr., Schweiz 2,00 sfr., Spanien 170 Ptas., Tschechoslowakei 165 Ps., Türkei 750 TL.

Heute in der WELT

Interview mit Ivan Nagel

Warum werden so wenige deutsche Bühnenautoren aufgeführt? Soll ein Theaterleiter selbst inszenieren? Behindert das „Intendanten-Karussell“ den Regisseur-Nachwuchs und die deutsche Bühnenkultur? Darauf antwortet in einem WELT-Interview Stuttgarts Schauspielhaus-Chef Ivan Nagel. Seite 19

Paßkontrolle gegen Terrorismus?

Kanzleramtsminister Wolfgang Schäuble hält es für möglich, daß die „DDR“ die zusätzliche Paßkontrolle beim Grenzübertritt der in Ost-Berlin akkreditierten Diplomaten nach West-Berlin jetzt eingeführt hat, um terroristischen Aktivitäten besser begegnen zu können. Seite 4

„Atomärzten“ droht Spaltung

Der Vereinigung der „Ärzte gegen den Atomkrieg“ droht die Spaltung. Auf ihrem Kongreß in Köln werden die Vertreter Moskaus alles daran, eine Diskussion über die atomare Katastrophe in Tschernobyl zu verhindern. Ein Großteil der Mediziner protestiert gegen diese Informationspolitik. Seite 4

POLITIK

Drohungen: Ein Sprecher der in Südafrika verbotenen schwarzen Widerstandsbewegung ANC, Freddie Mzimba, hat weißen Eltern gedroht, sie müßten künftig mit dem Tod ihrer Kinder rechnen. Auch die Regierung in Pretoria mißachtet das Leben wehrloser Zivilisten. (S. 5)

Italien: Die italienischen Christdemokraten beanspruchen für sich als stärkste politische Kraft des Landes grundsätzlich das Recht auf Führung der Regierung. Sie wollen aber die gegenwärtige Koalition unter dem Sozialisten Bettino Craxi bis zu den nächsten Wahlen mittragen. (S. 5)

Anschläge: Die baskische Separatistengruppe ETA hat Terroranschläge auf beliebige Touristenzentren während der Urlaubszeit angekündigt. Die Anschläge, hieß es in Erklärungen für die Presse, sollten die wirtschaftlichen Interessen Spaniens treffen.

Luftverkehr: Die CDU befürwortet nach den Worten des Bundestagsabgeordneten Tillmann Kontakte zwischen der Luftwaffe und der „DDR“-Fluggesellschaft „Interflug“ über die Aufnahme von Direktflügen zwischen der Bundesrepublik und der „DDR“.

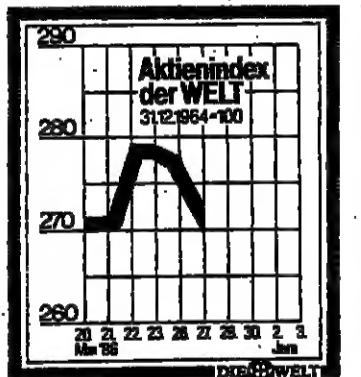
Erschossen: Die irische Untergrundorganisation IRA hat ein prominentes Mitglied erschossen. Der 46 Jahre alte Frank Herrington stand im Verdacht, Informant für britische und irische Sicherheitskräfte gewesen zu sein. Seine Leiche wurde nahe der Grenze zur irischen Republik gefunden.

Japan: Das Kabinett in Tokio hat eine Sonderkommission des Parlaments für kommenden Montag anberaumt, um den Weg zu vorzeitigen Neuwahlen freizumachen. Ministerpräsident Nakasone will das Unterhaus auflösen. Er rechnet mit einem Sieg der Liberalen. Wahltermin soll der 6. Juli sein.

WIRTSCHAFT

Probleme: Die Preussag AG hat zur Zeit mit einigen Problemen zu kämpfen. Ob in diesem Jahr ein „dividendenfähiges“ Ergebnis erzielt werden kann, ist nach den Worten von Preussag-Chef Saemannshausen nicht zu beantworten. Das erste Quartal des laufenden Geschäftsjahres schloß knapp ausgeglichen ab. Der Metallbereich habe das Ergebnis stark belastet. (S. 10)

Performance Index 104,191 (104,149). Dollarmittelkurs 2,3770 (2,3807) Mark. Goldpreis pro Feinunze 341,15 (-).



Börsen: Verkaufsaufträge aus dem Ausland führten zu den Aktienmärkten zu Kursrückgängen auf breiter Front. Der Rentenmarkt war wenig verändert. WELT-Aktienindex 272,83 (277,91). BHF Rentenindex 106,570 (106,567). BHF

KULTUR

Mode: Paris zeigt französische Skulpturen des 19. Jahrhunderts, und damit beweist sich im Grand Palais, daß die Skulptur dieses Jahrhunderts, später lange mißachtet, wieder in Mode gekommen ist. Milhomme, Rodin, Degas sind zu sehen, auch Malloré, die berühmte „Mediterranée“, die gelassen in sich selber ruht. (S. 19)

Charles Kleiber: Der Schwierige achtmal hintereinander am Pulc-Ein scheinbar unrealistischer Wunschtraum wurde in Japan innerhalb von elf Tagen Wirklichkeit. Kleiber holte mit dem Bayerischen Staatsorchester zu einem beispiellosen Siegeszug aus, in Tokio, Yokohama, Nagoya und schließlich in Osaka. (S. 19)

SPORT

Tennis: Claudia Kohde aus Saarbrücken hat bei den französischen Tennis-Meisterschaften in Paris in der ersten Runde die Amerikanerin Lori McNeil mit 6:4 und 6:1 bezwungen. Der Australier McNamee schlug den Schweden Nyström. Er trifft in der nächsten Runde auf Jelen (Neuss). (S. 7)

Fußball: Eine Erklärung des Deutschen Fußball-Bundes (DFB) mit einem sanften Rüttel für den Teamchef soll zu rechtlichen, was Franz Beckenbauer in Mexiko als Kritik an den Nationalspielern geäußert hat. Beckenbauer erklärte nur: „Wir können auch Weltmeister werden.“ (S. 7)

AUS ALLER WELT

„Boris“: Sein Manager hält ihn für ein „sehr gutes Produkt“, nicht nur ein Pickel- und Sommer-sprossen sitzen an der richtigen Stelle. Es gibt nur einen Mangel:



er kann noch nicht Tennis spielen. Christoph Maier heißt der 20 Jahre alte Doppelgänger (Foto) von Boris Becker. Die täuschende Ähnlichkeit bringt Promotion-touren und damit Bargeld – doch nur, wenn der echte Champion in Form ist und bleibt. (S. 20)

Frankreich: Zu Tausenden steigen sie Jahr für Jahr aus den Regenwäldern in die Bergwelt der Anden, um zum Gott der Indianer zu beten. Doch das Fest der Indios geht zurück in vorchristliche Jahrhunderte, als dunkle Mächte beschworen wurden. In einem Rausch von Farben und Klängen umtanzen sie ihr Heiligtum „Qoyllur Rit'i“. Dann senkt sich die Nacht auf die Szene. (S. 20)

Leserbriefe und Personalien
Fernsehen
Wetter: Abkühlung

Seite 6
Seite 18
Seite 20

CDU verschärft Gangart im Niedersachsen-Wahlkampf

Hasselmann: Union muß stärker werden als SPD und Grüne zusammen

MICHAEL JACH, Hannover

Die aktuelle Stimmungslage im niedersächsischen Landtagswahlkampf hat bei der CDU zu einer gewissen Kurskorrektur geführt: Eindeutige Zielvorgabe für die Endphase der Auseinandersetzung um die politischen Gewichte in Hannover ist es, „notfalls“ nicht auf die Freien Demokraten angewiesen zu sein. In Bonn gab CDU-Bundesgeschäftsführer Peter Radunski die Parole aus: „Wer Albrecht will, muß CDU wählen.“

Die Hannoverer Parteizentrale sieht darin keinen Widerspruch zur bisher geübten strikten Neutralität in Richtung FDP. „Das ist ein Konkurrenz, aber wir führen unseren Wahlkampf nicht gegen ihn.“ Der Vorstoß des CDU-Bundesgeschäftsführers zielt vorrangig auf eine hohe Wahlbeteiligung, die „erfahrungsgemäß der Regierungspartei zugute kommt“. Wenn dennoch auch Anhänger der Union gemäß öffentlich erklärten Absichten FDP wählen wollten, werde dies „wohl nicht schaden“. Aus Bonner CDU-Führungskreisen drängen allerdings, auf die FDP bezogen, skeptischere Töne. Was nütze es,

wenn die Freien Demokraten mit Unterstützung aus dem Wählerpotential der Union von jetzt 3,3 Prozent auf vielleicht 4,5 Prozent kämen, damit an der Hürde des Wahlgesetzes scheiterten und schließlich die CDU in Gefahr brächten.

Die nach „Tschernobyl“ von SPD und Grünen zunächst in die Defensive gedrückte CDU kommt nach den Worten ihres Landesvorsitzenden Wilfried Hasselmann jetzt „aus der Deckung“, um mit „dem kampftaktischen Vorteil des überlegten Endspurts“ am 15. Juni eine Mehrheit „stärker als SPD und Grüne zusammen“ zu erringen.

Hasselmann berichtete gestern in Hannover, entscheidenden Auftrieb habe der Bundeskongreß der Grünen gegeben. Deren Extremforderungen nach Beseitigung von Bereitschaftspolizei, Grenz- und Versammlungsschutz sowie NATO-Austritt hätten zur Folge, daß die psychologischen Folgen der Tschernobyl-Katastrophe in breiten Wählerschichten überlagert würden von Sorge um den Bestand der freiheitlichen Demokratie.

So schloße sich auch die agrarpolitisch kritische Landbevölkerung wieder enger der Union an. Und grüne Forderungen nach Streichung des Wiedervereinigungsgebots brächten „unsere Verbündeten“ – ein gutes Viertel der Wahlberechtigten – an die Urnen.

Mit dem inneren Auftrieb der CDU geht eine verschärfte Auseinandersetzung mit dem SPD-Spitzenkandidaten Gerhard Schröder einher. Hasselmann erklärte, „die Zeit der Schonung“ für beendet. Zugleich gab Ministerpräsident Ernst Albrecht seine Zurückhaltung gegenüber Schröder auf. Selbst ein lange verweigertes Fernsehduell soll nun stattfinden.

Die Einschätzung, das „Gespenst Stimmung“ sei für die Union gegeben, wurde gestern auch aus der Zwischenbilanz-Tagung der CDU-Landtagsfraktion bestätigt. Schwierig auszumachen ist, welchen Anteil daran eine Umfrage des Instituts „Basis Research“ aus der Vorwoche hat. Diese mißt der CDU 47,5 Prozent zu, der SPD 40,5 und den Grünen acht Prozent, der FDP indes nur 3,3 Prozent.

Novelle zur Betriebsverfassung „beerdigt“

Union setzt sich gegen Freie Demokraten durch / Bei Sicherheitsgesetzen „geht Qualität vor“

DIETHART GOOS, Bonn

Das Betriebsverfassungsgesetz wird vor Ablauf der Legislaturperiode nicht mehr geändert. Darauf haben sich gestern in Bonn die Spitzen der Regierungskoalition von CDU/CSU und FDP geeinigt. Zur Begründung hieß es, die verbleibende Zeit für die Beratungen im Bundestag und Bundesrat bis zur Wahl im Januar nächsten Jahres sei zu kurz, um das Vorhaben noch zu realisieren.

Mit diesem Beschluß hat sich die Union gegenüber den Freien Demokraten durchgesetzt. Mit Rücksicht auf ihre Wähler wollte die FDP mit Änderung des Betriebsverfassungsgesetzes Sprecherausschüsse für Leitende Angestellte sowie einen besseren Minderheitenschutz erreichen. Diese Wünsche der FDP ergänzen CDU und CSU jedoch mit dem Vorhaben, im Betriebsverfassungsgesetz ein Mitwirkungsrecht des Betriebsrates bei der Einführung neuer Technologien zu verankern. Diese Ergänzung macht aber zeitunverfügbare Anhörungsverfahren in den zuständi-

gen Bundestagsausschüssen erforderlich. In der gestrigen Koalitionsrunde verwiesen die FDP-Vertreter mit Parteichef und Wirtschaftsminister Bangemann an der Spitze vergeblich auf den engen Beratungsrahmen. Die Union ging von ihrer zusätzlichen Forderung nicht ab. Daher wurde die Erweiterung des Betriebsverfassungsgesetzes insgesamt „beerdigt“.

Beide Seiten verständigten sich darauf, wie aus Teilnehmerkreisen verlautete, die anstehenden Sicherheitsgesetze in aller Ruhe weiter zu beraten und sich nicht unter Zeitdruck setzen zu lassen. Qualität gehe vor Schnelligkeit, hieß es. Von einer Pakettlösung einschließlich des noch umstrittenen Zusammenarbeitsgesetzes der Sicherheitsdienste sei keine Rede gewesen. Bei dieser Einschätzung spielte die jüngste Äußerung von Bundesinnenminister Zimmermann eine wichtige Rolle. Der CSU-Politiker hatte erklärt, bei der gegenwärtigen Sicherheitslage in der Bundesrepublik Deutschland sei eine

schnelle Verabschiedung der Gesetzesänderungen nicht unbedingt erforderlich.

Zu Forderungen auf Verschärfung des Demonstrationsstrafrechts im Zusammenhang mit den schweren Ausschreitungen vor dem Baugebiet der Wiederaufarbeitungsanlage in Wackersdorf hieß es in der Koalitionsrunde, die bisherigen Regelungen seien ausreichend. Zugleich verwies Innenminister Zimmermann auf praktische Probleme beim Polizeieinsatz gegen gewalttätige Demonstrationen.

Einigkeit bestand in der Koalitionsrunde darüber, daß vor dem Hintergrund der jüngsten Kernenergie-Beschlüsse auf dem FDP-Bundesparteitag die Forderungen des Bundeskanzlers nach verschärften internationalen Sicherheitsvorschriften für Atomreaktoren möglichst schnell verwirklicht werden sollten. Die FDP drängte darauf, die bisherigen Nutzungskonzepte für Wackersdorf und den Schnellen Brüter in Kalkar zu überprüfen.

Chirac bricht in Mitterrands Domäne ein

Vor dem Ende der „Cohabitation“? / Das verdächtige Schweigen des Präsidenten

PETER RUGE, Paris

An der Nahtstelle der „Cohabitation“, im französischen Ministerrat, häuft sich neuer Konfliktstoff an: Zum ersten Mal seit dem Machtwechsel am 16. März erntete der Sozialist Mitterrand offenen Widerspruch aus den Reihen der bürgerlichen Regierung. Als der Staatspräsident seine „tiefe Beunruhigung“ über die veränderten Unabhängigkeits-Pläne für das Überseegebiet Neukaledonien formulierte, erhob der zuständige Minister Pons Einspruch. Seine Gesetzesvorlage fuße auf dem Mehrheitswillen der Inselbevölkerung und trage nicht nur den „Los-von-Frankreich-Bestrebungen“ einer von den Linken im Mutterland unterstützten Minderheit Rechnung.

Pons hatte mit Rückendeckung des Premiers gehandelt, denn Jacques Chirac beginnt nun offensichtlich, auch im Außenbereich eigene Akzente zu setzen. Damit tangiert er bewußt Zuständigkeiten, die alle Präsidenten der V. Republik bisher für sich beanspruchten, die „domaines

reservés“ der französischen Außenpolitik.

Wer die vergangenen siebzehn Tage der bürgerlichen Regierung analysiert, kommt zu einem erstaunlichen Mosaik: Jacques Chirac war gleich nach seinem Amtsantritt noch vor seiner Bonner Reise zu einem Blitzbesuch an die Elfenbeinküste gestartet. Das neue Frankreich, so begründete er seinen Abstecher, wolle sichtbar machen, wie wichtig es seine Beziehungen und Verpflichtungen in Afrika wieder nehme.

François Mitterrand läßt seinen Premier scheinbar gewähren – diesen Gaullisten ins zweite Glied zu stellen, hatte er schon einmal anderen zugehoben, so den Japanern in Tokio beim Gipfel der Sieben im Mai. Ist es eine „Revanche“ für diese protokollierende Hintanzetzung, daß Jacques Chirac jetzt zu Seitenhieben gegen die Politik des Staatschefs ausholt?

Es ist mehr als eine Distanzierung von der bisherigen außenpolitischen Linie, wenn er erklärt, Frankreich könne bei den Aufständischen in

Südafrika nichts gewinnen, wenn die Beziehungen zur Regierung Botha abgebrochen blieben. Ein Botschafter werde wieder auf Posten gehen.

Mit den Botschaften Frankreichs ruft Chirac gleich noch ein weiteres Hühnchen: Dem UNO-Abgesandten, einem Mitterrand-Freund, wirft er vor, die neue französische Nahost-Politik in New York falsch dargestellt zu haben. Es gebe keinen völligen Rückzug aus dem Libanon. Einen anderen Günstling des Staatspräsidenten, dem mit Khadafi befreundeten ehemaligen „Le Monde“-Journalisten Eric Rouleau, befiehlt er zum Rapport am letzten Wochenende nach Paris – nur, um beim Staatsbesuch in Tunis gestört mit Präsident Bourguiba sprechen zu können.

Zu allem hält sich der Elysee in verdächtigem Schweigen. In Paris verstört sich deshalb der Eindruck, François Mitterrand werde bald zu einem überraschenden Gegenschlag ausholen, was ein Ende der „Cohabitation“ bedeuten könnte.

Rheinmetall-Prozeß: Bewährungsstrafen

DW, Düsseldorf

Zu Bewährungsstrafen zwischen 15 Monaten und zwei Jahren sind die vier wegen nicht genehmigter Waffenexporte angeklagten Mitarbeiter des Rüstungskonzerns Rheinmetall gestern vom Landgericht Düsseldorf verurteilt worden. Der ehemalige Geschäftsführer der Rheinmetall GmbH, Falcke und der Produzent Köhler wurden zu je zwei Jahren auf Bewährung verurteilt. Hans Voss erhielt 18 Monate auf Bewährung. Friedrich Wilhelm Striepe eine Bewährungsstrafe von 15 Monaten. Das Gericht sah es als erwiesen an, daß die Angeklagten bei den über Drittländer geschleusten Lieferungen von 899 Maschinengewehren nach Saudi-Arabien, sowie von Waffenteilen für Panzer nach Argentinien gegen das Kriegswaffenkontroll- und das Außenwirtschaftsgesetz verstoßen haben.

Seite 6: Bonner Ruf geschadet

„Große Koalition“ nur in Krisenzeit

DW, Bonn

Der SPD-Vorsitzende Willy Brandt schließt eine Große Koalition nach der Bundestagswahl 1987 nicht „absolut aus“, will sie jedoch einer „wirklichen Krisensituation“ vorbehalten wissen. „Mit der haben wir es hoffentlich nicht zu tun“, sagte Brandt in einem Interview des Deutschlandfunks. Allerdings könne durch die Verschlebung der Mehrheitsverhältnisse im Bundesrat „ein gewisser Zwang zur Verständigung über Sachfragen“ entstehen. „Aber das sollte nicht die Form einer Koalition annehmen. Da wird dann vielleicht doch zuviel an Unwillen entstehen und das würde dem demokratischen Prozeß nicht gut bekommen.“ Eine sozialliberale Koalition schloß Brandt aus. Für die Landtagswahlen in Niedersachsen sieht er Chancen für den SPD-Kandidaten Schröder, auch ohne die Grünen in die Regierungsverantwortung zu nehmen.

Seite 2: Unter der großen Decke

Thatcher stellt sich gegen PLO

DW, Jerusalem

Die britische Premierministerin Margaret Thatcher hat ihr Eintreten für die PLO deutlich abgeschwächt. In Israel sprach sich die Regierungschefin gegen einen souveränen palästinensischen Staat aus. London trete zwar für das Selbstbestimmungsrecht der Palästinenser ein, aber im Rahmen einer Föderation mit Jordanien, denn wir suchen Frieden gepaart mit Sicherheit“, sagte Frau Thatcher bei einem Staatsbesuch in Jerusalem. Dies sei die beste Lösung, sagte Frau Thatcher weiter.

Auch die PLO werde Großbritannien nur dann anerkennen, wenn die Resolution 242 des UNO-Sicherheitsrats und das Existenzrecht Israels akzeptierte. Da dies nicht der Fall sei, sollte nach den Worten von Frau Thatcher eine alternative Repräsentation für das palästinensische Volk erwogen werden.

Seite 8: Gäste der Demut

DER KOMMENTAR

Strategiewechsel

MANFRED SCHELL

Die Schwäche der FDP in Niedersachsen bereitet der CDU erhebliche Sorgen. Die Freien Demokraten dümpeln dort in der Wählergunst knapp über drei Prozent. Eine steigende Tendenz, die ein Überspringen der entscheidenden Fünf-Prozent-Hürde aussichtsreich erscheinen läßt, gibt es (noch) nicht.

Diese Situation zwingt die Wahlstrategen der CDU zum Umdenken. Denn darauf zu vertrauen, daß die FDP es doch noch schafft und dann Ernst Albrecht als Koalitionspartner zur Verfügung steht, wäre ein Vabanquespel, das niemand mehr einzugehen bereit ist. Weder Ernst Albrecht noch Helmut Kohl.

Für die CDU gibt es, wenn sie Regierungsmacht retten will, nur eine Alternative: Sie muß mit einem kräftigen Spurt auf der letzten Wegstrecke versuchen, die absolute Mehrheit der Mandate zu erringen.

Bemerkenswerterweise kam das Stichwort für die veränder-

te Wahlkampfstrategie zuerst aus Bonn. CDU-Bundesgeschäftsführer Radunski, ein in vielen Wahlkämpfen erprobter Mann mit Gespür für Stimmungen, hat den Ratschlag, nunmehr auf die Mehrheit der Mandate zu setzen, öffentlich erteilt. Er hat damit ausgesprochen, was Helmut Kohl und Heiner Geißler denken, die den FDP-Bundesparteitag genau verfolgt und gewichtet haben.

Die FDP hat es nicht vertan, sich auf diesem Parteitag als „bessere CDU“, also werbewirksam für die aufsteigenden Mittelschichten, darzustellen. Sie hat zum Beispiel in der Frage, wie es auf dem Feld der Energiepolitik weitergehen soll, gekniffen, sich auf Prüfungsaufträge zurückgezogen. Ein kräftiges Sowohl-auch hat noch nie überzeugend gewirkt. Hinzu kommt, daß es der FDP in Niedersachsen an Führungsfiguren mangelt. Die CDU mit Ernst Albrecht geht einen schweren Weg. Aber einen leichteren gibt es für sie nicht.

Weizsäcker trifft türkische Opposition

DW, Ankara

Bundespräsident Richard von Weizsäcker ist gestern in Ankara mit führenden Vertretern der türkischen Oppositionsparteien zusammengetroffen. Weizsäcker, der sich seit Montag zu einem Staatsbesuch in der Türkei aufhält, sprach unter anderem mit dem Vorsitzenden der Sozialdemokratischen Volkspartei, Aydın Güven Gürtan, sowie mit dem Chef der Demokratischen Linkspartei. Zuvor hatte der Präsident das türkische Parlament besucht.

Seite 3: Ein Satz des Kemal Atatürk

Kohl-Verfahren vor Einstellung

hy, Bonn

Das Verfahren gegen Bundeskanzler Helmut Kohl wegen unethischer Falschaussage bei der Bonner Staatsanwaltschaft soll Ende dieser Woche endgültig abgeschlossen werden. Weiter wurde der WELT zuverlässig bekannt, daß der Kölner Generalstaatsanwalt Bereslaw Schmitz diesem Entschluß nicht im Wege stehen werde. Er soll lediglich gedrängt haben, eine ausführliche Begründung des Einstellungsbeschlusses, durch die Bonner Staatsanwälte zu erhalten.

Exportsteigerung auch in diesem Jahr

Mk, Bonn

Mit einem Rekord-Exportüberschuß in diesem Jahr rechnen die 43 deutschen Auslands-Handelskammern. Die Ausfuhr, sogar nach Nordamerika, wird, trotz der kräftigen Aufwertung der D-Mark, weiter steigen, wenn auch nicht ganz so rasch wie im vergangenen Jahr. Obwohl die Einfuhren mengenmäßig stärker zunehmen werden, wird sich dies wegen des Preisverfalls beim Öl wertmäßig nicht auswirken.

Seite 9: Ein gutes Jahr für den Export

Haft nach Protest gegen Atomenergie?

DW, Wien

In der Tschechoslowakei wurden fünf österreichische Studenten verhaftet, die am Montag in der Prager Innenstadt Flugblätter gegen die Atomenergie verteilt hatten. Nach Angaben der österreichischen Hochschullehrer hatten die Studenten in den Schriften gegen den Bau des Atomkraftwerks Temelin protestiert. Angaben darüber, wo die fünf Österreicher inhaftiert sind, machte das tschechoslowakische Außenministerium nicht.

Aufschwung gewinnt an Kraft

Mk, Bonn

Der wirtschaftliche Aufschwung wird nach Ansicht des Bundeswirtschaftsministeriums und des Bundesverbandes der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken (BVR) im weiteren Jahresverlauf deutlich an Breite gewinnen. Nach Ansicht der BVR wird die Produktion in der zweiten Jahreshälfte um sieben Prozent über der der ersten sechs Monate liegen. Ausschlaggebend dafür seien Preisstabilität und die verbesserte Ertragslage.

Mayr attackiert Bundesregierung

gba, Hamburg

Der IG-Metall-Vorsitzende Mayr hat in einer scharfen Attacke der Bundesregierung vorgeworfen, den mittelbaren von einem Streik betroffenen Arbeitnehmern die eventuell fällig werdende Sozialhilfe nehmen zu wollen. Mayr vor dem DGB-Bundeskongreß: „Ich halte es auch für möglich, daß diese Regierung sogar fähig wäre, einen Gesetzesentwurf einzubringen, der auch verhindern soll, daß in einem solchen Fall diese Menschen dann Sozialhilfe bekommen.“

Kohl: Alle Regierungen zur Information verpflichtet

Vorschläge für Konferenz über Reaktor-Sicherheit

ms, Bonn

Inzwischen haben die Regierungschefs von 21 Ländern positiv auf den Vorschlag von Bundeskanzler Helmut Kohl reagiert, die Konsequenzen des Atomunfalls in Tschernobyl auf einer internationalen Konferenz zu erörtern. Dem Kanzler schwebt vor, auf dieser Konferenz auf Ministerienebene für die Zukunft folgende Kriterien verbindlich machen zu lassen: Die Regierungen sollen bei Unfällen in Kernkraftwerken verpflichtet werden, den übrigen Staaten eine „schnelle und umfassende Information“ zu geben. Der von einem Unglück betroffene Staat soll zugleich verpflichtet sein, ausländische Hilfsangebote anzunehmen.

Breiten Raum soll auf der internationalen Konferenz Fragen des Sicherheitsstandards beim Bau und später beim Betreiben der Kernkraftwerke eingeräumt werden. Außerdem möchte der Bundeskanzler, daß Schadensersatzregelungen auf der Basis des Verursacherprinzips erfolgen. Kohl strebt an, auf dem nächsten EG-Gipfel Ende Juni in Den Haag

eine einheitliche Linie der Westeuropäer festzulegen.

Was die Konsequenzen, die als Ergebnis der Erfahrungen nach Tschernobyl innerhalb der Bundesrepublik gezogen werden müssen, betrifft, so hat der Kanzler angeordnet, alle „Schwachstellen“ aufzulisten. Dazu gehört auch die Frage nach Mängeln in der Informationspolitik und die Frage, ob alle Meßstationen optimal gearbeitet haben. Auch erscheint eine Kompetenzabklärung zwischen Bund und Ländern erforderlich. Ein Großteil der Verunsicherung sei schließlich dadurch entstanden, daß einzelne Länder wie Hessen, das Saarland und Nordrhein-Westfalen die von der Strahlenschutzkommission des Bundes herausgegebenen Werte mit darüber hinausgehenden Richtlinien „unterlaufen“ hätten. Hier sei die „Aroganz“ mancher Politiker gegenüber dem Sachverstand von 14 hochrangigen Experten zum Ausdruck gekommen, hieß es in Regierungskreisen in Bonn. In der Energiepolitik werde „nicht gewackelt“, sagte Kohl.

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Auch ein Gedenktag

Von Paul Spree

Die bisherigen 146 Tage dieses Jahres hat der Durchschnittsbürger für die vom Staat verordneten Steuern und Sozialabgaben arbeiten müssen, von nun an bis zum 365. Tag schafft er endlich für die eigene Brieftasche. An diesen „Gedenktag“ erinnert der Bund der Steuerzahler. Nun soll nicht verkannt werden, daß der fiskalisch gewürgte Bürger auch für seine Steuern und Sozialabgaben einen Gegenwert erhält, aber ein vierzigprozentiger Abgabenteil am Sozialprodukt verdient mehr als einen Gedenktag jährlich.

Noch 1960 genühten 119 Tage, um die Zwangsabgaben zu erarbeiten, 1970 waren es bereits 127 Tage, 1980 schon 140 Tage. Auch die erste Stufe der Steuerreform, die 1986 in Kraft trat, schob das „Gedenken“ nur um einen Tag (auf den 145.) zurück. Die öffentliche Lautstärke, von der Steuererleichterungen regelmäßig begleitet sind, verdeckt den längerfristig ungebrochenen Trend: Steuern und Abgaben klettern unaufhörlich.

Nicht nur die blühende Schattenwirtschaft macht deutlich, wie heftig die Bundesrepublik die Belastbarkeit ihrer Steuerbürger erprobt. Andererseits weiß sie aber auch, daß man in den vollen Genuß von Wachstum, Leistung und schließlich mehr Arbeitsplätzen nur dann kommen wird, wenn der Staatsanteil zurückgedrängt wird. Eine satte Mehrheit von fast sechzig Prozent der Berufstätigen wird heute von einer progressiven Lohn- und Einkommensteuer erfaßt – 1960 befanden sich in diesem „Tarif für die Reichen“ nur fünf Prozent.

Arbeit und Unternehmertätigkeit müssen von Abgaben entlastet werden. Da hilft kein Kraftakt, dies ist eine Daueraufgabe. Den nötigen Spielraum dafür muß sich die Finanzpolitik mühsam erobern. Jede Subvention verringert ihn dagegen. Wer den Landwirten, den Rentnerinnen oder anderen mehr oder weniger bedrängten Gruppen Gutes tun will, sollte stets bedenken, daß mit jeder Ausschüttung die verfügbare Masse für eine Steuer- und Abgabensenkung schmilzt.

Der Bundeskanzler hat deshalb gestern gut daran getan, für das emotionalisierte Thema eines Rentenzuschlags für „Trümmerruinen“ erst einmal eine Fachkommission nachdenken zu lassen. Der „Gedenktag des Steuerzahlers“ mahnt.

Das Unvollkommene

Von Jürgen Liminski

Die KSZE-Expertenrunde von Bern, die sechs Wochen lang über menschliche Kontakte zwischen Ost und West diskutierte, ist ohne ein gemeinsames Schlußdokument beendet worden. Washington möchte das von den anderen vierunddreißig Teilnehmern ausgehandelten Papier nicht zustimmen. Der Kompromiß war den menschenrechtsbewußten Amerikanern „zu dürrig“. Und jetzt ist der Katzenjammer bei den Europäern groß.

Nicht wenige Medien schieben Washington die Schuld zu, weil es nicht zu einem harmonischen Ausklang in Bern gekommen ist. Aber mit oder ohne Dokument, den Menschen im Osten – um die geht es – ist mit bloßen Worten auf dem Papier nicht geholfen.

Die westeuropäischen Diplomaten äußern Bedauern. Auch der deutsche Delegationschef meinte sagen zu müssen, wie eine Nachrichtenagentur berichtet: „Das Dokument hätten wir mit all seinen Unvollkommenheiten gern mit nach Hause genommen.“

Solche Worte haben in Amerika in der Regel ein anderes Echo, als man es sich im kleinen Europa vorstellt. Schließlich ging es den Amerikanern auch um Minderheiten; Bonn hätte da auch an die Rußlanddeutschen denken können, von denen derzeit kaum einer die Chance hat, die Sowjetunion zu verlassen. Man hätte sich den Amerikanern anschließen sollen, statt einem zweifelhaften Papier nachzutrauern.

In der Sache selbst besteht ansonsten kein Anlaß zum Trübsalblasen. Die Kompromißformel, mit der sich die Experten aus Moskau – auf die kommt es an, denn dort werden die Menschenrechte mit Füßen getreten, nicht im Westen – einverstanden erklärt haben, kann ja auch ohne Beurkundung in der Praxis ausprobiert werden. Dann ließe sich erweisen, wie ernst es die Sowjets meinen. Und außerdem haben die Delegationsleiter, auch der deutsche, auf bilateralem Wege in den sechs Wochen manche Lösung von Härtefällen eingeleitet. Ganz umsonst war die Konferenz also nicht.

Pariser Roulette

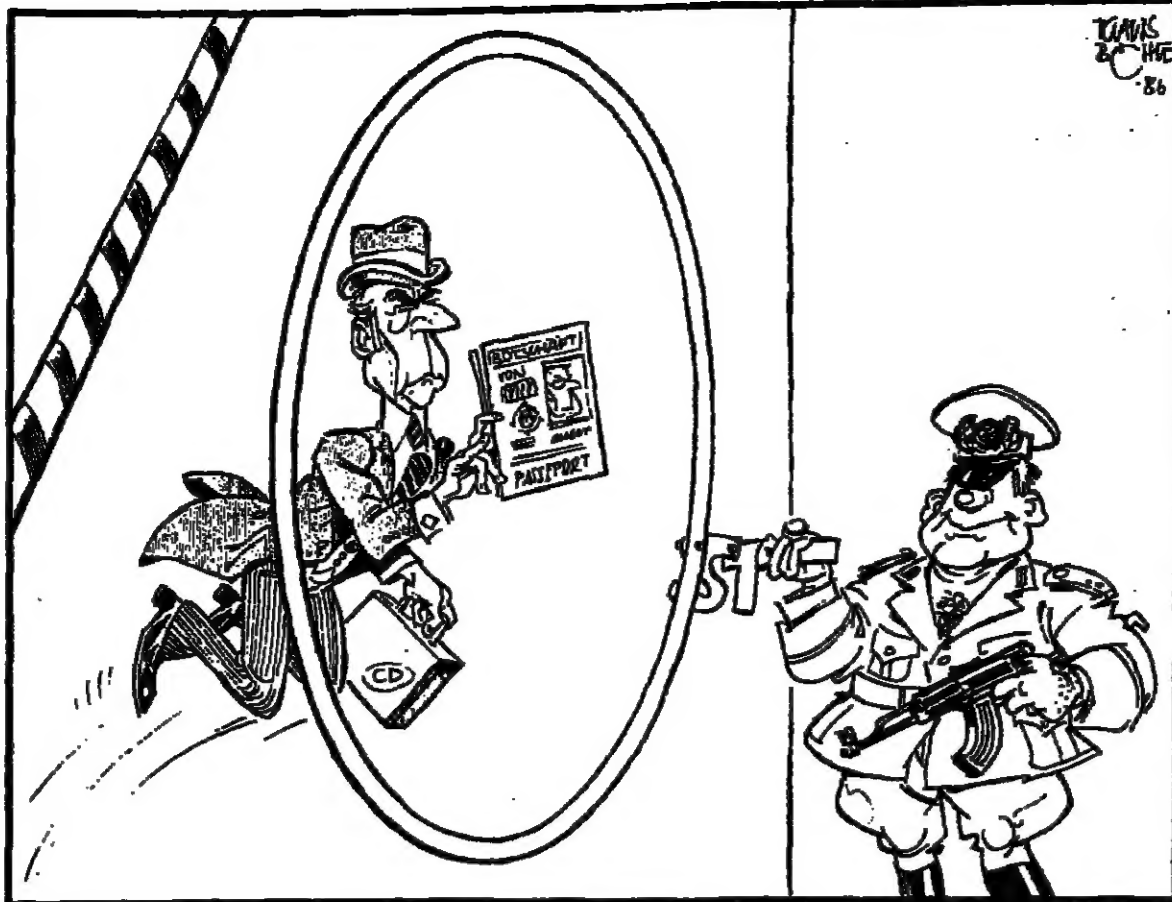
Von Joachim Schaufuß

Der Euphorie an der Pariser Börse ist die große Ernüchterung gefolgt. Nachdem die französischen Aktienkurse seit Jahresbeginn um mehr als 50 Prozent gestiegen waren, kam es in der letzten Woche zu einem Kursrückgang von 7 Prozent, der sich am Montag zu einer „historischen Baisse“ von 8 Prozent ausweitete. Für 70 Werte, die zunächst keine Käufer gefunden hatten, mußte die Notierung verlagert werden, und für 14 kam sie überhaupt nicht zustande. Das war schlimmer als am Tage nach der Wahl des Sozialisten Mitterrand zum Staatspräsidenten im Mai 1981.

Um eine rein politisch bedingte Baisse wie damals handelt es sich diesmal allerdings nicht. Immerhin bleibt festzustellen, daß sich die „Gnadefrist“ für die neue Regierung dem Ende zuneigt. Damit wird ihr Verhältnis zum Staatspräsidenten schwieriger. Schon zeigt die „Cohabitation“, deren reibungsloses Funktionieren die Börse so positiv bestimmt hatte, ihre ersten Risse. Ein Bruch mit vorzeitigen Neuwahlen wird nicht mehr ausgeschlossen. Auch an der sozialen Front hat sich der Horizont verdüstert. Unter diesen Umständen fällt es der Regierung immer schwerer, die Unternehmer aus der Reserve zu locken. Sie zeigen kaum Neigung, mehr zu investieren und neue Arbeitskräfte einzustellen. Entsprechend schlecht steht es um die französische Konjunktur, wie ihre jüngsten Indikatoren zeigen.

Von der Malaise, die zunächst ausländische Aktionäre befallen hatte, wurden jetzt auch die Franzosen selbst erfaßt. Daß ihre Reaktion so heftig ausgefallen ist, hat allerdings auch psychologische Gründe, unter anderem das am Montag wiederhergestellte Goldanonymat, das eine gewaltige Goldhaube mit sich brachte.

Damit erweist sich, daß die Liberalisierungsaktion der Regierung nicht nur ihre guten Seiten hat. So kann es nach Aufhebung des sozialistischen Mieterschutzes durchaus zu einer neuen Flucht aus den Aktien in die Immobilien kommen. Und ob der Aktienmarkt die Privatisierungen ohne Verluste verkraften kann, ist eine weitere offene Frage. Denn die Franzosen sind keine typischen Aktionäre, sondern betrachten die Börse eher als ein Roulette.



Diplomat schööönl

KLAUS WOLFE

Unter der großen Decke

Von Peter Philipps

Allein schon das Wort schien auf lange Zeit in den Giftschrank verbannt: Große Koalition. Auf einmal ist es wieder da, geistert über die Bonner politische Bühne, wird greifbarer. Nicht mehr mit dem Bannstrahl der Lächerlichkeit wird belegt, wer dem Thema Nachdenken und Nachfragen widmet.

Die von den Demoskopen ausgezeichneten Stimmungswellen der niedersächsischen Wähler waren der Auslöser. „Ginge es nur um ein Plebiszit für oder gegen Ernst Albrecht“, heißt es in der jüngsten „Fora-Analyse“ für die SPD beispielsweise, dann „stünden die Chancen der Union nicht schlecht“. Aber die Landes-CDU hat, als Gegenkandidat Gerhard Schröder stärker als erwartet zulegen, in ihrem Wahlkampf-Konzept sehr früh die bundespolitische Komponente verstärkt. Die Darstellung der Bundesregierung als „Kernenergie-Debatte noch verschärft. Das zur Bequemlichkeit verführenden Gefühl des sicheren Sieges im Kampf um Hannover, es war plötzlich dahin. Die sich derzeit abzeichnenden Trends des Wählerverhaltens lassen den Wahlausgang am 15. Juni heute offen erscheinen. Öffentliche Überlegungen des nordrhein-westfälischen CDU-Vorsitzenden Kurt Biedenkopf darüber, daß Niedersachsen verlorengehen und der Kanzler dadurch in die interne Diskussion kommen könnte, tragen sicher nicht dazu bei, die Aussichten der Union an der Leine zu verbessern.

Die Strategie der SPD ist angesichts dieser Situation folgerichtig: Weg von den Landes-, hin zu den bundespolitischen Themen. Der Landtagswahlkampf wird zum Ringen um die Mehrheit im Bundestag. Sollte dies gelingen, so die Botschaft, werde im Sozialbereich, beim Kampf gegen die Arbeitslosigkeit und für einen schrittweisen „Umstieg“ (Brandt) aus der Kernenergie alles besser werden. Den Bundeskanzler Kohl bringe man damit in Schwierigkeiten, aber noch nicht die Bonner Koalition, der in allen Umfragen immer noch von den Bürgern erheblich mehr wirtschaftspolitische Kompetenz zugesprochen wird. Auf diese Weise sollen bisherige CDU- und FDP-Wäh-

ler angesprochen werden, das Thema Rot-Grün verliert auch im Land einen Teil der alten Brisanz.

Doch genau an diesem Punkt erscheint plötzlich der Geist der Großen Koalition. Weder Willy Brandt noch Hans-Jochen Vogel oder Peter Giotz scheuen sich mehr, die Worte auszusprechen – immer natürlich mit dem Hinweis, daß eine derartige Elefanten-Hochzeit lediglich „einer Krisensituation vorbehalten“ (Brandt) bleiben müsse. Das Szenario nach einem Regierungswechsel in Niedersachsen könnte sich in Richtung auf einen solchen Einstieg entwickeln.

Im Bundesrat verfügen die SPD-regierten Länder dann gegenüber den Bonner Koalitionären über eine Mehrheit von sechs zu fünf. Der Vermittlungsausschuß würde zu einer Art vertraulicher Quasi-Koalition runden.

Der zweite Schritt ergäbe sich folgerichtig. Nach einer verlorenen Niedersachsen-Wahl und angesichts einer Blockade durch den Bundesrat könnte die SPD einer Demontage des Kanzler-Ansehens aus Kohns eigenen Parteireihen von den politischen Logen-Plätzen aus zuziehen. Die Kanzler-Episode Erhard ist noch in guter Erinnerung – wenn auch der jetzige Kanzler unvergleichlich viel stärker in der Partei verankert ist –, und die manchmal nicht einmal mehr versteckten Angriffe auf Kohl von CDU- und CSU-Unterführern lassen erwarten, daß sich nichts geändert hat. Die Bürgerlichen werden

allzu schnell nervös. Die Folge könnte im Januar eine Art Pattsituation nach der Bundestagswahl sein: daß weder die CDU/CSU mit der FDP noch die SPD über eine Mehrheit der Mandate verfügen.

Was bliebe? Mit den Grünen auf Kommunal- und Landesebene zusammenarbeiten, bereitet der SPD keine Schwierigkeiten – in einigen Kommunen der CDU übrigens auch nicht mehr –, aber Kanzler mit ihrer Hilfe will Rau auf keinen Fall werden. Dies hat er vor Betriebsräten in Niedersachsen noch einmal unterstrichen. Eine Neuaufgabe der sozialliberalen Koalition ist aus mehreren Gründen, auch als Überlebensfrage der FDP, ebenfalls kaum denkbar.

Dies bedeutet, daß es möglicherweise monatelang in Bonn zu einer politischen Agonie käme. Die als Vorbedingung von Brandt, Vogel und Giotz genannte „Krisensituation“ wäre hergestellt, ein Zusammengehen der beiden Volksparteien, ohne die Gefahr einer Kernexplosion in ihrer Mitgliedschaft zu bewerkstelligen. Schon einmal kam die SPD auf diesem Weg in die Verantwortung.

Auch auf Unions-Seite scheint dieses Szenario nicht völlig ausgeschlossen zu werden. Dezent, aber unaufhaltsam bringt sich der baden-württembergische Ministerpräsident Lothar Späth in Stellung als einer, der den Konsens mit sozialdemokratischen Vorstellungen in vielen Bereichen sucht.

Für die SPD ist die Strategie folgerichtig. Die Fünfzigprozent-Marke ist für sie praktisch unerreichbar. Und wer trotz der letzten Abstiegs-Versammlung der Alternativen auf die Grünen spekuliert – schließlich ist nicht nur Brandts Ideal immer noch die „Mehrheit links von der Union“ – kann mit dem Stichwort „Große Koalition“ dem Wähler gegenüber ein wohlwollendes Tarnmäntelchen vorweisen. Und die Union verwirren.

Denn trotz der auf dem entscheidenden wirtschaftspolitischen Feld errungenen Erfolge gibt es in deren Reihen inzwischen wieder viele, die nicht eine kraftvolle Vorwärtstrategie verfolgen, sondern in die Defensive gehen. Noch offene persönliche Rechnungen mit Kohl kommen hinzu. Dies könnte im Januar zu einem bösen Erwachen führen, aber wer rechnet schon damit, solange man träumen kann?



Zurück nach 1966? Koalitionäre Kiesinger, Brandt

FOTO: DPA

Hält Washington den Freiheitskampf für Nicaragua durch?

Die Comandantes manövrieren geschickter als ihre Gegner / Von Werner Thomas

Der 6. Juni 1988 sollte ja eigentlich als historisches Datum in die Geschichte Mittelamerikas eingehen. An diesem Tag sind die fünf regionalen Nationen Costa Rica, El Salvador, Guatemala, Honduras und Nicaragua aufgerufen, in Panama die Friedensvereinbarungen zu unterzeichnen.

Applaus, Jubel und Euphorie wären die weitverbreitete Reaktion. Endlich ein Ende der Kriege und Konflikte, die in den letzten acht Jahren fast achtzigtausend Todesopfer forderten? Wohl nicht. Die Inszenierung des Schlußaktes des Contadora-Dramas erweist sich als äußerst schwierig. Je näher der Termin rückt, desto häufiger ist von Verschiebung die Rede.

Das Gipfeltreffen der fünf Präsidenten am vergangenen Wochenende in dem guatemaltekischen Wallfahrtsort Esquipulas demonstrierte noch einmal die ganze Problematik. Die inspirative Umgebung – es wurde in einem Benediktinerkloster verhandelt – vermittelte keine Erleuchtung. Die Differen-

zen zwischen dem marxistischen Nicaragua und den vier Nachbarstaaten blieben bestehen. „Wir stimmen überein, nicht übereinzustimmen“, sagte das nicaraguansische Delegationsmitglied Rogelio Ramirez.

Costa Rica, El Salvador, Guatemala und Honduras wollen termingemäß unterzeichnen. Die Sandinisten wollen sich dagegen noch nicht auf den 6. Juni festlegen lassen. Besonders mißfallen den Comandantes die Aussagen über die Rüstungsbegrenzung und den Abzug fremder Militärberater (etwa dreitausend Kubaner). Sie verlangen zudem, daß die Reagan-Regierung zuvor einen Verzicht auf eine weitere Unterstützung der antisandinistischen „Contra“-Rebellen bekundet. Die USA sind jedoch kein Vertragspartner.

Obgleich Verteidigungsminister Humberto Ortega gelobte, „kein Gewehr“ werde ohne die Erfüllung dieser Bedingung Nicaragua verlassen, zeigte sein Bruder Daniel, der Präsident, jetzt Verhandlungs-

bereitschaft in der Abrüstungsfrage. Der drängende Contadora-Termin brachte die Meinungsverschiedenheiten der sandinistischen Führungsspitze wieder offen zum Ausdruck. Die radikalen Comandantes um Innenminister Tomas Borge warnten vor Kompromissen. Der Kreis der Taktiker, zu denen die Ortegas zählen, unterstreicht die Vorteile einer Kooperation: So verurteilen die Vereinbarungen „irreguläre“ militärische Organisationen wie die „Contras“.

Die Taktiker scheinen zu empfinden, man solle bis zum 6. Juni noch die besten Bedingungen aushandeln, kurzfristig unterschreiben, sich als Retter der Contadora-Initiativen feiern lassen – und dann die unbegrenzten Klauseln einfach ignorieren, etwa die Schaffung demokratischer, pluralistischer Verhältnisse. Diese Furcht grassiert in Washington. In der amerikanischen Hauptstadt haben sich ebenfalls zwei Lager formiert. Präsident Reagan's Mittelamerika-Botschafter Philip Habib verkündete, die

IM GESPRÄCH Butros Ghali

Kairo wird ihm zu eng

Von Peter M. Ranke

Politische Unstimmigkeiten im Beraterstab des ägyptischen Präsidenten Mubarak sind nach Informationen diplomatischer Kreise der Anlaß dafür, daß Staatsminister Butros Ghali (63) nun schon zum zweiten Mal ein internationales Amt anstrebt. Er will sich 1987 zum Generalsekretär der Unesco wählen lassen, der UN-Organisation für Erziehung, Wissenschaft und Kultur in Paris.

Butros Ghali ist, wie in Kairo verläutet, darüber verärgert, daß der wichtige Präsidenten-Berater Usama El Baz praktisch die Außenpolitik Ägyptens bestimmt und am Außenminister vorbeigeht, und zwar einseitig zugunsten der arabischen Orientierung Kairo. Außenminister ist zwar formell Abdel Meguid, aber geführt wurde die Außenpolitik praktisch von Butros Ghali, der jedoch jetzt nicht mehr an Usama El Baz vorbeikommt. Butros Ghali hat auch eingesehen, daß er als koptischer Christ und mit einer jüdischen Frau nicht mehr, wie seine früheren Verwandten, Minister oder General in Ägypten werden kann, da die von Usama El Baz betriebene Islamisierungspolitik das verhindert. Da sich Usama El Baz vor allem um die arabischen Angelegenheiten kümmert, hat sich Butros Ghali der afrikanischen Staatenwelt zugewandt.

Wie Usama El Baz war Butros Ghali schon unter Präsident Sadat im Außenministerium und als hartnäckiger Verhandlungspartner in Camp David 1978/79 bekannt. Er steht auch heute weiter zum Friedensvertrag mit Israel und verteidigt ihn gegenüber afrikanischen Regierungen. Er hält Ägypten die afrikanische Flanke frei, wo Khabat der gefährliche Gegenspieler ist.

Als Absolvent der Pariser Sorbonne und als Student in den USA



Möchte Unesco-Chef werden: Butros Ghali

FOTO: SVEN SIMON

hat der 1922 in Kairo geborene Butros Ghali westliche Denkweisen und westliche Demokratien kennengelernt, so daß der heutige Professor des Völkerrechts und der politischen Wissenschaften im Außenministerium als pro-westlich bekannt ist. Usama El Baz gilt hingegen als pro-arabisch. Vielleicht sieht man in Kairo deshalb Butros Ghali gar nicht so ungern ziehen? Schon voriges Jahr wollte der Ägypter Hochkommissar der UNO für Flüchtlinge werden, jedoch bekam schließlich der Schweizer Jean-Pierre Hocké diesen Posten.

Für die Unesco hat Butros Ghali gute Chancen, denn der jetzige Chef, der Senegalese Amadou Mahtar M'bow, ist wegen seiner einseitigen Politik und Vetternwirtschaft bei vielen Regierungen verhaßt. Für Butros Ghali würden afrikanische Staaten stimmen, und auch die USA und Großbritanien würden unter einem Butros Ghali wohl auch wieder in die Unesco zurückkehren. Er ist erfahren, klarsichtig und integer.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

Wiesbadener Tagblatt

Im Kommentar Westfälische Nachrichten:

Auch in Ankara blieb er seinem Renommee treu, das richtige Wort zum richtigen Zeitpunkt zu sagen. Die Eintragung ins Goldene Buch des Atatürk-Museums jedenfalls ist als Memento seines Besuchs nicht mißzuverstehen. Mit den Worten: „Die Freiheit ist die Mutter jeglichen Fortschritts“ zitierte er den Staatsgründer Atatürk, um kategorisch anzufügen: „Dem türkischen Volk wünsche ich in diesem Geist eine glückliche und friedliche Zukunft.“

NEUE OSNABRÜCKER ZEITUNG

Die meisten der Rückkehrer von Bonner Diplomaten in Berlin:

Da die Ziele des Vorstoßes der DDR in der früheren Reichshauptstadt klar zu erkennen sind, verwundert die Bonner und die westalliierte Sprachlosigkeit doch sehr. Bei ähnlichen förmlichen Übergriffen in der Vergangenheit rang man sich in Bonn umgehend wenigstens zu klaren Stellungnahmen durch. Jetzt drückt sich die Regierung gegenüber dem Status der Stadt, die als weltpolitisches Seismograph anzuweisen ist, in diese Lebereckerei. Die Folge der Flügelkämpfe der Politiker aller Parteien zu Reich Honecker?

AUGSBURGER ALLGEMEINE

Wer hätte es vor Wahlbeginn beim DGB-Kongress:

Der deutsche Gewerkschaftsbund ... ist vielmehr dabei, exakt das zu tun, wovon das Staatssozialismus warnte. Denn daran heißt keine Maus einen Faden ab: Mit dem Aufruf seines Vorsitzenden Ernst Breit auf dem Hamburger Bundeskongress, die Arbeitnehmer sollten bei den bevorstehenden Wahlen mit ihren Stimmen-

ten gegen die in Bonn Regierenden „Front machen“, hat der DGB die parteipolitische Neutralität verlassen.

WESTFÄLENPOST

Das Hagerer Blatt erörtert das Stichwort

Die lebhafteste Kritik am zweiten Tag des DGB-Bundeskongresses an dem bisher „massivsten Sozialabbau“ in der Bundesrepublik hat einen Haken. Denn der „Sozialabbau“ begann bereits unter der Regierung Schmidt, die drastisch mit dem Rotstift eingreifen mußte, um dem Sozialbankrott zu entgehen. Selbst der SPD-Kanzlerkandidat Rau weigert sich heute, mit einer SPD-Regierung in Bonn die auf der Linie Schmidt-Blum gefassten Maßnahmen völlig zurückzunehmen. Auch das Gewerkschaftsrezept, mit großen Beschäftigungsprogrammen den nach wie vor traurigen Arbeitsmarkt flottzumachen, ist in der Ära Schmidt über zwanzig Mal versucht worden. Leider ohne Erfolg. Die Kompetenz des DGB in der Beschäftigungspolitik wäre größer, wenn er wirklich einen praktikablen Ratsschlag zur Hand hätte. Wie schwierig das Wirtschaftsfeld zu besetzen ist, zeigt das jüngste Kapitel des Neuland-Standards.

LE QUOTIDIEN DE PARIS

„Der ‚Schwarze Montag‘ an der Pariser Börse“

Warum haben die Finanzleute bis Ende Mai gewartet, um eine Situation zu sanktionieren, deren Gleichung sie kannten? Weil das politische Klima ihnen nicht (oder nicht mehr) dazu angetan scheint, eine rasche Sanierung zu begünstigen. Dies um so mehr, als die Terminplanung ungenau ist und die ungeschickte Informationspolitik der Regierung Verwirrung schafft zwischen dem, was heute und was morgen getan werden soll.

Ins Gästebuch kam ein Satz des Kemal Atatürk

Richard von Weizsäcker als Staatsgast in der Türkei. Ein besonderes Ereignis, denn er ist der erste Staatsbesucher seit dem Militärputsch von 1980. Ein Besuch der offenen, aber betont freundlichen Worte.

Von EBERHARD NITSCHKE

Als ob er die inhaltsschwere Botschaft noch freundlich verpacken müsse, wandelte Bundespräsident Richard von Weizsäcker einen vorgedruckten Satz seiner Tischrede, der in barschem Beamtendeutsch in den Text gerast war, lebendiger ab. Aus „Die Bundesrepublik Deutschland ist kein Einwanderungsland“ wurde so die melodisch vorgetragene Formulierung: „Ein Einwanderungsland ist die Bundesrepublik nicht.“

Beim festlichen Abendessen von goldenem Geschirr, gegeben vom Präsidenten der Republik, Kenan Evren, zu Ehren des Staatsgastes aus Bonn in seinem hoch über Ankara gelegenen Präsidenten-Palast, zeigte der Bundespräsident, daß bei allen Lebenswürdigkeiten auch ganz feste Erwartungen ausgesprochen werden konnten.

Die zum Beispiel, daß auf dem Gebiet der Menschenrechte oder des Gewerkschaftswesens die Entwicklung in der Türkei so weitgehend solle, wie es im 1980 verkündeten Zeitplan für die Rückkehr zur Demokratie in der Türkei angekündigt worden war. Oder, daß eine Aussöhnung der Türkei mit dem NATO-Partner Griechenland stattfinden könne, „auch wenn die Geschichte belastet ist und gegenseitiges Mißtrauen ein behutsames Vorgehen erfordert“. Schließlich, so von Weizsäcker, hätten sich auch Deutsche und Franzosen „irreversibel“ versöhnt. Über allen Themen aber stand sein Wunsch nach einem friedlichen Zusammenleben von Türken und Deutschen.

Als erstem Staatsbesucher nach dem Militärputsch, mit dem 1980 in Ankara vorerst die Demokratie außer Kraft gesetzt wurde, wird Richard von Weizsäcker und seiner Frau an der Spitze einer großen Delegation, der auch Außenminister Genscher angehört, eine außergewöhnliche Aufmerksamkeit zuteil. Nicht nur wurde durch Umfragen ermittelt, daß nahezu die gesamte Bevölkerung der Hauptstadt von dem fünfjährigen Aufenthalt des deutschen Staatsoberhauptes weiß und große Dinge davon erwartet. Sie hat in ihren größten Zeitungen auch gelesen, daß er ein „anderer Deutscher“ („Milliyet“) ist, einer, dessen Reden das Ansehen der Bundesrepublik im Ausland „vollkommen veränderten“, einer, der die Türken schon deswegen versteht, weil er noch vor wenigen Jahren als Regierender Bürgermeister von Berlin 120 000 von ihnen mitverwaltet hatte.

Ein solcher Mann, ein „Freund in der Not“ („Turkish Daily News“), dem man Weisheit, Verständnis, ja Liebe zum Land attestiert, der kann unter seinem eigenen, hier verkündeten Motto recht deutlich in die Tagespolitik eingreifen. Denn von Weizsäcker hatte in seiner Adresse an den türkischen Staatspräsidenten gesagt:

„Anteilnahme, auch wenn sie kritische Elemente enthält, ist immer Ausdruck von Sympathie.“

So bestand Richard von Weizsäcker auch in Ankara auf Gesprächen mit gestern noch verfeindeten Oppositionspolitikern – ein Punkt, der im sonst mit dem deutschen Papier identischen Programm des Staatsbesuches, wie es die türkische Seite verteilte, nicht vorkam.

Tausende von Schulkindern in schwarzen Einheitskitteln mit weißem Kragen säumten die Straßen auf dem Wege des Gastes vom Flughafen in die Stadt und schwenkten deutsche und türkische Fähnchen. Staatspräsident Evren hatte zusammen mit Ministerpräsident Turgut Özal die deutsche Delegation unter militärischem Gepränge auf dem Flughafen abgeholt. Der Sprühen, in dem die Schulkinder am Wegesrand ausharrten, verwandelte sich beim Eintreffen von Weizsäcker und seiner Begleitung am Mausoleum für den Begründer der modernen Türkei, den 1938 verstorbenen Mustafa Kemal Atatürk, in einen soliden Landregen.

Ein Kranz für den Begründer der Republik

Die Kranzniederlegung, Programmpunkt eins auf dem 800 000 Quadratmeter großen Gelände, absolvierte der Bundespräsident zur Verwunderung der Gastgeber dennoch ohne Schirm, Hut oder Mantel und schrieb ins Gästebuch den in der heutigen Türkei besonders bedeutsamen Satz: „Die Freiheit ist die Mutter der wirklichen Fortschritte.“ Zur Sicherheit setzte der Bundespräsident noch den Verfasser des Satzes hinzu: Kemal Atatürk.

Während die deutsche Delegation schon zum benachbarten Atatürk-Museum weitergeführt wurde, wo Mäntel, Stühle, Toilette-Accessoires oder Rolls-Royce des großen Staatsmannes zu besichtigen sind, stürzte sich die reichlich erscheinende türkische Presse auf den Bundespräsidenten, um ihn mit dem Weizsäcker-Zusatz „Dem türkischen Volk wünsche ich in diesem Geiste eine glückliche und friedvolle Zukunft“ zu kopieren und der Öffentlichkeit zu übermitteln.

Während bei früheren Besuchen deutscher Politiker in der Türkei noch Beschwerden über die Lebensbedingungen der 1,5 Millionen türkischen Arbeiter in der Bundesrepublik und angebliche deutsche Bestrebungen, sie gegen ihren Willen abzuschieben, im Vordergrund der deutsch-türkischen Gespräche gestanden hatten, war diesmal davon nicht die Rede. Staatspräsident Evren, einst als General Chef der Militärjunta, die den Umsturz im Lande 1980 geleitet hatte, versicherte von Weizsäcker sogar, er vermisse, daß nicht nur wirtschaftliche Gründe die große Zahl türkischer Arbeiter nach Deutschland bringen, sondern „die Existenz einer Freundschaft zu den Deutschen“.

Seit 1980 hat die Bundesrepublik, so der Bundespräsident, mit rund acht Milliarden Mark Wirtschafts-



Unter dem Bild Kemal Atatürks, des Begründers der modernen Türkei: Richard von Weizsäcker, Kenan Evren im Präsidenten-Palast in Ankara

FOTO: AP

und Verteidigungshilfe zur Entwicklung des Landes beigetragen. Der Handelsaustausch im Vorjahr hat sich seit 1981 mehr als verdoppelt. Kein Wunder, daß der türkische Staatspräsident in seiner ersten Tischrede auf diesem Felde keine Verbesserungsvorschläge hatte – außer dem Wunsch, die Deutschen möchten doch die türkischen Anstrengungen zur Gründung einer eigenen Verteidigungsindustrie unterstützen. Auf diese Angelegenheit ging der deutsche Gast freilich nicht ein.

Enger Rückhalt in Bonn wird von Evren bei einem Problem gesucht, das gerade zum Staatsbesuch der Deutschen auf die Titelseiten der Zeitungen geriet. Die Vereinigten Staaten von Amerika wollen die dem türkischen Festland vorgelagerte und zwischen Griechen und Türken umstrittene griechische Insel Limnos für Verteidigungszwecke im Rahmen der NATO ausbauen.

Die Türkei beklagt Vertrags-Verletzung

Ankara sieht darin eine Verletzung des Vertrages von Lausanne, der die griechisch-türkischen Grenzen regelt und für diese Insel Demilitarisierung verfügt.

Was die Erfüllungen der Erwartungen aus dem EG-Assoziierungsvertrag von 1983 betrifft, vor allem die umstrittene Freizügigkeit für türkische Arbeitnehmer auf dem europäischen Markt, beschränkte sich Evren auf die Aussage, man habe Schwierigkeiten, zu verstehen, daß die Türkei von Zeit zu Zeit dazu gebracht werde, um ihre Position in Europa kämpfen zu müssen.

Auf von Weizsäckers Programm stehen nicht nur Besuche bei Grabungen des (vom Auswärtigen Amt finanzierten) Deutschen Archäologischen Instituts in Bergama, die Besichtigung einer Polizeischule in Izmir oder eine Kranzniederlegung auf dem deutschen Soldatenfriedhof von Istanbul, sondern auch die Einweihung einer Gedenktafel in der Universität der Stadt am Bosphorus, auf der auf den Zufuchtsort für die vom nationalsozialistischen Regime verfolgten Deutschen hingewiesen wird. Zu ihnen gehörte auch Berlins ehemaliger Regierender Bürgermeister Ernst Reuter.

Daß man einem „Freund in Not“ auch einmal in solcher Weise beigegeben hat, das macht die Türken angesichts der Tatsache, daß sie in den letzten Jahrzehnten häufig die Nehmenden sein mußten, besonders stolz. „Wir senden nicht nur Emigranten – wir nehmen sie auch auf!“

„Es spricht der Delegierte mit der Nummer 28010“

Bundeskongress des DGB in Hamburg: Proteste wegen der neuen Heimat, Angriffe gegen die Bundesregierung und verhaltener Unmut über die Führungsrolle der IG Metall. Gestern sprach ihr Vorsitzender Hans Mayr.

Von GÜNTHER BADING

Gewerkschaftstage leben bei aller Eigendynamik in der Regel von der straffen Regie, von Beratungen, Absprachen, Flügel- und Blockbildungen hinter den Kulissen.

Von zentraler Regie, gar einer gestrafften, war auf dem DGB-Bundeskongress in Hamburg bisher allerdings kaum etwas zu spüren. Denn auch am Dienstag, zwei Tage nach der feierlichen Eröffnung, hatte der 13. Bundeskongress sein eigentliches Thema noch nicht gefunden.

Bei der Eröffnungsfeier am Sonntag ließ die brillante Rede des Bundespräsidenten über innere und äußere Grenzen des Machtanspruchs der Funktionäre die Worte des DGB-Vorsitzenden zur Marginalie werden.

Am Montag, dem ersten vollen Beratungstag, wurde den 525 Delegierten das Thema des Tages von außen diktiert: Die Demonstration der um ihre Arbeitsplätze bangenden Mitarbeiter der gewerkschaftsgeprägten Neuen Heimat ließ die eher langweiligen Rechenschaftsberichte der DGB-Vorstandsmitglieder in den Hintergrund treten. Dort, wo die Stimmung eines Gewerkschaftskongresses am leichtesten spürbar wird, an den runden weißen Tischen vor dem Gratis-Kaffeehaus der Volksfürsorge, unterhielten sich die Delegierten zumeist nur über diese Umkehrung der festgelegten Ordnung gewerkschaftlichen Denkens.

Unversehens waren die Demonstrationen, Kundgebungen und streikgeordneten Funktionäre selber zum Ziel eines Protestaufmarsches geworden. „Und das noch vor der Kulisse unserer Fahnen. Wie das wohl im Fernsehen wirkt?“ stöhnte ein hauptamtlicher DGB-Mitarbeiter.

Am Dienstag sah alles anders aus: Diszipliniert, fast lustlos geschäftsmäßig nahmen die Delegierten die mehr oder minder wohlgelesenen Redebeiträge in der Aussprache über die Rechenschaftsberichte der Vorstandsmitglieder entgegen. Das Engagement, das am Montagabend in den Reden des für die Neue Heimat zuständigen Vorstandsmitgliedes der Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen (HBV), Christian Götz, und dann noch einmal in den Attacken des IG-Metallers Otto Kömig auf die Bundesregierung und – wie könnte es anders sein – auf Norbert Blüm spürbar wurde, schien erloschen.

Da sprach sich der Vorsitzende der Bau-Gewerkschaft, Konrad Carl, die Sorgen um die Arbeitslosigkeit im Baugewerbe von der Seele, und der erste Mann der Lehrergewerkschaft, Dieter Wunder, jammerte über die Lehrerbearbeitungslosigkeit. Er wagte sogar einmal einen leichten Seitenhieb auf die dem Zuhörer doch sonst so nahestehende sozialdemokratische Regierung in Düsseldorf wegen ihrer Personalpolitik an den Schulen.

Der Vorsitzende der Gewerkschaft Nahrung, Genuß, Gaststätten (NGG), Günter Döding, beschränkte sich in seinem Diskussionsbeitrag – auch für

die Chefs galt die Beschränkung der Redezeit auf zehn Minuten – ganz darauf, eine Lanze für die Reinheitsgebote der deutschen Lebensmittelgesetzgebung zu brechen. Auch er, dem zu Recht ein feiner Humor nachgesagt wird, verzichtete auf griffige Beispiele wie etwa den EG-internen Kampf um gute deutsche Bier aus Hopfen und Malz und ließ es bei Sätzen wie: „Für uns sind Verstöße gegen unsere Lebensmittelgesetze keine Kavalleriedelikte.“ Statt eines zündenden Apfels an die Delegierten schloß er in deutlicher Übereinstimmung mit einer noch undefinierten Stimmungslage des Kongresses: „Ich bitte um Unterstützung der hier vorgetragenen Position.“

Das hinter den Kulissen des DGB-Kongresses seit der vorbereitenden Sitzung des Bundesvorstands mit den Vorsitzenden der 17 Einzelgewerkschaften am Wochenende schwelende Streitthema Nummer eins, der Entwurf für einen Initiativvertrag der IG Metall zur Einbindung gewerkschaftlich organisierter Abgeordneter in Bundestag und Landesparlamenten, wurde von Döding nicht angesprochen.

Zwar gehört Döding zu jenen Gewerkschaftsleuten, die nichts von der Konfrontationsstrategie der Metaller halten, die trotz eigener SPD-Mitgliedschaft den DGB freihalten wollen vom Vorwurf, zum Wahlhilfever-ein für die Sozialdemokraten zu werden. Aber er setzte wohl auf die Ein-

tonbandgeräte wurden eingeschaltet, Kameras richteten sich auf das Rednerpult.

Die Erwartungen wurden nicht enttäuscht. Der Vorsitzende der IG Metall, der größten deutschen Einzelgewerkschaft, langte kräftig zu. Was man an Demonstrationen, an politischem Druck beim Kampf gegen die Änderung des Paragraphen 118 zuwege gebracht habe, sei noch nicht alles. „Wir können noch viel mehr... wenn wir es wollen!“ rief Mayr unter tosendem Beifall in den Saal. Und, es könne „den Gewerkschaften nicht egal sein, wer regiert“. Wer über das Parlament Gesetze zu Ungunsten der Arbeitnehmer verändere, wie den 116, der „muß mit dem Widerstand der Gewerkschaften rechnen“. Das, und nichts anderes, fügte Mayr hinzu, verstehe er unter Einheitsgewerkschaft.

Damit war das Stichwort gefallen. Hermann Rappé, Chef der IG Chemie, stellte unter Beweis, daß er als einer der Besonnenen im DGB gilt. Mit einem Beispiel führte er den Metallern vor Augen, wie verfehlt ihre Konfliktstrategie gegenüber der Regierung Kohl sei. Auch in Großbritannien, sagte er, sei die Gewerkschaft mit ihrem Konfrontationskurs gegenüber der konservativen Regierung gescheitert.

Noch deutlicher waren die Stimmen aus der ÖTV. Denn was hier unter dem Stichwort „Einheit lebt aus Toleranz“ gesagt wurde, griff



Steuermann in rother See: Ernst Breit auf dem DGB-Kongress in Hamburg

FOTO: DPA

sicht der Metall-Führung, daß man in den abschließenden Beratungen der Antragskommission in der Nacht zum Mittwoch den Antrag des Anstoßes wohl verwässern oder sogar ganz zurückziehen werde.

Kurz vor der Mittagspause wurde der Kongress seinem erwartenden Dämmern gerissen. Nach endlosen, jammervollen Beschreibungen mangelnder Wertschätzung der Frauen in Politik, Gesellschaft, am Arbeitsmarkt, ja im DGB selber – meist vorgetragen von weiblichen Delegierten der ÖTV, der ersten Gewerkschaft mit einer Frau an der Spitze – ging ein Raunen durch den Sitzungssaal. Nächster Redner ist Hans Mayr mit der Delegiertennummer 28010, kündigte der Tagungspräsident an.

Kein rauschender Vorab-Applaus folgte. Aber es wurde still im Saal.

nicht nur den Kurs der IG Metall nach außen an. Auch die ÖTV-Vorsitzende Monika Wulf-Mathies nahm zwar bei Kritik an der Regierung kein Blatt vor den Mund. Doch aus ihrer Gewerkschaft kam jenes Wort, das den ganzen Unmut über die Bevormundung des DGB und seiner Gewerkschaften durch die allmächtige IG Metall widerspiegelt. In einem „offenen Wort nach innen“ hieß es da: „Wer sich im DGB separiert, Blockbildung betreibt (ein Seitenhieb auf Hermann Rappé, die Red.), belastet die Einheit ebenso wie derjenige, der glaubt, ihm gebühre stets die Führungsrolle.“

Die Kampfansage an die Vorrangstellung der IG Metall ist damit gemacht. Wer wird sie aufnehmen: Hans Mayr oder sein auf dessen Nachfolge erpichter Stellvertreter Franz Steinkühler?

„Den nötigen Wind zum Start meiner Segelschule hat meine Bank gemacht. Sie hat mir nicht nur mit den nötigen Mitteln, sondern auch mit Rat und Tat zur Seite gestanden. Meine Bank bildet zusammen mit führenden Finanzinstituten einen leistungsfähigen Verbund. Aus diesem Grund muß ich bei finanziellen Stürmen nicht beidrehen.“



Wir bieten mehr als Geld und Zinsen.

✓ x Volksbanken Raiffeisenbanken

Der Verbund:
Volksbanken, Raiffeisenbanken
mit mehr als 18.000 Bankstellen
DG BANK
Deutsche Genossenschaftsbank
7 regionale Zentralbanken
Raiffeisen
Südwestbank
DG HYP
Deutsche Genossenschaftsbank
Hypothekendarlehen
DIFA
Deutsche Immobilien Fonds AG
Münchener Hypothekendarlehen AG
R+V Versicherung
Union-Investment-Gesellschaft

Kommission prüft Regelung für 'Trümmerfrauen'

ms. Bonn

Bundeskanzler Helmut Kohl hat als Ergebnis eines kurzen Koalitions-gesprächs gestern eine Arbeitsgruppe eingesetzt, die Modalitäten für eine finanzielle Regelung zugunsten der 'Trümmerfrauen' erarbeiten soll. Es geht dabei um die Anrechnung von Kindererziehungszeiten für Frauen des Jahrgangs 1920 und früher. Der Arbeitsgruppe gehören die Minister Blum, Bismarck, Stoltenberg und Schäuble an. Sie ist vom Kanzler auch gehalten, finanzielle Deckungsvorschläge vorzulegen.

Die angestrebte Regelung wird allerdings kostspielig sein. Der Kanzler hat im Vorfeld der Diskussion gesagt, es gehe nicht um 'Götter', sondern um 'Kassen', womit er die finanziellen Kosten, die in die Milliarden gehen dürften, meinte. Man müsse bei Überlegungen zugunsten der Trümmerfrauen 'etwisch in der Sache sein, auch was die Finanzierung betrifft'. Ein zeitlicher Rahmen ist der Arbeitsgruppe der Minister nicht gesetzt, doch erwartet der Kanzler, daß sie Vorschläge zügig erarbeitet.

Kirchenrat nicht DKP-Mitglied

DW. Bonn

Oberkirchenrat Klaus Wilkens vom Kirchenamt der EKD Hannover hat bestätigt, daß das Informationsbüro

Anzeige

QUICK hat Ihnen mehr zu sagen. Zum Beispiel:

Krisengebiet Wackersdorf
Chaos machen mobil
Im Schutz von Tausenden, friedliebenden Demonstranten inszenieren wenige hundert Chaos ihre blutige Machtdemonstration auf beiden Seiten. QUICK war in Wackersdorf und untersucht die Moral der Polizeibeamten für ihre harten Einsätze. QUICK deckt auch die Praxis der militanten WAA-Gegner auf.

Selbstbewußt und schön:

Das neue Fräulein-Wunder

Für das Ausland gehören die deutschen Frauen zu den schönsten der Welt: sie sind sinnlich und körperbewußt, gefühlig und rührend. Unternehmungslustig - aber vernünftig. Jährlich werden 16.000 deutsche Frauen von ausländischen Männern geheiratet. QUICK stellt in einem großen Farbbericht das neue 'Fräulein-Wunder' vor.

QUICK steht für Qualität!

Nicaragua in Wuppertal in diesem Jahr für 'projektbezogene Bildung und Publizistik' 30.000 Mark vom Kirchlichen Entwicklungsdienst (KED) erhalten hat. Das Büro ist wegen seiner Vermittlung von deutschen 'Aufbauhilfen' für das sandinistische Regime in Nicaragua umstritten. Wilkens betonte in einem Gespräch mit dem Informationsdienst der Evangelischen Allianz (idea), diese Mittel dürften aber nur für die Arbeit der Organisation in der Bundesrepublik Deutschland und nicht für Vermittlungsdienste verwendet werden. Der Oberkirchenrat räumte ein, daß die kirchlichen Partner der Entwicklungsdienste im Bereich der EKD zum Teil auch mit sandinistischen Regierungselementen zusammenarbeiten. Zur allgemeinen Lage in dem mittelamerikanischen Land sagte Wilkens, es gebe neben 'viel positiven Tendenzen auch fragwürdige Entwicklungen, etwa im Menschenrechtsbereich'.

Ein Sprecher der EKD dementierte die Darstellung der WELT, daß der kirchlichen Entwicklungshilfe engagierter Oberkirchenrat Rudolf Hinz früher einmal wegen DKP-Mitgliedschaft kritisiert worden sei (WELT v. 24./25.05.). Der Sprecher wies darauf hin, daß es sich in dem Bericht um eine Namensverwechslung handelte, wie sie bereits öfter vorgekommen sei.

Vogel heute bei Honecker

dpa. Berlin

Der Vorsitzende der SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag, Hans-Jochen Vogel, wird heute ein Gespräch mit 'DDR'-Staats- und Parteichef Erich Honecker führen. Das Treffen findet, wie gestern in Ost-Berlin offiziell bestätigt wurde, im Jagdschloß Hubertusstock in der Schorfheide nördlich Berlins statt.

Ebenfalls heute wird der nordrhein-westfälische CDU-Vorsitzende Kurt Biedenkopf mit dem für Außenpolitik zuständigen Mitglied des SED-Politbüros, Hermann Axen, in Ost-Berlin eine Unterredung haben. Die Begegnung ist für den Nachmittag vorgesehen. Honecker hatte in jüngster Zeit mehrfach Politiker aus der Bundesrepublik empfangen.

DIE WELT (USPS 605-570) is published daily except Sundays and holidays. The subscription price for the USA is US-Dollar 365.00 per annum. Distributed by German Language Publications, Inc., 540 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632. Second class postage is paid at Englewood, NJ 07632 and at additional mailing offices. Postmaster: send address changes to: DIE WELT GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC., 540 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632.

Schäuble vermutet: Ost-Berlin will den „internationalen Terrorismus“ treffen

Einheitliche Reaktion der Alliierten auf Diplomaten-Paßzwang an Sektorengrenze erwartet

DIETHART GOOS, Bonn

Die Bundesregierung drängt gemeinsam mit den Alliierten auf eine schnelle Regelung der Praxis beim Grenzübertritt der in Ost-Berlin akkreditierten Diplomaten nach West-Berlin. Das erklärte Kanzleramtsminister Wolfgang Schäuble gestern der WELT.

Auf der am heutigen Mittwoch im kanadischen Halifax beginnenden NATO-Tagung wird Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher, wie Schäuble ankündigte, im Rahmen des traditionellen Deutschlandgesprächs die neue Praxis mit seinen Amtskollegen der USA, Englands und Frankreichs beraten. Dabei werde man eine einheitliche Reaktion auf das Ostberliner Vorgehen vereinbaren.

Minister Schäuble, der im Kanzleramt die Deutschlandpolitik koordiniert, hält es für höchst unwahrscheinlich, daß die Westmächte wegen der neuen Praxis der 'DDR' an der Sektorengrenze die diplomatischen Beziehungen zu Ost-Berlin abbrechen.

Dienstkarte reicht nicht

Wie gemeldet, müssen sich seit Montag die in Ost-Berlin tätigen Diplomaten beim Grenzübertritt neben ihrem Dienstausweis von 'DDR'-Außenministerium auch mit ihrem Paß legitimieren.

Wie Schäuble der WELT erläuterte, wurde bei Errichtung der Botschaften der Westmächte im Ostteil der Stadt mit Rücksicht auf den Vier-Mächte-Status Berlins für die Diplo-

maten eine rote Klappkarte als Dienstausweis des 'DDR'-Außenministeriums eingeführt. Er wurde bisher bei der Grenzkontrolle als Legitimation akzeptiert.

Der Kanzleramtsminister hält es für möglich, daß die 'DDR' die zusätzliche Paßkontrolle für die Diplomaten jetzt eingeführt hat, um terroristischen Aktivitäten besser begegnen zu können. Seit dem Terroranschlag auf die Westberliner Diskothek 'La Belle' Anfang April werden auf der östlichen Seite der Sektorengrenze Diplomaten, besonders aus arabischen Ländern, genauer kontrolliert. Diese Schutzmaßnahmen hatten die Alliierten nach Konsultationen mit der Bundesregierung und dem Berliner Senat veranlaßt. Mehrfach sind seitdem arabische Diplomaten, unter ihnen Angehörige der libyschen Botschaft in Ost-Berlin, am Betreten des Westteils der Stadt gehindert worden.

In enger Absprache haben sich die Diplomaten der drei Westmächte und der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik in Ost-Berlin bisher geweigert, dem 'DDR'-Verlangen zu entsprechen und neben der roten Klappkarte auch ihren Paß vorzuzeigen. Während Botschaftsangehörige der drei Westmächte noch mit der roten Klappkarte durchgelassen wurden und sie lediglich auf die neue Praxis verwiesen wurden, konnten Mitglieder der Ständigen Vertretung mit dem Ausweis des 'DDR'-Außenministeriums nicht mehr passieren.

Der Pressesprecher der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik in Ost-Berlin, Eberhard Grasshoff, sagte

gestern der WELT: 'Wir zeigen weiter unsere roten Klappkarten und werden zurückgewiesen.' Er selber sei am Montag zweimal an der Fahrt nach West-Berlin gehindert worden.

Sowohl in Bonner Regierungskreisen wie auch bei den West-Alliierten wird der Ostberliner Vorstoß als erster Vorgang bewertet. Offenbar will die 'DDR' versuchen, durch die Hintertür die Sektorengrenze als Demarkationslinie zwischen beiden Teilen der Stadt in eine internationale Grenze umzuwandeln und damit den Vier-Mächte-Status für ganz Berlin auszuhebeln.

Paß nur zeigen?

Dennoch wurde die Erwartung geäußert, daß sich nach der Abstimmung auf der NATO-Konferenz die Angelegenheit für beide Seiten zufriedenstellend regeln lassen werde. Offenbar könnte sich der Westen damit einverstanden erklären, daß seine Diplomaten neben der roten Klappkarte auch ihren Paß bei der Kontrolle zeigen, das Dokument aber nicht aus der Hand geben oder gar absteampeln lassen. So sei früher schon verfahren worden, hieß es von zuständiger Stelle.

Bis sich die NATO-Partner verständigt haben, gehen die Diplomaten der neuen Kontrolle aus dem Wege. So umfahren sie die Sektorengrenze mit einem längeren Umweg über 'DDR'-Gebiet und erreichen am Übergang Stolpe West-Berlin. Hier haben die Diplomaten auch bisher schon ihre Pässe dem 'DDR'-Kontrollanten vorgelegt.

Entschädigung für Bauern erweitert

gü. Stuttgart

Beim Ausgleich landwirtschaftlicher Strahlenschäden wollen Bund und Länder offenbar betont großzügig verfahren. In Stuttgart stellte Baden-Württemberg Ernährungsminister Gerhard Weiser (CDU) gestern Entschädigungsleistungen auch für Ertragsverluste bei solchen Gemüsesorten in Aussicht, deren Vorräte von den Behörden nicht ausdrücklich empfohlen worden war. Die meisten Länder, so Weiser, seien bereit, an entsprechenden Entschädigungsrichtlinien sowie der Finanzierung solcher 'Billigkeitslösungen' mitzuwirken.

Aufgrund der Empfehlungen der Bonner Strahlenschutzkommission wurden bisher Salat, Spinat, Mangold, Porree und Stielmais als 'ausgleichsfähig' anerkannt. Hinzu kämen nach den erweiterten Entschädigungsrichtlinien, über die heute die zuständigen Minister aus Bund und Ländern im Kanzleramt befinden, Rhabarber, Radieschen, Rettich, Kohlrabi, Petersilie, Schnittlauch und Sellerie. Formulare des Küchler Bundesverwaltungsamtes zur Erfassung der entstandenen Schäden liegen den Gemeindeverwaltungen vor.

Neue Waffen auch „im Alleingang“

AP. München

Der bayerische Ministerrat hat gestern den Vorschlägen von Innenminister Karl Hillenmeier zugestimmt, die Entwicklung und Einführung von 'Distanzmitteln' - Waffen zum Verschießen von Gummigeschossen - zu beschleunigen und diese 'gegebenfalls auch im Alleingang einzuführen'. Das Kabinett befähigt sich mit den schweren Krawallen zu Pfingsten am Bauern der Wiederaufarbeitungsanlage für Kernbrennstoffe in Wackersdorf.

In einem Bericht, den die Staatskanzlei nach der Sitzung veröffentlichte, hieß es, das Kabinett habe auch die von Hillenmeier für notwendig gehaltenen Verbesserungen des rechtlichen und verwaltungsmäßigen Instrumentariums in Form einer Verbesserung des Meldedienstes 'Landfriedensbruch und verwandte Straftaten' zur effektiven Erkennung und Bekämpfung reisender Gewalttäter unterstützt. Vermutungen und passiver Widerstand sollen nach dem Bericht als Straftaten eingestuft werden. Außerdem müßte ein Tatbestand des Landfriedensbruchs geschaffen werden, wie er vor den siebziger Jahren gegolten hat.



Präsident Karl Bonhoeffer (rechts) will „seinen“ Kongreß retten: Durch Jewgeni Tschasow Direktiven aus Moskau ist der Streit programmiert

FOTOS: APOFA

Moskau will Tschernobyl in Köln ausklammern

Kongreß der „Ärzte gegen den Atomkrieg“ droht der Bruch

WERNER KAHL, Köln

Unter Funktionären des Exekutivrates der Vereinigung 'Internationale Ärzte für die Verhütung des Atomkrieges' (IPFNA) schied gestern - 48 Stunden vor der Eröffnung ihres Weltkongresses in Köln (29. Mai bis 1. Juni) - die Spaltung der Organisation zeitweilig nicht mehr vermeidbar. Der Grund war das als anmaßend und einseitig ideologisch empfundene Beharren des sowjetischen Ko-Präsidenten Jewgeni Tschasow und ihm begleitender Moskauer Spitzenfunktionäre auf der Forderung, die rund 1000 bis 1200 erwarteten Ärzte sollten während des Kongresses auf jedwede Wortmeldung zu den akuten Risiken ziviler Nutzung der Kernenergie nach der Katastrophe im russischen Atomwerk Tschernobyl verzichten.

Aufgeregt hatten die Sowjetfunktionäre bereits vor dem Eintreffen in Köln ultimativ erklärt, daß Wünsche deutscher und ausländischer Mediziner nach Diskussionen über Tschernobyl und die Folgen nicht auf die Tagesordnung gesetzt würden. Von den rund 200 000 in der Bundesrepublik Deutschland zugelassenen Ärzten gehörten etwa 4300 der Bewegung an.

Plutonium einbeziehen

Doch plötzlich verließen 1500 Teilnehmer einer Sondersitzung zum Thema 'Nukleare Katastrophen' vor Beginn des 6. IPFNA-Kongresses eine Resolution, die von der 'Gesundheitsinitiative Duisburg' angeregt worden war. Darin heißt es unter anderem, daß die Delegierten am Donnerstag darüber abstimmen sollen, bei den Bemühungen zur Verhinderung eines Atomkrieges 'selbstverständlich schon die Produktion von Plutonium in atomtechnischen Anlagen zur Verwendung von Atomkraft mit einzuschließen'. Gerade diese Abschöpfung von Plutonium für den Bau von Atomwaffen erfolgte durch die Sowjets in Tschernobyl. Kongreß-Präsident Karl Bonhoeffer habe

nach dieser Resolution den 'Ruin' seiner Organisation befürchtet, so berichtete der 'Kölnischer Stadt-Anzeiger', falls man der Frage der friedlichen Nutzung der Kernenergie auf der Tagung nicht aus dem Weg gehe. Diesem Problemkreis könne sich eher später ein zweiter Verein widmen.

Überraschend wurde gestern jedoch nach Angaben der Veranstalter gegenüber der WELT die Resolution auf die Tagesordnung des Exekutivkomitees gesetzt, das über die Themen des mehrwöchigen Kongresses endgültig entscheiden soll. Die Sowjetvertreter wehrten sich gegen diese Diskussion, weil sie zwar für die Bundesrepublik Deutschland analog dem DPK-Programm den totalen Verzicht auf friedliche Nutzung der Kernenergie befürworteten, jedoch dies aus 'ökonomischen und klassischen kampfesfähigen' Gründen für die UdSSR ausschließen.

Kleinsten Nenner

Für die politische Einhaltung dieser Linie sind außer Tschasow der Spitzenfunktionär der KPdSU, S. G. Gladin, und der führende Atomfunktionär, W. I. Wolkow verantwortlich. Aus der alternativen Presse in der Bundesrepublik erfuhr die Sowjets gestern, daß sie sich mit ihrem Verhalten in Köln 'unangenehm' (sic) machen. Die Delegierten wurden in einem Kommentar der alternativen Tageszeitung aufgefordert, nicht 'zu Gunsten eines kleinsten gemeinsamen Nenners einen wesentlichen Teil atomarer Bedrohung auszublenden'.

Auf diesen kleinsten gemeinsamen Nenner - den Frieden - hatten die Sowjets Anfang der achtziger Jahre bereits die 'Friedensbewegung' in der Bundesrepublik Deutschland eingeschlossen. Falls es ihnen gelänge, sich auch bei den Ärzten durchzusetzen, werde die IPFNA, die mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet wurde, ihre ramponierte Glaubwürdigkeit gänzlich verlieren, meinten die Alternativen.

Option für Hamburg

Kiel verabschiedet gegen Widerstand der SPD Mediengesetz

GEORG BAUER, Kiel

Als zweites Bundesland nach Niedersachsen hat Schleswig-Holstein gestern die Weichen für den Abschluß eines norddeutschen Medienstaatsvertrages zwischen den Bundesländern Berlin, Niedersachsen und Schleswig-Holstein gestellt. In zweiter und abschließender Lesung verabschiedete der Landtag gegen die Stimmen der Sozialdemokraten ein entsprechendes Mediengesetz. Der Vertrag räumt auch der Hansestadt Hamburg eine Option auf den Beitritt ein. Im Gegensatz zu dem Senat, der sich bereits für den Beitritt ausgesprochen hat, hat sich die Bürgerschaft der Hansestadt noch nicht entschieden.

Mit dem Vertrag wollen die Bundesländer, denen nach der Quotenregelung ein Kanal auf dem Direktstrahlensystem TV Sat zusteht, einem privaten Programmveranstalter bundesweit Sendemöglichkeiten bieten. Der Satellit, der insgesamt über vier Fernsehkanäle und einen Hörfunkkanal verfügt, soll Ende des Jahres betriebsbereit sein. Bisher zeichnet sich ab, daß neben dem norddeutschen auch die süddeutschen Länder einen Kanal für sich beanspruchen. Die beiden anderen Kanäle sollen von der ARD und dem ZDF genutzt werden.

„Private Fenster“

Nach dem vorliegenden Gesetz muß der private Veranstalter neben der bundesweiten Ausstrahlung eines Programmes 'private Fenster' anbieten, in denen sich das Leben aus den Regionen der Bundesländer spiegelt. Diese Fenster werden entweder über Kabelnetze oder sogenannte Low-Power-Stationen empfangen werden. Frequenzen mit einer maximalen Reichweite von 30 Kilometern.

Als Interessenten für die Sendeerlaubnis gelten der Luxemburger Sender RTL Plus in Zusammenarbeit mit dem Medienkonzern Bertelsmann sowie Sat 1, ein Konsortium von Zeitungsverlegern. Die Erlaubnis soll

DRK-Gruppe schweigt über „DDR“-Besuch

DIETHART GOOS, Bonn

Eine Präsidiumsdelegation des Deutschen Roten Kreuzes ist von einem fünftägigen Besuch der 'DDR' in die Bundesrepublik zurückgekehrt, ohne daß Einzelheiten über die Gespräche mit dem Roten Kreuz der 'DDR' mitgeteilt wurden. Eine Pressekonzert in Bonn wurde kurzfristig abgesagt. DRK-Pressesprecher Horst Hamburg sagte: 'Wegen der von beiden Seiten vereinbarten Vertraulichkeit der Gespräche werden keine öffentlichen Erklärungen abgegeben.'

Dennoch haben 'DDR'-Medien mehrfach über den Besuch berichtet. So hieß es am 21. Mai im SED-Zentralorgan 'Neues Deutschland', der Präsident des Deutschen Roten Kreuzes der 'DDR', Professor Siegfried Akkermann, habe in Dresden eine Delegation des DRK der Bundesrepublik empfangen. Im Verlauf des Gesprächs habe Akkermann unterstrichen, die Rotkreuzbewegung weltweit für die Erhaltung des Friedens wirken zu lassen.

Einen Tag später berichtete das 'Neue Deutschland', die DRK-Delegation aus Bonn habe das Sport- und Erholungszentrum in Berlin besucht. Das besondere Interesse der Gäste habe dem sportmedizinischen Bereich gegolten. Am 23. Mai veröffentlichte das 'Neue Deutschland' einen Bericht unter der Überschrift: 'Delegation des DRK der BRD in Buchenwald und Weimar.' So habe die Delegation aus der Bundesrepublik die nationale Mahn- und Gedenkstätte Buchenwald sowie historische Stätten in Weimar besucht. Im Glockenturm des ehemaligen Konzentrationslagers habe die Delegation einen Kranz niedergelegt und der Opfer des faschistischen Terrors schweigend gedacht. DRK-Präsident Bothe Prinz zu Sayn Wittgenstein-Hohenstein, die Delegation aus Bonn leitete, wird im ND mit den Worten zitiert, die er in das Buch der Gedenkstätte schrieb: 'Wir gedenken in Ehrfurcht der Opfer von Willkür und Gewalt.' Der Präsident habe versichert, daß das DRK der Bundesrepublik werde sich mit dafür einsetzen, daß sich solch Grauen nie wiederhole. Zum Gesprächsbeitrag des DRK gehörten unter anderem der grenzüberschreitende Krankentransport, die Jugendarbeit sowie die Verwirklichung der Schlußdokumente der 2. Weltfriedenskonferenz des Roten Kreuzes.

SPD: Privilegien der Siegermächte abbauen

gü. Stuttgart

'Sozialdemokratische Friedenspolitik' muß nach den Vorstellungen der baden-württembergischen SPD langfristig 'die Militärbürokratie überwinden' und zur Aufgabe der 'aus dem Zweiten Weltkrieg herrührenden Besitzstände der ehemaligen Siegermächte' führen. Als Einstieg ist militärische Entlastung angekündigt. Für den Fall eines Machtwechsels in Bonn wird eine sofortige Kürzung des Verteidigungsetats um zehn Prozent und um jeweils zwei Prozent in den Folgejahren gefordert. Außerdem sollen 'innerhalb von 24 Monaten nach Übernahme der Regierungsvollendung' alle im Bundesgebiet stationierten Pershing-2-Raketen und Marschflugkörper abgebaut werden. Das gesamte Verteidigungskonzept solle einen 'unverwechselbar defensiven' Charakter haben.

Niedergeschrieben hat diese friedenspolitischen Absichtserklärungen eine von dem Freiburger SPD-Kreisvorsitzenden Gernot Eriß, Repräsentant des linken Parteiflügels im Landespräsidium, geleitete Kommission. Mit Zustimmung des Landesvorstands soll das Papier auf einem Landesparteitag am 7. Juni verabschiedet und beim nächsten Bundesparteitag der SPD als Antrag eingebracht werden.

Den 'beiden deutschen Staaten' wird in der Beschlussvorlage auf dem Weg zu einem 'positiven Frieden' eine Schlüsselrolle zugesprochen. Gemeinsam sollen beide die Rückzugsverhandlungen mit den Siegermächten führen und Berlin eine 'zentrale Funktion im europäischen Friedensprozeß' zuweisen. Bis dahin wollen Eriß und Genossen den 'eher offensiv angelegten Strategiekonzept' der USA eine 'gemeinsame Sicherheits-, Rüstungskontroll- und Abrüstungspolitik der wichtigsten westeuropäischen Länder' entgegensetzen.

Mit Rücksicht auf 'die Sicherheitsinteressen der anderen Seite' schlagen die Friedenspolitiker der Südwest-SPD neben dem 'einseitigen Abbau' der atomaren Mittelstreckenraketen und der Kürzung des Verteidigungshaushalts den Aufbau einer 'unverwechselbar defensiven Luftverteidigung' sowie die Umstrukturierung der Landesverteidigung von 'panzerstarken Großverbänden' zu 'kleineren, beweglichen, panzerabwehrstarken Gliederungen' vor. Ferner soll die Friedenspolitik der Bundeswehr auf 'gekündete Verbände', die im Ernstfall durch besser ausgebildete Reservisten aufzufüllen seien, eingeschränkt werden. Das wiederum erlaube eine 'Verkleinerung des Wehrdienstes'.

De Mita wehrt sich gegen „alternatives“ Bündnis

Anspielung auf KPI / Pfitte für Craxi / Anspruch auf sein Amt

FRIEDRICH MECHSNER, Rom
Mit einem Pfeifkonzert, das dem sozialistischen Ministerpräsidenten Bettino Craxi auf der Ehrentribüne im römischen Sportpalast entgegen schlug, haben Italiens Christdemokraten zu Beginn ihres 17. Nationalkongresses unüberhörbar ihre Entschlossenheit signalisiert, sobald wie möglich die Ablösung des seit fast drei Jahren amtierenden Chefs der römischen Fünfparteienkoalition durch einen christdemokratischen Politiker durchzusetzen.

DC-Parteisekretär Ciriaco De Mita vermittelte es zwar, dieser von der pflegenden Parteibasis artikulierten Forderung in seiner vierstündigen Eröffnungsrede die Form eines Ultimatums zu geben, da er offensichtlich das Auseinanderbrechen des Regierungsbündnisses befürchtet.

Er plädierte ausdrücklich für die Fortsetzung dieser seiner Meinung nach alternativlosen Koalition nicht nur bis zu den 1988 fälligen Parlamentswahlen, sondern darüber hinaus für die ganze nächste Legislaturperiode.

Aber auch er machte deutlich: Der zeitweilige Verzicht seiner Partei als des mit Abstand stärksten Koalitionspartners auf den Posten des Regierungschefs kann nur die Ausnahme, nicht aber die Regel bilden.

De Mita, dessen Wiederwahl zum Parteisekretär unumstritten ist, übte scharfe Kritik an der in der Sozialistischen Partei erkennbaren Tendenz, das jetzige Regierungsbündnis der DC als Sprungbrett für eine sozialistisch-laizistische Alternative zur Democrazia Cristiana zu benutzen. Eine solche Alternative, so unterstrich er, könne unter den gegebenen Umständen nur mit entscheidender Hilfe der KPI verwirklicht werden.

Zweideutige Politik

Bisher hätten die Sozialisten stets versichert, daß die Bedingungen für eine Allianz mit der KPI nicht gegeben seien, trotzdem aber die Alternative als Ziel herausgestellt. Das sei eine Politik der Zweideutigkeit.

Craxi bezeichnete diese und andere kritische Anmerkungen De Mitas zur Politik der Sozialisten als polemische Ausfälle und kündigte „nicht weniger polemische Antworten“ an.

Klarer und eindeutiger als von manchen politischen Beobachtern er-

wartet äußerte sich De Mita zu zwei Themen, die in den letzten Wochen immer wieder im Mittelpunkt der Diskussion standen: zur Außenpolitik und zum Verhältnis zwischen Democrazia Cristiana und KPI.

Im außenpolitischen Teil seiner Marathonrede sagte er: „Was die Außenpolitik angeht, so sind Zweideutigkeiten und passive Einstellungen unmöglich. Sie widersprechen dem Geist und den Buchstaben unserer Allianz mit den Vereinigten Staaten.“

Verständnis erneuern

Es kann weder Äquidistanz oder tendenziell neutralistische Eskapaden noch ein nationalistisches Aufgehen alter Art geben. Man kann die USA und andere Supermächte wie die UdSSR nicht auf die gleiche Ebene stellen.“

Die in letzter Zeit im Zusammenhang mit Ereignissen im Mittelmeer deutlich gewordenen Differenzen und Verständigungsschwierigkeiten zwischen Europa und Amerika, die keineswegs nur auf Mißverständnissen beruhen, müßten durch „die Erneuerung des gegenseitigen Verständnisses“ überwunden werden.

Im Nahen Osten müsse eine politische Lösung gefunden werden. Dem Terrorismus, der von Libyen – aber leider nicht nur von Libyen – unterstützt werde, sei fest und ohne Schwäche zu begegnen.

Das Verhältnis seiner Partei zur KPI brachte De Mita auf die Formel: Die christdemokratische Position ist kulturell, historisch und politisch alternativ zur kommunistischen Position, auch wenn in großen nationalen Fragen nach gemeinsamen Werten gesucht werden sollte.

Im jüngsten Bekenntnis zur europäischen Linken macht die KPI nach Ansicht De Mitas außenpolitisch keineswegs zu einem verlässlicheren Partner. Suchten doch die Kommunisten offensichtlich vor allem den Kontakt zur SPD, die nach ihrem Überwechseln in die Opposition auf Senopolitik heute an der Grenze zum Neutralismus stehe.

Am römischen Kongreß nehmen Delegierte von mehr als 100 christdemokratischen oder den Christdemokraten nahestehenden Parteien der Welt teil, darunter auch CDU-Generalsekretär Heiner Geißler.

Murdoch unterbreitet letztes Angebot

REINER GATERMANN, London

Der 18wöchige Arbeitskampf zwischen News International, Herausgeber der „Times“, „Sun“, „Sunday Times“ und „News of the World“, und fünf Druckergewerkschaften ist jetzt mit der Unterbreitung des „endgültigsten“ Arbeitgeber-Angebotes in seine entscheidende Phase eingetreten. NI-Präsident Rupert Murdoch offerierte den Gewerkschaften und ihren rund 5500 von ihm entlassenen Mitgliedern eine Abfindung von 620 Pfund, ungefähr 2110 Mark, pro Beschäftigungsjahr, insgesamt etwa 50 Millionen Pfund, außerdem will er ihnen den gesamten Gebäudekomplex der „Sunday Times“, einschließlich der Druckpressen, überlassen. Bis zum 30. Mai müssen sich die Gewerkschaften entscheiden, ob sie das Angebot annehmen oder eine Abstimmung unter ihren Mitgliedern herbeiführen.

Der Konflikt war Mitte Januar ausgebrochen, als Murdoch nach jahrelangen ergebnislosen Verhandlungen Redaktion und Druckerei seiner vier Blätter in einer streng geheimen Wochenendausgabe aus der Umgebung der Fleet Street in einen ein paar Kilometer entfernten Neubaukomplex in Wapping verlegte. Die am Vortag in den Streik getretenen Drucker sowie alle übrigen Mitglieder der fünf Gewerkschaften entließ er. Seine Zeitungen werden seitdem in Wapping von Mitgliedern der Elektriker-Gewerkschaft hergestellt.

Obwohl die Gewerkschaften nach der jüngsten Murdoch-Offerte einräumten, daß die finanziellen Bedingungen erheblich verbessert worden sind, tun sie sich schwer, ihr zustimmen, dann in einem entscheidenden Punkt bleibt der Australier mit dem US-Fußball: Den traditionellen Druckergewerkschaften bleibt zumindest für weitere zwölf Monate der Zutritt zu Wapping versperrt, dann will Murdoch die Lage neu überdenken, und von den Entlassenen hat kaum jemand die Möglichkeit, in dem neuen Betrieb beschäftigt zu werden. Die Hauptforderungen der Gewerkschaftsmitglieder beziehen sich jedoch ausschließlich auf Wiedereinstellung und Organisationsrecht in Wapping für ihre Gewerkschaften. Bisher war keine bereit, ihren Mitgliedern die Annahme der Offerte zu empfehlen.

„Dies ist ein Test für die USA“

London warnt Washington vor Verlust an Glaubwürdigkeit in der Terrorbekämpfung

FRITZ WIRTH, Washington
Im amerikanischen Senat liegt seit fast einem Jahr ein Gesetz, das im scheinbar so harmonischen und freundschaftlichen Klima zwischen Washington und London immer mehr den Charakter einer politischen Zeitbombe bekommt. Es ist das neue Auslieferungsabkommen zwischen beiden Ländern, das von beiden Regierungen bereits im letzten Jahr unterzeichnet worden ist, jedoch noch der Zustimmung des amerikanischen senats mit zweidrittelmehrheit bedarf, bevor es wirksam wird.

Dieses neue Auslieferungsgesetz hat für die von schweren politischen Rückschlägen gezeichnete britische Premierministerin nicht nur erhebliche innenpolitische Bedeutung, es ist auch zum Gradmesser der Glaubwürdigkeit und Krisenfestigkeit des britisch-amerikanischen Verhältnisses geworden. Der britische Nordlandminister Tom King gab den amerikanischen Senatoren, die sich so vehement diesem Ankommen widersetzen, bei seinem kürzlichen Washington-Aufenthalt sehr deutlich zu verstehen, daß es zwischen dem Terrorismus im Nahen Osten und dem in Irland und Ulster keine großen Unterschiede gibt.

40 Millionen Stimmen

Zugleich ermahnte er die amerikanische Administration, daß hier die Glaubwürdigkeit der Terrorismus-Deklaration von Tokio auf dem Spiel stehe, in der ausdrücklich schärfere Auslieferungsmaßnahmen gefordert wurden. Er erinnerte daran, daß die

USA und Großbritannien bei der Formulierung dieser Erklärung von Tokio eine führende Rolle gespielt haben. „Die Öffentlichkeit würde kein Verständnis dafür haben, wenn sie nun nicht bereit sind, diese Maßnahmen in die Wirklichkeit umzusetzen“, sagte King. Und aus Downingstreet selbst kam die Mahnung: „Dieser Vertrag ist ein Test für die USA, der Auskunft darüber gibt, wie ernst es Washington mit seinem Kampf gegen den Terrorismus meint.“

Der neue Vertrag sieht vor, daß Gewaltverbrechen wie Mord, Kidnapping, Bombenattentate und Hijacking nicht mehr den Charakter von „politisch motivierten Aktionen“ haben sollen, die die Auslieferung eines Angeklagten, der sich in die USA absetzt, verhindern. In der Vergangenheit haben eine Serie von IRA-Terroristen in den USA Zuflucht gefunden und sich erfolgreich allen britischen Auslieferungsanträgen widersetzt.

Die Gegner dieses neuen Vertrages sind in erster Linie Demokraten und Repräsentanten der überaus starken und einflussreichen amerikanisch-irischen Gemeinde, die über 40 Millionen Bürger umfaßt. Diese Volksgruppe sowie deren politische Repräsentanten haben über den Kampf der IRA in vielen Fällen noch sehr romantische Vorstellungen und sehen sie ungeachtet der Tatsache, daß sie selbst in Irland als eine illegale Organisation gilt, als irische Freiheitskämpfer. Die meisten von ihnen haben wenig Ahnung über die zuweilen linksextremen Strömungen inner-

halb der IRA und über die Tatsache, daß sie für lange Zeit von Khadhafi aktiv unterstützt wurde.

Unerwartete Unterstützung fanden die demokratischen Gegner des Vertrages im Senat durch den republikanischen Senator Jesse Helms. Er fürchtet, daß dieser neue Vertrag zu einem Präzedenzfall werden und dazu führen könnte, daß künftig die Regierung in Afghanistan die Auslieferung von afghanischen Rebellen oder die Regierung von Nicaragua die Auslieferung von „Contra“-Kämpfern verlangen könnte.

Dilemma spitzt sich zu

Der neue Vertrag konnte bisher noch nicht dem Senat zur Ratifizierung vorgelegt werden, weil er seit Monaten im außenpolitischen Senatsausschuß blockiert wird. Um diese Blockade aufzubrechen, hat der Vorsitzende dieses Ausschusses, Senator Richard Lugar, die Ratifizierung mit der Gewährung der amerikanischen Wirtschaftshilfe in Höhe von 250 Millionen für Nordirland gekoppelt, an denen zahlreichen Demokraten sehr gelegen ist.

Die vorwiegend demokratischen Opponenten des neuen pro-britischen Auslieferungsgesetzes befinden sich in einem wachsenden Dilemma. Sie möchten einerseits im Vorfeld der Kongreßwahlen ihre starke amerikanisch-irische Anhängerschaft nicht vor den Kopf stoßen, möchten andererseits aber im gegenwärtigen militanten Anti-Terroristen-Klima in den USA nicht als Apologeten der Gewalt dastehen.

Tass-Korrespondent verschwunden

dpa, Helsinki

Der Korrespondent der sowjetischen Nachrichtenagentur Tass in Finnland, Raivo Ojasaar, ist nach Angaben der in Helsinki erscheinenden Zeitung „Iltasanomat“ seit zehn Tagen mit seiner Familie spurlos verschwunden. In Helsinki wird vermutet, daß sich der sowjetische Journalist inzwischen in den Westen abgesetzt hat.

Die finnische Polizei bestätigte, daß für Raivo Ojasaar und seine Familie eine Vermisstenmeldung abgegeben wurde. Weitere Einzelheiten sind bisher aus Finnland nicht bekannt worden.

Intervenieren USA gegen Klenner?

AP, Bern

Die USA wollen nach Angaben des Simon-Wiesenthal-Zentrums verhindern, daß der „DDR“-Diplomat Volkmar Klenner Präsident der UNO-Menschenrechtskommission wird. Es liege ein diebstahlbehafteter Brief des US-Außenministeriums vor. Jüdische Gruppen werfen Klenner vor, daß er als junger Mann in die NSDAP eingetreten sei. Nach Angaben von Kurt Handl, Leiter des Genfer Menschenrechtszentrums, ist Klenner für den Präsidentenposten gar nicht im Gespräch. Der „DDR“-Diplomat war zuletzt Vizepräsident der UNO-Menschenrechtskommission.

Schachmeister darf UdSSR verlassen

rr, Moskau

Der frühere sowjetische Schachmeister Boris Gulko hat nach siebenjährigem Bemühen jetzt eine Ausreisegenehmigung erhalten. Seine Familie teilte mit, Gulko wolle nach Israel ziehen. Der 38jährige hatte erst kürzlich seine Kampagne für ein Ausreisevisum verstärkt, indem er versuchte, täglich vor dem Moskauer Denkmal des Dichters Gogol eine Ein-Mann-Demonstration abzuhalten. Die Polizei hinderte ihn jedoch gewöhnlich daran, sein Spruchband zu entfalten. Nach Angaben von Gulkos Familie haben auch die Ehefrau Anna und Sohn David Ausreisewisa erhalten.

ANC droht mit Angriffen auf weiße Kinder

rr, Harare

Der Afrikanische Nationalkongreß (ANC) hat mit Angriffen auf weiße Zivilisten und Kinder in Südafrika gedroht. Der Vertreter der schwarzen Widerstandsorganisation in Simbabwe, Freddie Mzimba, sagte in einem gestern veröffentlichten Interview der in Harare erscheinenden Zeitung „Herald“, die Regierung in Südafrika habe ihre Mißachtung für das Leben wehrloser Zivilisten unter Beweis gestellt. Seine Organisation werde nun dasselbe tun.

„Jetzt müssen auch die weißen Eltern auf die Friedhöfe gehen. Unsere Leute werden in die Wohngebiete und Schulen der Weißen gehen und das machen, was die Weißen unserem Volk antun“, sagte Mzimba. „Wir wissen, daß die internationale Gemeinschaft laut aufschreien wird, weil wir

Anzeige
Jeden Samstag
viele Seiten Stellenanzeigen für Fach- und Führungskräfte

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Unschuldige töten, aber was ist mit unseren Kindern?“

Bislang hat der ANC – die größte schwarze Untergrundbewegung –, der die weiße Minderheitsregierung in Südafrika stürzen will, immer darauf hingewiesen, daß sich sein Kampf nur gegen militärische Ziele richte. „Wer jetzt stirbt, stirbt im Kreuzfeuer. Unser Volk hat genug seiner Angehörigen beerdigt. Die Weißen müssen bald folgen“, sagte Mzimba.

Mzimba berichtete, der jüngste Aufschwung beim Widerstand der Schwarzen in Südafrika gebe dem ANC nur die Möglichkeit, eine härtere Position einzunehmen, da er ansonsten an Einfluß verlieren würde. Die südafrikanischen Angriffe der vergangenen Woche gegen Simbabwe, Sambia und Botswana hätten zudem die ANC-Kämpfer angespitzt, da sich Südafrika auch von der Anwesenheit einer Friedens-Delegation des Commonwealth nicht habe stören lassen.



Muß die Absicherung der Zukunft für Freiberufler zum Abenteuer werden?

Gerade heute sind immer mehr Menschen auf der Jagd nach neuen Möglichkeiten der Selbstverwirklichung. Logisch, daß dabei auch berufliche Freiheit an Bedeutung gewinnt. Doch der Schritt in die Selbstständigkeit kann nicht nur aufregend, sondern auch riskant sein. Weil es für Freiberufler keine staatlich vorgeschriebene Altersversorgung gibt.

Selbstständigkeit bedeutet also auch, die finanzielle Sicherheit selbst in die Hand zu nehmen. Dazu empfiehlt sich eine dynamische Lebensversicherung: Mit der regelmäßigen Erhöhung der Beiträge steigt automatisch die Versicherungssumme.

Dadurch können Sie auch im Alter Ihren Lebensstandard aufrecht erhalten. Außerdem ist damit Ihre Familie jederzeit mit der vollen Versicherungssumme abgesichert. Vom ersten Beitrag an.

Zusätzlich sollten Sie sich gegen das finanzielle Risiko bei einer eventuellen Berufsunfähigkeit schützen.

So machen Sie mit einer Lebensversicherung immer einen guten Fang. Ganz egal, ob Sie mit der Kamera wilde Elefanten jagen. Oder ob Sie Plüschtiere im eigenen Spielzeugladen verkaufen.



Lebensversicherung

Leben braucht Sicherheit.

Extremisten schlagen Entgegenkommen Colombos aus

vinz bedeuten. Colombo lehnt weiter-

aus Tee- und Gummieexport und einer noch in den Kinderschuhen steckenden Industrie allein könnte Sri Lanka nicht auskommen.

INGRID ZAHN, Accra

Arroganz und ihre Anspruchshaltung aufzugeben, um der Allgemeinheit selbstkritisch zu dienen. Die moralische Erneuerung auf „den Elementen“

Unwagbarkeiten geprägt. Kaum werden die Beamtengehälter erhöht, droht schon wieder die Streichung des bezahlten Urlaubs. Auch bei den Studenten wird gesagt:

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

„Karlstein: Der kleine grüne Unterschied“; WILT vom 22. Mai

Grundlagen so kurz und bündig und dazu auch noch treffend den Lesern zu vermitteln vermocht.

Sehr geehrte Damen und Herren,

Kohl beschränkt sich bei WILT vom 22. Mai

Sehr geehrte Redaktion, wenn Bundeskanzler

Plochingen/Neckar

*

Sehr geehrte Damen und Herren,
Dank und Anerkennung wieder

W. Abromeit,
Sohn

99 An den Pessimismus

André Gide, französischer Autor
(1899-1951)

AUSWÄRTIGES AMT

100

1998, 1999, 2000, 2001, 2002, 2003, 2004, 2005, 2006, 2007, 2008, 2009, 2010, 2011, 2012, 2013, 2014, 2015, 2016, 2017, 2018, 2019, 2020, 2021, 2022, 2023, 2024, 2025, 2026, 2027, 2028, 2029, 2030, 2031, 2032, 2033, 2034, 2035, 2036, 2037, 2038, 2039, 2040, 2041, 2042, 2043, 2044, 2045, 2046, 2047, 2048, 2049, 2050, 2051, 2052, 2053, 2054, 2055, 2056, 2057, 2058, 2059, 2060, 2061, 2062, 2063, 2064, 2065, 2066, 2067, 2068, 2069, 2070, 2071, 2072, 2073, 2074, 2075, 2076, 2077, 2078, 2079, 2080, 2081, 2082, 2083, 2084, 2085, 2086, 2087, 2088, 2089, 2090, 2091, 2092, 2093, 2094, 2095, 2096, 2097, 2098, 2099, 2100, 2101, 2102, 2103, 2104, 2105, 2106, 2107, 2108, 2109, 2110, 2111, 2112, 2113, 2114, 2115, 2116, 2117, 2118, 2119, 2120, 2121, 2122, 2123, 2124, 2125, 2126, 2127, 2128, 2129, 2130, 2131, 2132, 2133, 2134, 2135, 2136, 2137, 2138, 2139, 2140, 2141, 2142, 2143, 2144, 2145, 2146, 2147, 2148, 2149, 2150, 2151, 2152, 2153, 2154, 2155, 2156, 2157, 2158, 2159, 2160, 2161, 2162, 2163, 2164, 2165, 2166, 2167, 2168, 2169, 2170, 2171, 2172, 2173, 2174, 2175, 2176, 2177, 2178, 2179, 2180, 2181, 2182, 2183, 2184, 2185, 2186, 2187, 2188, 2189, 2190, 2191, 2192, 2193, 2194, 2195, 2196, 2197, 2198, 2199, 2200, 2201, 2202, 2203, 2204, 2205, 2206, 2207, 2208, 2209, 2210, 2211, 2212, 2213, 2214, 2215, 2216, 2217, 2218, 2219, 2220, 2221, 2222, 2223, 2224, 2225, 2226, 2227, 2228, 2229, 2230, 2231, 2232, 2233, 2234, 2235, 2236, 2237, 2238, 2239, 2240, 2241, 2242, 2243, 2244, 2245, 2246, 2247, 2248, 2249, 2250, 2251, 2252, 2253, 2254, 2255, 2256, 2257, 2258, 2259, 2260, 2261, 2262, 2263, 2264, 2265, 2266, 2267, 2268, 2269, 2270, 2271, 2272, 2273, 2274, 2275, 2276, 2277, 2278, 2279, 2280, 2281, 2282, 2283, 2284, 2285, 2286, 2287, 2288, 2289, 2290, 2291, 2292, 2293, 2294, 2295, 2296, 2297, 2298, 2299, 2300, 2301, 2302, 2303, 2304, 2305, 2306, 2307, 2308, 2309, 2310, 2311, 2312, 2313, 2314, 2315, 2316, 2317, 2318, 2319, 2320, 2321, 2322, 2323, 2324, 2325, 2326, 2327, 2328, 2329, 2330, 2331, 2332, 2333, 2334, 2335, 2336, 2337, 2338, 2339, 2340, 2341, 2342, 2343, 2344, 2345, 2346, 2347, 2348, 2349, 2350, 2351, 2352, 2353, 2354, 2355, 2356, 2357, 2358, 2359, 2360, 2361, 2362, 2363, 2364, 2365, 2366, 2367, 2368, 2369, 2370, 2371, 2372, 2373, 2374, 2375, 2376, 2377, 2378, 2379, 2380, 2381, 2382, 2383, 2384, 2385, 2386, 2387, 2388, 2389, 2390, 2391, 2392, 2393, 2394, 2395, 2396, 2397, 2398, 2399, 2400, 2401, 2402, 2403, 2404, 2405, 2406, 2407, 2408, 2409, 2410, 2411, 2412, 2413, 2414, 2415, 2416, 2417, 2418, 2419, 2420, 2421, 2422, 2423, 2424, 2425, 2426, 2427, 2428, 2429, 2430, 2431, 2432, 2433, 2434, 2435, 2436, 2437, 2438, 2439, 2440, 2441, 2442, 2443, 2444, 2445, 2446, 2447, 2448, 2449, 2450, 2451, 2452, 2453, 2454, 2455, 2456, 2457, 2458, 2459, 2460, 2461, 2462, 2463, 2464, 2465, 2466, 2467, 2468, 2469, 2470, 2471, 2472, 2473, 2474, 2475, 2476, 2477, 2478, 2479, 2480, 2481, 2482, 2483, 2484, 2485, 2486, 2487, 2488, 2489, 2490, 2491, 2492, 2493, 2494, 2495, 2496, 2497, 2498, 2499, 2500, 2501, 2502, 2503, 2504, 2505, 2506, 2507, 2508, 2509, 2510, 2511, 2512, 2513, 2514, 2515, 2516, 2517, 2518, 2519, 2520, 2521, 2522, 2523, 2524, 2525, 2526, 2527, 2528, 2529, 2530, 2531, 2532, 2533, 2534, 2535, 2536, 2537, 2538, 2539, 2540, 2541, 2542, 2543, 2544, 2545, 2546, 2547, 2548, 2549, 2550, 2551, 2552, 2553, 2554, 2555, 2556, 2557, 2558, 2559, 2560, 2561, 2562, 2563, 2564, 2565, 2566, 2567, 2568, 2569, 2570, 2571, 2572, 2573, 2574, 2575, 2576, 2577, 2578, 2579, 2580, 2581, 2582, 2583, 2584, 2585, 2586, 2587, 2588, 2589, 2590, 2591, 2592, 2593, 2594, 2595, 2596, 2597, 2598, 2599, 2600, 2601, 2602, 2603, 2604, 2605, 2606, 2607, 2608, 2609, 2610, 2611, 2612, 2613, 2614, 2615, 2616, 2617, 2618, 2619, 2620, 2621, 2622, 2623, 2624, 2625, 2626, 2627, 2628, 2629, 2630, 2631, 2632, 2633, 2634, 2635, 2636, 2637, 2638, 2639, 2640, 2641, 2642, 2643, 2644, 2645, 2646, 2647, 2648, 2649, 2650, 2651, 2652, 2653, 2654, 2655, 2656, 2657, 2658, 2659, 2660, 2661, 2662, 2663, 2664, 2665, 2666, 2667, 2668, 2669, 2670, 2671, 2672, 2673, 2674, 2675, 2676, 2677, 2678, 2679, 26



„Kohl beschwert sich bei
WELT vom 22. Mai
Sehr geehrte Redaktion,
wenn Bundeskanzler

verheiratet, in Köln beschäftigt. Ich lebte aufwendig, leistete mir zwei möblierte Zimmer (Wohnzimmer und Schlafzimmer getrennt) und bezahlte

Frühstück. 1930 zahlte ich in einer thüringischen Kleinstadt für die glei-

Mit freundlichem Gruß
Dr. Hans Hansen,
Eutin

...and the

... ..

Machen Sie mehr aus Ihrem Geld! Schicken Sie den Coupon ab oder rufen Sie gleich an. Zum Ortstarif: 0130 0190.



Die Post in Btx * 20 000

An das Fernmeldeamt, Postfach 30 20, 6600 Saarbrücken

Ja, das kostenlose Bildschirmtext-Special „Geld“ interessiert mich!

Name: _____

Straße:

PLZ/Or


Post

July 1915

Unterschrift des neuen Abonnenten: _____

Der neue Favorit für den SFB heißt wieder Fest

D. D. Berlin

Sechs Stunden tagte der Rundfunkrat des Senders Freies Berlin (SFB). Ergebnis: Das Kandidatenkriterium für einen neuen Intendanten und Nachfolger von Lothar Loewe wird wieder in Fahrt gebracht und die für Freitag vorgesehene Intendantenwahl erst einmal auf den 9. Juni verschoben.

Einer, der schon mehrfach ins Gespräch gebracht worden war, ist nun wieder in die Favoritenrolle gerückt: Staatssekretär Winfried Fest (57), Berliner Senatssprecher und Dieppgen-Vertrauter. „Der würde sofort mit großer Mehrheit gewählt“, verlautet aus dem Rundfunkrat. Zweifel aber gibt es, ob Dieppgen Fest vom Rathaus in die SFB-Chefetage wechseln läßt.

Nachdem zeitweise bis zu zehn Kandidaten auf der Liste standen und erst wenige Stunden vor Beginn der Rundfunkratsitzung der „mehrheitsfähige“ Staatssekretär Hans-Otto Bräutigam abgesprungen war (WELT v. 27. 5.), stellten sich nur zwei Bewerber zur Anhörung: Der Berliner FU-Präsident Dieter Heckelmann und ZDF-Mann Walter Konrad. Sie gelten als Favoriten der Berliner CDU. Doch beiden werden wenig Chancen eingeräumt. Von Heckelmann heißt es „zu wenig kompetent“, über Konrad „zu konservativ“. Beide aber bleiben im Rennen.

Bonn bedauert amerikanische Haltung und setzt auf KSZE-Treffen in Wien

Berner Konferenz scheitert an fehlendem Passus über Ausreisereleichterung für russische Juden

DW, Bern

Die Bundesregierung hat gestern mit aller Deutlichkeit ihr Bedauern darüber ausgedrückt, daß das Berner Expertentreffen der KSZE-Staaten zur Verbesserung der menschlichen Kontakte gescheitert ist. Wie das Auswärtige Amt zum Ausgang der KSZE-Konferenz erklärte, wird die Bundesregierung sich bemühen, das in dem Entwurf, trotz aller Unvollkommenheiten, Erreichte zu bewahren. Sie will ihre Bemühungen im Herbst beim dritten KSZE-Folgetreffen in Wien wiederaufnehmen und dabei an den Stand von Bern anknüpfen. „Die Arbeit von Bern darf nicht vergeblich sein. Die Diskussion wird fortgesetzt. Wir müssen in kleinen Schritten vorankommen“, heißt es in der Erklärung.

Die Verabschiedung des Schlußdokuments war am Widerstand der Vereinigten Staaten gescheitert, die sich damit in Widerspruch zu allen NATO-Verbündeten gesetzt hatten. Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher hatte versucht, im Telefonkontakt mit seinem amerikanischen Amtskollegen George Shultz die USA in letzter Minute doch noch zu einer Zustimmung zu dem Schlußpapier zu bewegen. Der deutsche Delegationsleiter, Botschafter Ekkehard Eickhoff, der das Dokument trotz aller Unvollkommenheiten als akzeptabel

bezeichnet hatte, wird dem Vernehmen nach auch wieder die Delegation der Bundestreffen beim Folgetreffen in Wien leiten.

Befürchtet wird in Bonn auch, daß die Haltung der USA in einem wichtigen Forum der Europäischen Sicherheitskonferenz (KSZE) nicht absehbare Folgen für die Zusammenarbeit und die Stimmung im Bündnis haben könnte.

Von besonderem Interesse für die Bundesrepublik wäre vor allem ein Punkt des achtseitigen Kompromißvorschlages gewesen, nach dem alle Altersbeschränkungen für Auslandsreisen unterbunden werden sollten. Damit hätte Bonn bei der „DDR“ auf den Wegfall der Reisebeschränkungen dringen können.

Mit Ausnahme der USA waren alle KSZE-Teilnehmerstaaten bereit, einen Kompromißvorschlag der neutralen und blockfreien Staaten zuzustimmen, der von der Schweiz und Österreich eingebracht worden war. In dem Dokument, das dem Helsinki-Folgetreffen in Wien im kommenden September hätte vorgelegt werden sollen, wurden unter anderem Reisegenehmigungen für alle Mitglieder einer Familie bei familiären Anlässen, die wohlwollende Behandlung von Reiseanträgen bei Familienzusammenführungen und die schnelle Behandlung von Familienreisen,

die dringenden humanitären Charakter haben, gefordert. Vermieden wurden in dem Papier strittige Punkte wie die Abschaffung von Ausreisvisa für Personen im Ostblock oder die Lage von Minderheiten.

Ein Sprecher der amerikanischen Delegation begründete die Opposition der USA gegen das Dokument damit, daß auf einen Passus verzichtet worden sei, der indirekt für eine Erleichterung der Ausreise von Juden aus der UdSSR plädiert hätte. Der amerikanische Delegationschef, Botschafter Michael Novak, versicherte, daß die Position der USA lange und sorgfältig abgewogen worden sei. Der Entwurf sei abgelehnt worden, weil er ihnen zu schwach erschien und „durch viele Kompromisse reduziert wurde“. Zudem bestehe Unklarheit über die „wachsende Kluft in dem Helsinki-Prozess zwischen Worten und ihrer Befolgung“. Das Dokument habe „Schlupflöcher“ enthalten, die seine Befolgung erschweren würden.

Der Test für den Helsinki-Prozess ist nicht die Produktion neuer Dokumente sondern vielmehr die Einhaltung und die Ausführung, es sei „auf lange Sicht gesehen, besser gewesen, nein zu sagen.“ Er verwies aber auch auf einige „bedeutsame Errungenschaften“ der Konferenz.

Moskau lockt London mit separaten Gesprächen

Gorbatschow-Offerte eine Spitze gegen Washington?

DW, Moskau

Die Sowjetunion hat einen weiteren Versuch unternommen, die Bindungen zwischen Großbritannien und dem westlichen Verteidigungsbündnis zu lockern. KPdSU-Chef Michail Gorbatschow bekräftigte vor einer britischen Parlamentarier-Delegation sein Angebot an London für bilaterale Abrüstungsgespräche. Nach einem Treffen Gorbatschows mit den Parlamentariern sagte der Labour-Abgeordnete Dennis Healey, der KPdSU-Chef reagiere mit dieser Offerte auf den Wunsch von Premierministerin Margaret Thatcher nach besseren Beziehungen. Das Angebot sei neu, weil es sich nicht auf Mittelstreckensysteme beschränke, sagte Healey.

Nach den Worten des britischen Parlamentariers sei die Sowjetunion zu einem Abbau ihrer Atomwaffen entsprechend jeder britischen Reduktion bereit. Wörtlich habe, so die amtliche sowjetische Nachrichtenagentur Tass, der Parteichef den britischen Parlamentariern gesagt: „Wenn sich Großbritannien offiziell entscheidet, seine Atomwaffen abzubauen, wird die Sowjetunion bereit sein, ihr atomares Potential entsprechend zu verringern.“ Später meldete Tass über die Gorbatschow-Offerte: „Wenn Großbritannien gleichzeitig die auf seinem Staatsgebiet stationierten ausländischen Kernwaffen entfernt, wird die Sowjetunion eine Garantie dafür geben, daß ihr Atomarsenal niemals auf britisches Staatsgebiet gerichtet sein und niemals gegen Großbritannien eingesetzt werden wird.“

Auch bei dem Problem eines Atomteststopp-Abkommens ist Moskau offenbar bemüht, die Briten gegen die amerikanische Regierung auszuspielen. Nach Angaben Healeys sagte Gorbatschow, daß London in der Frage eines Atomteststopps eine wichtige Rolle spielen könnte. „Man könnte gemeinsam über eine sowjetisch-britische Initiative nachdenken, um die 1980 unterbrochenen dreiseitigen Verhandlungen wieder aufzunehmen“, habe Gorbatschow gesagt, so Healey.

Der Leiter der britischen Delegation, der stellvertretende Premierminister Lord Whitelaw, überreichte dem Kreml-Chef eine „persönliche Botschaft“ von Margaret Thatcher, in der die Regierungschefin die Abhaltung eines neuen amerikanisch-sowjetischen Gipfeltreffens noch vor Ende des Jahres empfiehlt. Lord Whitelaw erklärte, Gorbatschow habe betont, zu einer Begegnung mit US-Präsident Ronald Reagan bereit zu sein, wenn Aussicht auf ein neues Rüstungskontrollabkommen bestehe.

Der außenpolitische Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, Karsten Voigt, und sein Fraktionskollege Andreas von Bülow wiesen die Kritik von Perle scharf zurück. Voigt sagte, die amerikanische Politik der Stärke sei ein Ausdruck der politischen Schwäche der US-Regierung. Washington habe kein Konzept für die Überwindung der Spaltung und der militärischen Konfrontation in Europa, sondern ziele auf den Zusammenbruch der Sowjetunion.

USA bemängeln Positionen der SPD zum Bündnis

dpa, Bonn

Massive Kritik hat der Unterstaatssekretär im US-Verteidigungsministerium, Richard Perle, gestern in Bonn an den Positionen der deutschen Sozialdemokraten zur westlichen Sicherheitspolitik und zur NATO geübt. Bei einer Tagung der SPD-nahen Friedrich-Ebert-Stiftung warf Perle die Frage auf, welche Bedeutung das grundsätzliche Ja der SPD zur NATO noch habe, wenn sie dafür eintrete, die im NATO-Bündnis vereinbarte Strategie in fundamentalen Punkten zu ändern.

Perle wandte sich besonders gegen die in der SPD vertretene Auffassung, die Sicherheit der östlichen Seite sei eine Voraussetzung für die westliche Sicherheit. Mit dieser Haltung, die wahrscheinlich Zufriedenheit in Moskau auslöse, werde Sicherheit auf eine Weise propagiert, „die uns unsicher macht“.

Der außenpolitische Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, Karsten Voigt, und sein Fraktionskollege Andreas von Bülow wiesen die Kritik von Perle scharf zurück. Voigt sagte, die amerikanische Politik der Stärke sei ein Ausdruck der politischen Schwäche der US-Regierung. Washington habe kein Konzept für die Überwindung der Spaltung und der militärischen Konfrontation in Europa, sondern ziele auf den Zusammenbruch der Sowjetunion.

Hessen kauft Wohnungen von der Neuen Heimat

„Sozialbindung sichern“ / FDP rügt „unverfrorenen Coup“

DW, Wiesbaden

Die hessische Landesregierung ist grundsätzlich bereit, die Geschäftsanteile der angeschlagenen gewerkschaftseigenen Wohnungsbaukonzerns Neue Heimat zu übernehmen. Das Kabinett von Ministerpräsident Holger Börner hatte am Montag eine Ergänzungsvorlage zum Landeshaushalt 1987 verabschiedet, mit dem sich der Landtag heute abschließend befassen will.

Die Vorlage, die mit den Fraktionen von SPD und Grünen abgestimmt ist, ermächtigt die Landesregierung, mit Zustimmung des Haushaltsausschusses ganz oder teilweise Geschäftsanteile der Neuen Heimat Süd-West zu erwerben und hierfür Kredite aufzunehmen. Finanzminister Hans Krollmann und Innenminister Horst Winterstein erklärten gestern in Wiesbaden, diese Maßnahme liege im Interesse der 30 000 betroffenen Familien. „Das Land Hessen setzt Steuergelder ein, um die Wohnungen in der Sozialbindung zu halten“, sagte Krollmann.

Der Finanzminister wollte sich nicht zu einem möglichen Kaufpreis äußern. Die Landesregierung werde nach der Verabschiedung des Ermächtigungsvermerks durch den Landtag Verhandlungen mit der Neuen Heimat beginnen. Eine Übernahme komme letztlich nur dann in Frage, „wenn wir uns auf einen fairen Preis einigen können“.

Die „Neue Heimat Süd-West“ mit Sitz in Frankfurt ist Eigentümerin von 30 000 Wohnungen, die überwiegend mit öffentlichen Mitteln gefördert wurden und von denen 90 Pro-

zent in Hessen, der Rest in Rheinland-Pfalz und im Saarland liegen. In den vergangenen Monaten wurden bereits 5900 Wohnungen veräußert. Krollmann sagte, Hessen lehne es ab, den DGB zu zwingen, mit den Siedlungen auf den Markt zu gehen. Das Land wolle aber auch nicht einzelne oder größere Wohnungsbestände von der Neuen Heimat erwerben, sondern die gesamte Tochtergesellschaft.

Krollmann sagte, mit dem Erwerb der Tochtergesellschaft zu einem Preis, der höher als die Ertragsentnahmen liegen werde, solle es dem Konzern ermöglicht werden, „Reserven zu realisieren“ und damit „an anderer Stelle Probleme zu lösen“. Winterstein sagte, das Land müsse in den Wohnungsbau einsteigen, da auch in Zukunft ein Bedarf an Sozialwohnungen bestehe.

Als eine „unglaubliche Unverfrorenheit“ hat der stellvertretende Vorsitzende der FDP-Landtagsfraktion, Otto Wilke, den „Coup der hessischen Landesregierung“ bezeichnet, mit dem sie dem hessischen Landtag, einen Blankoscheck zum Erwerb der Neuen-Heimat-Tochter „Neue Heimat Südwest“ abverlange. Mit diesem Anzettel wolle die Landesregierung „das Land Hessen bewußt in das unkalkulierbare wirtschaftliche Risiko des angeschlagenen Konzerns Neue Heimat hineinziehen“.

Die Bundesregierung informiert als Reaktion auf die massiven Wohnungsverkäufe der Neuen Heimat in einem neu erschienenen Faltblatt „Mieterschutz beim Wohnungsverkauf“ über die Mieterrechte beim Wechsel des Hauseigentümers.

Thatchers Geste der Demut beeindruckt die Israelis

„Selbstbestimmung für PLO nur in Föderation mit Jordanien“

EPHRAIM LAHAV, Jerusalem

„Sie wünscht sich gewiß, sie wäre zu Hause so beliebt wie in Israel“, bemerkte ein britischer Diplomat aus dem Gefolge der Premierministerin Margaret Thatcher, die gestern einen knapp dreitägigen Staatsbesuch in Israel beendet. Wohin sie ging – Frau Thatcher wurde mit Applaus begrüßt.

Besonders beeindruckt war die israelische Öffentlichkeit von Frau Thatcher, als diese bei der Holocaust-Gedenkstätte „Yad Vashem“ einen Kranz auf das symbolische Grab legte, in dem Asche aus den Todeslagern liegt, niederkniete und etwa eine halbe Minute in stiller Andacht verblieb. Eine solche Geste der Demut hatte vor ihr noch niemand an dieser Stelle gemacht.

Sie erklärte später, erst ein Rundgang durch das Museum von Yad Vashem könne es „verständlich machen, wie groß das israelische Streben nach Sicherheit ist und warum Israel so enormen Wert darauf legt“.

Offenbar unter dem tiefen Eindruck, die ein solcher Besuch hinterläßt, machte die britische Premierministerin bei ihrer abschließenden Pressekonferenz im Jerusalemer King David Hotel eine Erklärung, die auf eine politische Wendung hindeutet: „Großbritannien tritt für das Selbstbestimmungsrecht der Palästinenser ein, aber im Rahmen einer Föderation mit Jordanien, denn wir suchen Frieden gepaart mit Sicherheit.“ Einem palästinensischen Reporter, der ihr vorhielt, daß dies eine Souveränität für einen palästinensischen Staat anerkennende, erwiderte sie, das sei die beste Lösung. Aus Erfahrung wisse sie, daß es in der Politik nicht ratsam sei, nach etwas mehrdeutiger als der besten Lösung zu streben.

Diese Worte waren Musik in israelischen Ohren. Es war das erste Mal, daß Frau Thatcher – oder irgendein anderer ausländischer Regierungschef – das Selbstbestimmungsrecht der Palästinenser in einem derartigen Ausmaß eingeschränkt hat.

Auch was sie über die PLO sagte, war für Israel angenehmer als so manche frühere Stellungnahme, die es aus London vernommen hatte. Großbritannien werde die PLO nur dann anerkennen, wenn sie die Sicherheitsratsresolution 242 und das Existenzrecht des Staates Israel akzeptierten. Da dies nicht der Fall sei, sollte eine alternative Repräsentation für das palästinensische Volk erwogen werden. Trotz dieser Nichtanerkennung trafen sich britische Diplomaten alle paar Monate mit Vertretern der PLO in London, doch kein Premierminister habe dies getan und auch sie selbst habe keine solche Absicht.

Im Verlaufe ihrer drei-Tage hier traf sich Frau Thatcher mit Staatspräsident Herzog, dreimal mit Premier Peres, sowie mit Außenminister Shamir und Verteidigungsminister Rabin. In einer ergreifenden Zeremonie ehrte sie das Andenken von 2900 Commonwealth-Gefallenen aus dem Ersten Weltkrieg, die auf dem Britischen Kriegsfriedhof auf dem Skopusberg begraben sind.

C&C
Computers and Communications

DIE CLEVERE ENTSCHEIDUNG. DRUCKER VON NEC.

Ganz schön schlau von NEC, dachte so mancher, als er die neuen Drucker sah. Denn ohne perfekten Drucker ist ein Computer nur die Hälfte wert. Wenn man sich jedoch einmal gründlich umsieht, was im Bereich Drucker auch vom Systemlieferanten so alles läuft, kann sich einem schon das Fell sträuben. Höchstpreise für antiquierte Technik sind nicht gerade eine Seltenheit. Anders die Drucker aus dem Hause NEC. Technologisch auf dem höchsten Niveau überzeugen diese ausgefeilten, geräuschlosen Systeme durch ihren günstigen Preis, Schnelligkeit, Zuverlässigkeit und echte Korrespondenzqualität auf der ganzen Linie. Angefangen bei den für alle Computer bestens geeigneten Punktmatrixdruckern mit ihren 24-Nadel-Druckköpfen bis hin zum NEC Laserdrucker, der de facto den neuesten Stand der Drucktechnik darstellt. Lassen Sie sich also nicht unter Druck setzen. Prüfen und testen Sie die Drucker von NEC. Zu Ihrem eigenen Vorteil.

NEC – Das paßt!

Pinwriter P5

NEC

NEC Business Systems (Deutschland) GmbH

Klausenburger Straße 4
8000 München 80 West Germany
Tel.: 0 89/33 00 01-0 Telex: 0 89/33 77 76
Telex: 5 218 073 und 5 218 074 nec m

Weitere Informationen erhalten Sie von Ihrer regionalen NEC-Werkstatt:

Dr. G. Dohrenberg GmbH
Brennauer Str. 3 1000 Berlin 30
Tel.: 0 30/21 90 70 Telex: 184 880
CRS Computer Hard- und Softwarevertrieb GmbH
Kottbus 10 2000 Hamburg 1
Tel.: 0 40/32 71 10
Lorenz + Schaeckel
Zeiss-Str. 13 3000 Hannover 81
Tel.: 0 511/83 09 57 Telex: 5 118 451 LuShan

SYSDAT GmbH
Brennauer Str. 38-40 6000 Köln
Tel.: 0 21/23 54 44-45 Telex: 8 882 688
S.E.H. Computer-Peripherie-Geräte GmbH
Bettendorfer Str. 25 6455 Erfurt
Tel.: 0 181/83 20 11 Telex: 415 508
Megrus Datentechnik GmbH
Meininger Weg 33 7022 Leinfelden-Echterdingen
Tel.: 0 711/7 59 04-0 Telex: 7 255 341

SCHNIDT DATENTECHNIK GMBH
Fraunhofer Str. 10 8033 Martenried
Tel.: 0 89/8 57 20 47 Telex: 5 213 087 sdt d
SYSDAT Computer Products AG
Stallionweg 5 CH-3627 Heimberg
Tel.: 0 33/37 70 40 Telex: 921 310
Indutronic
Fechtingstr. 75 A-9020 Klaggenfurt
Tel.: 0 42 22/4 36 93-0 Telex: 422 784 Induta

ECD: Str
durch

Preussag-Programm

das - Bemerkenswert oft bemüht Günther Salmonsenshausen, allmächtiger Chef der Preussag AG, das Wort von negativen Außeneinflüssen, die zufällig zusammenströmen. Der krisenproben Manager, der zuletzt tatkräftig bei der Sanierung des bundeseigenen Salzburger-Konzerns half, umschreibt damit einen Tatbestand, der noch vor Jahresfrist undenkbar schien: Rote Zahlen im eigenen Haus. Vergessen ist das Rekordergebnis von 1984 und letztlich noch befriedigende Abschluß 1985. Der Preisverfall auf dem Metallmarkt, bei Erdöl und Erdgas haben die Aufwärtsentwicklung des Rohstoff-Konzerns abrupt gestoppt und machen schnelles Handeln erforderlich.

Mit einem Notprogramm will Salmonsenshausen kurzfristig Schlimmeres verhüten. Als Eingangsmaßnahme geht der Preussag-Chef gegen mit seinen weitreichenden Plänen. Der Metallbereich, der immer wieder das Gesamtergebnis erheblich belastet hatte, soll neu strukturiert werden. Angestrebt wird die Verfestigung der Hütten und der Bergwerke mit dem Ziel, das Risiko breiter zu streuen.

Die jüngste Entwicklung im Preussag-Konzern zeigt aber zugleich, daß auch in anderen Unternehmensbereichen Handlungsbedarf bestand. Das Ausfliegen von Versorgungsschiffen der Tochter

VTG ist ein Beispiel, die anhaltende Misere bei der britischen AMC-Gruppe ein anderes. Die günstigen Ergebnisse der vergangenen Jahre haben offenbar überdeckt, was jetzt endlich nachgeholt wird.

Vorsprung

JB - Die Hamburger Werft Blohm + Voss bleibt eine Ausnahmeerscheinung in der tristen deutschen Werftlandschaft. Das Unternehmen, das Anfang der siebziger Jahre unter dem holländischen Geleitz der Branche den Handels-schiffbau aufgab und sich anderen schiffbauähnlichen Aktivitäten widmete, präsentiert für 1985 nicht nur einen Abschluß mit soviel Gewinn, wie im gesamten übrigen Schiffbau-Industrie nicht zusammenbekommt, es belegt auch gleichzeitig, daß Krisenbewältigung analytischen Durchblick und Eigeninitiative voraussetzt. Kennen nämlich ist die reiche Ernte eingeleitet, drohen nun auch Blohm + Voss neue Stürme. Den Zusammenbruch des für die Werft wichtigen Off-Shore-Marktes als strukturelles und nicht kurzfristiges Problem erkannt, reagiert das Unternehmen nach innen und nicht nach außen. Mit dem Betriebsrat soll beraten werden, wo und in welchem Ausmaß Kapazitäten in den gefährdeten Bereichen beschnitten werden müssen, um andere Bereiche nicht zu verarmen. Auf diese Art war Blohm + Voss bereits vor 15 Jahren der Schiffbau-Krise begegnet.

AUSSENWIRTSCHAFT / Eine Umfrage des DIHT bei den Auslandskammern

Trotz des schwachen Dollar wird 1986 ein gutes Jahr für den Export

HANS-JÜRGEN MAHNKE, Bonn
1986 wird für den deutschen Außenhandel ein gutes Jahr. Die deutschen Exporteure werden selbst mit einer starken D-Mark fertig. Allerdings dürfte der hohe Zuwachs von rund zehn Prozent des vergangenen Jahres bei den Ausfuhren nicht gehalten werden können. Die Importe werden mengenmäßig deutlich anziehen. Dies ist das Ergebnis einer Umfrage des Deutschen Industrie- und Handelsverbandes (DIHT) bei 43 Auslandskammern, mit deren Gastländern 85 Prozent des Außenhandels abgewickelt wird.

Das außenwirtschaftliche Umfeld wird 1986 vor allem von sinkenden Ölpreisen und von weltweit zurückgehenden Zinsen günstig beeinflusst. Verstärkend treten verbesserte Wachstumsaussichten in den meisten Industriestädtern, aber auch in einer Reihe von Schwellenländern und selbst in einigen Entwicklungsländern hinzu. Die Inflationsbekämpfung kommt weiter voran.

Diese positive Grundtendenz wird auch durch die Verschiebung der Wechselkurse nicht entscheidend tangiert. Von den Kursverschiebungen gehen teilweise bescheidene preisliche Belastungen für die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft aus; dieser Effekt wird überwiegend aufgewogen durch die Struktur und den qualitativ hohen Standard des deutschen Güterangebots, so das Resümee von DIHT-Hauptgeschäftsführer Franz Schoser.

Eines der Aspekte im deutschen Export sind nach Schoser die Investitionsgüter. Ihr Anteil am Gesamtexport stieg 1985 auf 53 Prozent. Gerade beim Kauf dieser Produkte gebe der Preis oft nicht allein den Aus-

sehen Exporteure in Europa weitere Absatzfolge erzielen - selbst in Frankreich, obwohl hier die Aufwertung der D-Mark besonders zu Buche schlägt. Innere Preisstabilität und eine maßvolle Kostenentwicklung werden zu handfesten Vorteilen gegenüber der Konkurrenz, so Schoser.

Die Deutsch-Amerikanische Handelskammer rechnet trotz der Aufwertung der D-Mark gegenüber dem Dollar um rund 30 Prozent während der vergangenen zwölf Monate sogar mit einer Zunahme der deutschen Exporte. Der Grund: 70 Prozent der Waren, die über den Atlantik gehen, sind Investitionsgüter, vor allem Maschinen, Elektroartikel und Autos, bei denen der Preis nicht so ausschlaggebend ist. Sorgen bereitet der sich ausbreitende Protektionismus.

Allerdings müßten die deutschen Exporteure mit einem wachsenden Protektionismus fertig werden, dessen Instrumentarium immer weiter verfeinert wird. Auch aus diesem Grunde dürfte das Exportplus nicht so hoch ausfallen wie im vergangenen Jahr. Schoser hält jedoch Zuwächse von rund vier Prozent, wie sie in den meisten Prognosen genannt werden, für nach wie vor realistisch.

Wegen der größer werdenden Unterschiede in der Wachstumsdynamik der einzelnen Räume wird sich auch der deutsche Export nicht so gleichförmig wie im vergangenen Jahr entwickeln. Besonders zuversichtlich äußern sich die Auslandskammern in Europa und Asien. Trotz der jüngsten Aufwertung im Europäischen Währungssystem (EWS) werden die deut-

LANDWIRTSCHAFT

Nachwachsende Rohstoffe vorerst noch ohne Chancen

ARNULF GOSCH, Bonn

Wenig optimistisch beurteilt die Bundesregierung die Chancen für nachwachsende Rohstoffe, in absehbarer Zeit ins Gewicht fallende Anteile am Treibstoffmarkt zu erwerben. Wie es in der gestern bekanntgewordenen Regierungsantwort auf die Große Anfrage von CDU/CSU und FDP, die heute vom Bonner Kabinett beschlossen werden soll, heißt, würden die Herstellungskosten von Agraralkohol aus wirtschaftlich und technisch optimierten Großanlagen in der Größenordnung von 1,20 bis 1,80 Mark pro Liter liegen. Der finanzielle Substitutionsbedarf von Agraralkohol als Treibstoffersatz entspräche annähernd dem Unterschied zwischen Herstellungskosten von Agraralkohol und Raffinerieabgaspreis für Superbenzin vor Steuern. Dieser Raffinerieabgaspreis betrug im Durchschnitt des Jahres 1985 rund 66 Pfennig je Liter. Aufgrund des Ölpreisanstiegs und des gesunkenen Dollarkurses lag er Mitte April 1986 bei nur 33 Pfennig je Liter.

Maßgeblich für politische Entscheidungen wären allerdings die Preise und Kosten etwa von 1990 an, da von der Planung bis zur Inbetriebnahme moderner Anlagen etwa drei Jahre vergehen. Um zu einer besseren Beurteilung der Produktionskosten zu kommen, will die Bundesregierung eine Systemanalyse zur Wirtschaftlichkeit von Agraralkohol unter den Produktionsverhältnissen in der Bundesrepublik vergeben. Dabei soll-

len Energiebilanz und Auswirkungen auf den Agrarsektor und die Umwelt berücksichtigt werden.

Wie es an anderer Stelle heißt, weisen die beträchtlichen Differenzen zwischen der tatsächlichen und der möglichen Nachfrage unmissverständlich darauf hin, daß die Voraussetzungen für den Einsatz nachwachsender Rohstoffe generell noch teilweise ungünstig seien. So hätten die relativ hohen EG-Agrarpreise hohe Nutzungskosten zur Folge. Der erhöhte Einsatz von Stärke und Zucker für industrielle Zwecke sei bisher weniger durch technische Probleme als vielmehr durch die bestehenden Marktordnungen erschwert worden.

Im Bereich der technischen Öle und Fette behinderten die gegebenen Fettsäuremuster der bisher erzeugten Ölpflanzen und niedrige Erträge die Anbaudeckung für industrielle Zwecke. Die Herstellungskosten von Alkoholen ließen sich durch Fortschritte in der Pflanzenzüchtung senken, als durch eine technische Weiterentwicklung der Konversionsverfahren. Die verstärkte Erzeugung von Naturfasern hänge davon ab, ob es gelingt, im produktions-technischen Bereich Fortschritte zu erzielen und neue Einsatzbereiche zu erschließen. Wenn nachwachsende Rohstoffe wettbewerbsfähig werden und einen ungeschmähten Beitrag zu den landwirtschaftlichen Einkommen leisten sollen, setze dies erhebliche Produktivitätsfortschritte voraus.

Gebremster Maschinenbau

Von WERNER NEITZEL

Für den deutschen Werkzeugmaschinenbau, nach wie vor eines der wichtigsten technologischen Aushängsschilder, scheinen sich über dem US-Markt Gewitterwolken zusammenzuziehen. Der amerikanische Präsident Ronald Reagan hat die Maschinenbauer aus Japan, der Bundesrepublik, Taiwan und der Schweiz dieser Tage dazu aufgefordert, sich bei ihren Exporten in die USA zu beschränken (WELT vom 22.5.).

Im Blickfeld steht dabei ein Katalog von einem halben Dutzend Standardmaschinen, bei denen die Importquote gemessen am Marktvolumen besonders hoch (mengenmäßig an die 70 Prozent) ist. Falls sich nach Ablauf einer Sechsmonatsfrist kein entsprechender Effekt eingestellt haben sollte, wollen die Amerikaner größere Geschütze aufziehen, nämlich Importquoten.

Unvorbereitet und überraschend kommt der amerikanische Schritt keineswegs. Schon seit einigen Jahren versucht die US-Maschinenbau-Lobby Washington dazu zu bewegen, bei den Importen von Werkzeugmaschinen eine Bremse anzulegen. Von dem Nimbus, führendes Herstellerland auf dem Gebiet des Werkzeugmaschinenbaus zu sein - dieser hatte bis in die 70er Jahre hinein Gültigkeit - sind die USA inzwischen erheblich zurückgefallen. In der Produktions-rangliste des vergangenen Jahres nehmen die US-Werkzeugmaschinenbauer nur noch den vierten Platz ein. An erster Stelle rangiert Japan mit einer rund doppelt so hohen Produktion (umgerechnet 15,5 Milliarden DM) wie die USA, zweitgrößtes Herstellerland war die Bundesrepublik (elf Milliarden DM), und selbst die Sowjetunion, über deren Ausbringung es allerdings nur Schätzungen gibt, dürfte vor den Staaten gelegen haben.

Natürlich gibt es Ursachen für diese Rückwärtsentwicklung: Waren die USA noch vor zehn Jahren die Schrittmacher bei der Entwicklung und Einführung flexibler Anlagen, so sind seitdem von dort kaum mehr besondere technologische Impulse gekommen. Dies mag einerseits damit zusammenhängen, daß die Binnenkonjunktur auf diesem spezifischen Sektor in den Staaten bereits seit längerem ausgesprochen schlecht ist.

Kommt hinzu, daß insbesondere die Japaner u. a. auf dem Gebiet der Standardmaschinen über den Preis für einen rasch gestiegenen Importdruck sorgten (50 Prozent der Einfuhren in 1985). Die Tatsache, daß auch Taiwan im Fadenkreuz amerikanischer Bremsmanöver steht, zeigt das Symptom deutlich auf. Aber neben der Schweiz waren und sind es gerade auch die Werkzeugmaschinen aus der Bundesrepublik, die sich bei der amerikanischen Industrie-Kundenschaft mit modernsten, auf Flexibilität in die verschiedensten Richtungen hin ausgelegten Werkzeugmaschinen und Fertigungszentren eine gute Marktposition eroberten.

Gerade dieser Maschinentypus ist aber nicht in Reagenzformularkatalogen enthalten, weshalb denn auch in großen Teilen dieser Branche in der Bundesrepublik die These vertreten wird, daß „die Sache nicht so heiß gegessen wird“. Man ist realistisch genug zu sehen, daß hinter den amerikanischen Bemühungen um stärkere Unabhängigkeit von ausländischen Werkzeugmaschinen und Stützungen der US-Industrie dieses Sektors mit einem Forschungsförderungsprogramm erhebliche verteidigungsstrategische Interessen stecken.

Die deutschen Werkzeugmaschinenbauer, die sich vor Jahren noch um ihre Wettbewerbsfähigkeit sorgen mußten, geben sich ruhig, wenngleich der amerikanische Markt für sie im vergangenen Jahr der größte Auslandsmarkt war. Ihr Erfolg in den letzten beiden Jahren, in denen sich die Exporte nach USA mehr als verdoppelten, wurde sicherlich zu einem großen Teil von der damals günstigen Währungsrelation getragen. Von dieser Seite kommen inzwischen für den Auftragsmarkt eher dämpfende Einflüsse.

Sie schmerzen nicht, weil die Inlandskonjunktur in der Bundesrepublik ihre volle Zugskraft für diese Sparte entfaltet hat. Die Werkzeugmaschinen-Fabriken hierzulande sind so gut beschäftigt wie schon lange nicht mehr. Aus dieser Perspektive und aus dem Wissen um die eigenen technologischen Stärken sollte die Branche die nötige Gelassenheit und Zähigkeit aufbringen, mit den Amerikanern zu verhandeln, um sie von formellen protektionistischen Maßnahmen abzubringen.

AUF EIN WORT



„Wo bleibt das Selbstbewußtsein der deutschen Brauer? Mit versteinertem Blick auf das Reinheitsgebot können sie die Zukunft nicht erobern. Wenn deutsches Bier das angesehenste der Welt ist, dann sollten es die deutschen Brauer auch sein.“

Wolfgang Heselbarth, Vorsitzender des Verbandes Deutscher Maschinen- und Apparatebauher (VDM). FOTO: DIE WELT

Wirtschaft soll schneller wachsen

AP, Bonn

Der Bundesverband der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken (BVR) rechnet trotz eines Wachstumseinbruchs Anfang 1986 mit einem beschleunigten Aufschwung im Jahresverlauf. Im jüngsten Konjunkturbericht hieß es, vor allem aufgrund der Inlandsnachfrage werde im zweiten Halbjahr das Produktionsniveau der ersten Jahreshälfte um sieben Prozent überschritten werden. Der Rückgang der Produktion im ersten Quartal sei kein Anlaß zur Korrektur der Konjunkturerwartungen. Im Vergleich zum ersten Quartal 1985 sei das Bruttoinlandsprodukt real um 2,3 Prozent gestiegen.

AGRAPOLITIK

Die EG stimmt den Bonner Subventions-Plänen zu

Ha, Brüssel

Die Bundesregierung hat gestern die Zustimmung der EG für eine Verdoppelung der als benachteiligt eingestuften deutschen Agrargebiete erhalten. Damit können in diesem Jahr zusätzlich rund 200 Mill. Mark an direkten Einkommensbeihilfen an die Bauern fließen.

Der Agrarminister hat entschieden einstimmig, obwohl mehrere Regierungen zuvor deutlich Bedenken gegen die Aufstockung der Subventionen geäußert hatten. Ignaz Kiechles, Kollegen lösten damit ein Versprechen ein, das sie - wenn auch in unverbindlicher Form - während der letzten Agrarpreisrunde gegeben hatten.

Mit den zusätzlichen Beihilfen sollen die Bauern nach einem Bonner Kabinettsbeschluss für die in der EG vereinbarten Einkommenseinbußen

entschädigt werden. Ein Viertel der gemeinsamen von Bund und Ländern finanzierten Aufwendungen wird später aus der EG-Kasse erstattet.

Wie Kiechles gestern bestätigte, gelten nach dem EG-Beschluß 50,9 Prozent der landwirtschaftlich genutzten Fläche der Bundesrepublik als benachteiligt. Am meisten profitieren werden von den zusätzlichen Beihilfen die Bauern in Niedersachsen, Baden-Württemberg und Bayern. Immerhin liegt der Anteil der Fördergebiete auch künftig nicht höher als im EG-Durchschnitt.

Nur zögernd erklärten sich freilich die Briten und einige ärmere EG-Länder mit der Aufstockung einverstanden: Die südlichen Länder sehen darin eine Rationalisierung in der europäischen Agrarpolitik. Sie wollen demnach mit ähnlichen Wünschen nachziehen.

BUNDESGERICHTSHOF

Süddeutscher Verlag darf Beteiligung nicht aufstocken

DW, Karlsruhe

Der Kartellrat des Bundesgerichtshofes hat die Rechtsbeschwerde des Süddeutschen Verlages gegen den Beschluß des Kammergerichts Berlin vom 11. Juli 1984 zurückgewiesen. Das Kammergericht hatte eine Verfügung des Bundeskartellamts vom 24. Oktober 1983 bestätigt, durch die dem Süddeutschen Verlag verboten worden war, seine Beteiligung an den beiden Donau-Kurier-Gesellschaften (KG und GmbH) von bereits bestehenden 25 Prozent auf zunächst jeweils 50 Prozent und später 75 Prozent zu erhöhen.

Die geplante Aufstockung der Beteiligung stellt auch nach Auffassung des Bundesgerichtshofes einen Zusammenschluß (Paragrafen 23, 24 GWB) zwischen dem Süddeutschen Verlag und dem Donau-Kurier dar, dessen Zulässigkeit nach den 1976 im

Bereich der Pressefusionskontrollen erheblich verschärfte Vorschriften des Kartellgesetzes zu beurteilen ist, obwohl die schuldrechtlichen Verträge über die spätere Erhöhung der Beteiligung bereits 1974 abgeschlossen worden waren. Weiter hat der Bundesgerichtshof die Auffassung des Bundeskartellamts bestätigt, es sei nicht auszuschließen, daß die geplante Erhöhung der Beteiligung zu einer wesentlichen Verstärkung der bereits - mit Anteilen von je 25 Prozent - bestehenden Unternehmensverbindungen führt.

Darüber hinaus sei zu erwarten, daß durch den beschätzlichen weiteren Anteilserwerb die bereits vorhandene marktbeherrschende Stellung des Donau-Kurier in seinem Verbreitungsgebiet weiter verstärkt wird (Beschluß vom 27. Mai 1986, KVR 7/84).

INFORMATIKER / „Siemens könnte dreißig Prozent der Absolventen gebrauchen“

Jeder zweite auf neu errichteter Stelle

THOMAS LINKE, Bonn

Jeder zweite Informationsverarbeitungsexperte sitzt auf einem neu geschaffenen Arbeitsplatz. Das jedenfalls hat eine Befragung ergeben, die die Gesellschaft für Informatik (GI) unter ihren Mitgliedern durchgeführt hat. „Eindrucksvoller läßt sich die direkte arbeitsplatzschaffende Wirkung einer neuen Technologie kaum belegen“, meinte der Präsident der GI, Prof. Fritz Krückeberg.

Die Umfrage war Anfang des letzten Jahres an die rund 10 000 Mitglieder - darunter ein Viertel Studenten - verschickt worden. Unter den berufstätigen GI-Mitgliedern haben 22 Prozent geantwortet: „Eine durchaus repräsentative Größe, bessere Zahlen aus diesem Bereich gibt es im Augenblick nicht“, erklärte GI-Geschäftsführer Hermann Rampacher.

Nur fünf Prozent der in der Datenverarbeitung Tätigen sind laut Um-

frage Frauen. Die meisten Datenverarbeiter sind Angestellte (77 Prozent).

Fast 46 Prozent der Befragten gibt an, daß ihr Arbeitsplatz extra für sie neu geschaffen wurde. In der Informatikindustrie lag der Anteil der „Berufplatz-Neugeburten“ mit 40 Prozent am höchsten, bei den Anwendern der Informationsverarbeitung waren es 44,5 Prozent. „Der Bedarf an Fachkräften übersteigt das Angebot bei weitem. Von Siemens wissen wir, daß sie allein ein Drittel aller qualifizierten Informatikabsolventen bei uns gebrauchen könnten“, meinte Rampacher.

Obwohl alle Befragten im Bereich der Informationsverarbeitung arbeiten, gaben nur 38 Prozent Berufsbezeichnungen an, die auf eine solche Tätigkeit schließen lassen. Würde man dies bei rund 130 000 Datenverarbeitern in der Bundesrepublik Deutschland hochrechnen, hieße das: Es gibt bei uns etwa 340 000 mit der

Informationsverarbeitung befähigte Spezialisten.

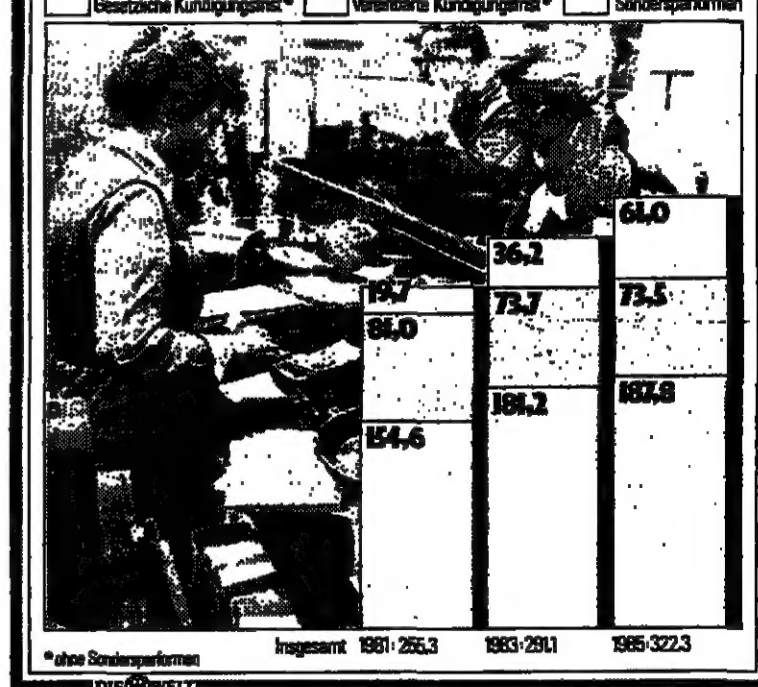
Um mit der Rasanz der technologischen Entwicklung Schritt halten zu können, müssen die Berufstätigen in diesem Bereich eine überdurchschnittliche Fortbildungsbereitschaft an den Tag legen. In der Informatikindustrie werden laut Umfrage 10,4 Stunden während der Arbeitszeit und 11,1 Stunden während der Freizeit gebüßelt; bei den Anwendern lauten die entsprechenden Zahlen 11,0 und 12,3 Stunden.

Prof. Krückeberg beklagte, daß die 250 000 Ingenieurstudenten nur unzureichend darauf vorbereitet werden, daß der Umgang mit Computern und Computerprogrammen zur täglichen Routine in ihrem Berufsleben gehören wird. Deshalb muß nach Auffassung der GI die Informatik neben der Mathematik und der Physik im Grundstudium der Ingenieure Pflicht werden.

WIRTSCHAFTS JOURNAL

Sondersparformen zunehmend bevorzugt

Spareinlagen bei den Sparkassen nach Anlageformen. Bestände in Mrd. DM



Nach Feststellung der Sparkassen hat sich das Anlagevolumen auf Sondersparformen in den Jahren 1981 bis 1985 von 154,6 auf 322,3 Mrd. Mark verdreifacht. Damit stieg es wesentlich stärker als die Gesamtsumme der Spareinlagen bei Sparkassen von 255,3 auf 322,3 Mrd. Mark. Vermehrung traditionell zinsbewußter Sparer steigen in zunehmendem Maße auf die günstigen Sondersparangebote der Sparkassen um.

Japan ist größter Gläubiger der Welt

Tokio (dpa/VWD) - Japan ist 1985

die weltweit größte Gläubigernation geworden und hat Großbritannien aus dieser Spitzenposition verdrängt. Wie das Finanzministerium in Tokio gestern mitteilte, übersteigen die öffentlichen und privaten Guthaben Japans im Ausland die Schulden Ende des Jahres um 129,9 Mrd. Dollar (derzeit rund 282 Mrd. DM). Das waren 55,5 Mrd. mehr als ein Jahr zuvor.

Keine Lohnabtreitung

Bonn (AP) - Ein Vermieter darf

seine Mietsprüche nicht durch Lohn- oder Gehaltsabtreitung des Mieters sichern lassen. Dies hat das Landgericht Lüneburg in einem Urteil entschieden, das die Arbeitsgemeinschaft der Verbraucher (AgV) gestern veröffentlichte. Anlaß war der Rechtsstreit über eine Wohnungsabrechnung, bei der der Vermieter seine Forderung auch gegenüber dem Arbeitgeber des Mieters geltend gemacht hatte (Landgericht Lüneburg - 14 s 307/84).

Neuer Name für Arbed

Saarbrücken (dpa/VWD) - Das in

den Mehrheitsbesitz des Saarlandes übergegangene Stahlunternehmen Arbed Saarstahl wird schon in Kürze einen neuen Namen erhalten. Wie Saar-Wirtschaftsminister Hajo Hoffmann (SPD) gestern mitteilte, erfolgt die neue Namensgebung für das Unternehmen auf einer Eigentümerversammlung am 6. Juni.

Chemie schwächer

Wiesbaden (dpa/VWD) - Die che-

mische Industrie der Bundesrepublik konnte im 1. Quartal dieses Jahres nicht an die Ergebnisse des Vorjahres anknüpfen. Die Produktion, die schon im 4. Quartal 1985 gegenüber dem Vorjahr um 0,1 Prozent gesunken war, war auch im 1. Quartal 1986 um 0,4 Prozent niedriger als vor Jah-

restiert, teilt der Bundesarbeitsgeberverband Chemie mit.

Gegen Protektionismus

Bonn (MfJ) - Mit ausgesprochenen

Sorge" betrachten die Spitzenverbände der deutschen Wirtschaft die gegenwärtige Entwicklung der Schifffahrtspolitik in der EG. Der jetzt von der EG beabsichtigte Außenprotektionismus gegenüber Flotten aus Drittländern könne von der Wirtschaft nicht mitgetragen werden.

Umweltschutzpreis

Bonn (MfJ) - Die Deutsche Aus-

gleichsbank wird einen Preis für Leistungen auf dem Gebiet des Umweltschutzes stiften. Der Preis wird besonders für effiziente Produkt- oder Verfahrensinnovationen vergeben, durch die Umweltbelastungen deutlich verringert oder vermieden werden. Der Preis wird alle zwei Jahre verliehen und ist mit 50 000 Mark dotiert.

„Ins eigene Portemonnaie“

Bonn (dpa) - Die Bürger haben

nach Berechnungen des Bundes der Steuerzahler bis gestern die vom Staat verordneten Steuern und Sozialbeiträge für dieses Jahr erbracht und können „endlich für das eigene Portemonnaie arbeiten“. Bei einem Abgabenteil am Sozialprodukt von 40 Prozent in diesem Jahr seien 146 Tage notwendig gewesen, um diese Geldleistungen für die öffentlichen Kassen zu erörtern.

WELT-Aktien-Indizes

Chemiewerte: 163,76 (164,89); Elek-

tronwerte: 297,52 (300,89); Autowerte: 758,99 (778,93); Maschinenbau: 156,62 (161,49); Versorgungskette: 161,73 (166,56); Banken: 393,20 (402,16); Wohnhäuser: 136,67 (138,09); Bauwirtschaft: 473,58 (476,96); Konsumgüterindustrie: 165,49 (167,95); Versicherung: 1487,96 (1510,00); Stahlpapiere: 161,35 (166,75); Gesamt: 272,83

NAHER OSTEN

Straße von Hormus verliert Bedeutung

Nur noch 15 Prozent des international gehandelten Rohöls passieren die Straße von Hormus am Ausgang des Persischen Golfs. Vor zehn Jahren waren es noch 41 Prozent. Dies schreibt das Deutsche Orient-Institut, Hamburg, in seinem Jahresbericht 1985. Grund hierfür ist der Ausbau eines Netzes von Ölleitungen, die die Meerenge umgehen und ihre strategische Bedeutung vermindern.

Insgesamt sei die wirtschaftliche Entwicklung im Nahen und Mittleren Osten 1985 deutlicher als je zuvor durch politische und sicherheitspolitische Faktoren geprägt gewesen. Angesichts der gewachsenen inneren und äußeren Gefahren hätten die meisten Länder ihre Rüstungsprogramme auf Kosten der Entwicklung der zivilen Bereiche ausgeweitet. Die

Sind Sie auf Draht?

Mit Huttonline sind Sie auf Draht. Huttonline von E. F. Hutton verbindet Sie in Sekundenbruchteilen mit Wall Street. Sie haben sofortigen Zugriff zu den neuesten Börsennachrichten, den aktuellsten Kursen und Ihrem persönlichen Kontostand. Sprechen Sie mit E. F. Hutton - Ihr Partner an Wall Street.

E. F. Hutton & Company GmbH
Jungfernstieg 30, 2000 Hamburg
Tel.: (040) 34 12 01

Auswirkungen des Golfkrieges hätten sich verschärft. Nicht nur seien weitere Infrastrukturen, Erdölanlagen und Industrieanlagen zerstört worden, der Krieg habe auch zum Verlust zahlreicher Fach- und Führungskräfte geführt.

Der Verfall der Ölpreise hätte in den Ländern des Golf-Kooperationsrates erstmals 1985 zu einem Defizit der Zahlungsbilanz geführt, das sich bis 1986 auf 13,8 Mrd. Dollar vergrößert habe. Die Rezession in der Golfregion wiederum habe auch die Exportländer von Arbeitskräften - Ägypten, Jordanien, Nordjemen, Pakistan, Indien und Südkorea - betroffen. Die Geldüberweisungen der in der Golfregion arbeitenden 2,5 Mill. Pakistanern seien in den letzten zwei Jahren um 15 Prozent auf 2,6 Mrd. Dollar gesunken. Die Zahl der am Golf arbeitenden Indier sei 1985 um rund 100 000 zurückgegangen, die der Südkoreaner um rund 70 000. Nur Ägypten habe Arbeitsplatzverluste zum Teil ausgleichen können.

CHEMIEFASERN

1986 nur noch geringes Wachstum

In den ersten Monaten dieses Jahres lief der Chemiefasersatz nach gut. Nach Einschätzung von Ernst Hein, Vorsitzender der Industrievereinigung Chemiefaser (IVC), wird die Branche, die 1985 erstmals seit elf Jahren die Beschäftigtenzahl wieder leicht auf 26 200 erhöhte, jedoch in diesem Jahr kaum Wachstum haben. Dafür Sorge einmal die allgemeine Unsicherheit am Textilmarkt (die bei den Herstellern zu extrem kurzfristigen Aufträgen führt) und der steigende Außenwert der D-Mark, der die Konkurrenzposition der deutschen Anbieter erschwere.

Die deutschen Chemiefaserhersteller setzen nach Angaben der IVC im vergangenen Jahr 6,2 Mrd. DM um, rund 7 Prozent mehr als 1984. Die deutsche Chemiefaserproduktion stieg dabei um gut 5 Prozent auf 971 000 t. Dabei blieb Polyester

E. F. Hutton.
Eine gute Adresse für US-Kapitalanlagen.

Frankfurt:
Bockenheimer Landstr. 51-53
Telefon (069) 72 02 81

Düsseldorf:
Bahnhofstr. 9
Telefon (0211) 13 09 20

Hamburg:
Jungfernstieg 30
Telefon (040) 34 12 01

München:
Maximiliansplatz 17
Telefon (089) 22 81 41

E. F. Hutton & Company GmbH
When E. F. Hutton talks, people listen.

die marktstärkste Faser, Polyacryl hatte aber mit plus 12 Prozent den stärksten Zuwachs. Die Exporte von 693 000 (662 000) t gingen zu mehr als drei Vierteln nach Westeuropa.

Weitweit war das Produktionswachstum weitaus größer. Mit 16,1 (12,8) Mill. t wurde eine neue „Rekordmarke“ erreicht. Das rapide Wachstum (seit vier Jahren rund 25 Prozent jährlich) ist Folge gewachsener Chemiefaserkapazitäten in der Dritten Welt (vor allem Fernost), die inzwischen auf 44 Prozent der weltweiten Kapazitäten kommt.

PREUSSAG / Unternehmerischer Spielraum soll vergrößert werden - Erweiterung existierender Partnerschaften

Ergebnisse im ersten Quartal 1986 weit unter Plan

Dominik Schmidt, Hammer Das Zusammentreffen einer Vielzahl negativer Faktoren haben den hannoverschen Rohstoffkonzern Preussag AG nach dem ersten Quartal 1986 in die Verlustzone abrutschen lassen. Vorstandschef Günther Saßmannshausen spricht zwar von einem „knapp ausgefallenen Ergebnis“, hatte dabei aber wohl bereits die leichten Besserungstendenzen im April im Blick, als der Zinkproduzentenpreis schrittweise von 670 Dollar je Tonne auf nunmehr 760 Dollar angehoben werden konnte.

Zur Schwäche auf den Metallmärkten und dem drastischen Preisverfall bei Erdöl gesellen sich bei der Preussag auch Probleme in anderen Unternehmensbereichen. Dazu gehören die Versorgungsschiffahrt der Tochter VTG, der Erzebergbau im Harz und der noch immer nicht genehmigte Verkauf der Agfa. Wenig Freude hat die Preussag ferner an der britischen AMC-Gruppe, bei der als Folge des Zins-Desasters bereits 1985 Verluste von rund 100 Mill. DM entstanden waren. Vor kurzem hat die Preussag bei AMC eine Kapitalerhöhung von 10 Mill. Pfund vorgenommen und damit ihre Anteile auf 94,7 (86,8) Prozent erhöht.

Saßmannshausen läßt keinen Zweifel daran, daß die Ergebnisse der

ersten Monate 1986 „weit hinter den ursprünglichen Planannahmen“ zurückgeblieben sind. Auf Prognosen für das Gesamtjahr wolle sich der Preussag-Chef nicht einlassen, zumal weitere Belastungen nicht auszuschließen seien. So gesehen erübrige sich auch die Frage, ob das Unternehmen für 1986 ein „dividendefähiges Ergebnis“ erwirtschaften werde.

Auf die veränderten Entwicklungen habe der Vorstand „natürlich sofort reagiert“ und noch in der Bilanz 1985 Vorsorgemaßnahmen getroffen, die das Jahresergebnis 1986 entlasten werden. Zu den kurzfristig wirkenden Maßnahmen gehören die Verschlebung oder Streichung von Investitionsvorhaben, der geringere Explorationaufwand im Erdöl- und Metallbereich, die Einstellung der Erdölförderung in einzelnen Feldern und die Einführung von Kurzarbeit.

Um Strukturverbesserungen im Konzern zu erreichen, die mittelfristig einen größeren unternehmerischen Spielraum schaffen sollen, plant der Vorstand die „gesellschaftsrechtliche Vernetzung“ von Betriebsteilen im Metallbereich. Ziel dieser Maßnahme ist es, die Struktur der Hüttenwerke im Harz und in Nordhann zu verbessern. Dabei steht die Erweiterung bereits existierender Partnerschaften im Vordergrund. Of-

fenbar befindet sich die Preussag bereits mit verschiedenen europäischen Unternehmen in Gesprächen. Namen wollte Saßmannshausen aber nicht nennen.

Obwohl die Verschlechterung der Situation bereits im Jahresabschluss 1985 sichtbar wird, spricht Saßmannshausen von einem befriedigenden Ergebnis. Bei einem um sieben Prozent auf 4,3 (4,7) Mrd. DM verringerten Umsatz des Inlandskonzerns ging der Jahresüberschuß auf 78 (122) Mill. DM zurück. Der Jahresüberschuß der AG reduzierte sich auf 108 (100) Mill. DM. Er wird in voller Höhe zur Ausschüttung einer Dividende von 8 (9) DM pro Aktie verwandt. Durch die Ausgabe von Belegschaftsaktien erhöhte sich das Grundkapital auf 402 (400) Mill. DM. Eine stärkere Senkung der Dividende sei vor allem aus steuerlichen Überlegungen nicht in Betracht gezogen worden.

Im Welt-Abschluß, also einschließlich der AMC-Gruppe, weist die Preussag bei einem um 12,8 Prozent auf knapp 12 Mrd. DM reduzierten Umsatz einen Verlust von 13 Mill. DM aus, nachdem 1984 noch ein Überschuß von 155 Mill. DM erzielt wurde. Die Konzern-Bilanzzahlen des Jahres 1985 sind mit dem Vorjahr nur bedingt vergleichbar, weil zum ersten Mal die C. Dellmann AG, Bad Bent-

heim, konsolidiert wurden. In der Gewinn- und Verlustrechnung dagegen schlägt sich die Übernahme der Dellmann-Mehrheit noch nicht nieder. Die Einbeziehung im ersten Quartal 1986 ließ den Umsatz des Inlandskonzerns um 3,8 Prozent auf knapp 1,2 Mrd. DM wachsen. Auf Dellmann entfielen davon rund 250 Mill. DM.

Ungewiß ist nach den Worten Saßmannshausens die Zukunft der Bleihütte in Nordenham, die nicht mehr den Ansprüchen der TA Luft genügt. Ein Neubau würde rund 150 Mill. DM erfordern. Mit dem Partner Boliden befindet man sich derzeit im Gespräch über weitere Maßnahmen.

Preussag	1985	±%
Umsatz (Mill. DM)	4.367	- 7
dav. Inland	1.139	- 32,2
Verkauf	541	+ 7,9
Erdöl/Chemie	894	+ 5,1
Kohle	1.217	+ 10,5
Anlagenbau	624	+ 5,7
AMC-Gruppe	7.234	- 17,1
Sachinvestitionen	343	- 1,3
Finanzinvestitionen	63	- 28,2
Abschreibungen	357	+ 3,5
Eigenkapital	4.024	+ 39,9
Eigenkapitalquote (%)	31,3	(30,5)
Grundkapital	412	+ 0,5
Jahresüberschuß	78	- 36,1
Ertrag pro Aktie (DM)	27,60	+ 5,2
Stückzahl	454	+ 1,3
Dividende (DM)	8	- 11,1

*Inlandkonzern - Die Bilanzzahlen beinhalten erstmals die Dellmann-Gruppe.

Linde weiterhin auf Erfolgskurs

dpa/VWD, München

Die Linde AG, Wiesbaden, maßgeblicher Hersteller von Investitionsgütern in der Bundesrepublik, hat ihre erfolgreiche Geschäftsentwicklung des Vorjahres in den ersten vier Monaten 1986 fortgesetzt. Der Konzernumsatz ist im Vergleich zum Vorjahreszeitraum um 13,8 Prozent auf 921,7 Mill. DM gestiegen, teilte Vorstandsvorsitzender Hans Meinhart gestern auf der Hauptversammlung in München mit. Der Auftragseingang habe mit 1,08 Mrd. DM den Vergleichswert 1985 um 10,2 Prozent übertraffen.

Die Hauptversammlung (53 Prozent Anwesenheit) beschloß neben der Ausschüttung von 11 DM Dividende je 50-DM-Aktie, das Gesamtkapital wieder auf 50 Mill. DM aufzustocken. Nach den Kapitalerhöhungen des letzten Jahres hatte es noch 6 Mill. DM betragen. Die Beteiligung an der Wagner-Förderkette GmbH & Co KG (Seutlingen) soll ab 1. Januar 1986 auf eine Mehrheit aufgestockt werden. Linde hatte sich an dem bedeutenden Hersteller fabrikator Transportsysteme zum 1. Januar 1986 zunächst mit einem Minderheitsanteil beteiligt.

Positive Ergebnisse erzielen die Bereiche Marine und Reparatur, während der zivile Schiffbau und Maschinenbau rote Zahlen schrieb. Zum Gesamtumsatz von 1,38 Mrd. DM, der sich um 13 Prozent erhöhte, stiegen die Schiffbau 616 (536 allein Marine), die Reparatur 339 und der Maschinenbau 300 Mill. DM bei.

BLOHM + VOSS / Ein für die Wertindustrie „sensationell“ guter Abschluß

Vor neuer großer Herausforderung

JAN BRECH, Hamburg

Bei der letzten deutschen Großwerft Blohm + Voss AG, Hamburg, wechseln Licht und Schatten in rasantem Tempo. Während Vorstandsvorsitzender Michael Budzies auf der einen Seite die Wertindustrie „sensationell“ guten Abschluß für 1985 präsentiert, muß er auf der anderen Seite für dieses Jahr wieder gravierende Einschnitte bei den personellen Kapazitäten ankündigen. Blohm + Voss, das mit der Aufgabe des Handelschiffbaus Anfang der siebziger Jahre ihren eigenen und im großen und ganzen erfolgreichen Weg als Werft ging, steht vor einer ähnlich großen Herausforderung wie damals, erklärt Budzies.

Das Unternehmen sei auch jetzt entschlossen, das als notwendig erkannte, unverzüglich durchzuführen. Anpassungsmaßnahmen werden vor allem durch den Zusammenbruch des Off-shore-Bereichs ausgelöst, der sowohl den Stahlschiffbau als auch das Reparaturgeschäft bei Blohm + Voss empfindlich berührt. Bereits jetzt müssen bei der Werft 400 Mitarbeiter kurzzeitig entlassen.

Da Budzies den Beschäftigungseinbruch nicht als kurzfristiges, sondern als strukturelles Problem ausgemacht hat, wird es bei Kurzarbeit nicht bleiben. Personalabbau kündigt er außerdem für den Fertigungsbereich „Panzer“ wegen geringer Aufträge der Bundeswehr an. Schließlich sind bei dem von HDW übernommenen Betrieb Ross Industrie GmbH die verbleibenden Arbeitsplätze nicht alle sicher. In welchem Ausmaß Blohm + Voss die Belegschaft von rund 5400 (bei Ross weitere 1700) reduzieren wird, läßt Budzies offen.

Nach dem vorgesehenen Kapazitätsabbau in den strukturell unterbeschäftigten Bereichen dürfte der vorhandene Auftragsbestand reichen, um die Werft wieder in sicheres Fahrwasser zu bekommen. Nach Angaben von Budzies stehen zur Zeit Aufträge im Wert von 1,3 Mrd. DM bei der AG in den Büchern. Dazu kommen anteilmäßig 440 Mill. DM aus einem Fregatenauftrag für Portugal (drei Einheiten, zwei davon für HDW) sowie 90 Mill. DM bei den Tochtergesellschaften.

Vor allem die Marineaufträge, der

solide Maschinenbau und die Anfangserfolge auf dem Gebiet Schweißtechnik, Automation und Industrieroboter machen Budzies Hoffnungen, daß Blohm + Voss auch 1986 trotz aller Probleme schwarze Zahlen schreiben wird.

Vornehmlich durch die Abrechnung einiger lukrativer Aufträge aus dem Ende der 70er Jahre weist Blohm + Voss für 1985 einen Gewinn von 26,7 (10,4) Mill. DM aus und erreicht damit eine für die marode Wertindustrie unvorstellbare Rendite von 1,8 Prozent. Die Aktionäre, an der Spitze die Thyssen AG mit 57,5 Prozent, erhalten 3,50 (3) DM Dividende und zusätzlich 1,50 DM Bonus. Die restlichen 14 Mill. DM werden den Rücklagen zugeführt.

Positive Ergebnisse erzielen die Bereiche Marine und Reparatur, während der zivile Schiffbau und Maschinenbau rote Zahlen schrieb. Zum Gesamtumsatz von 1,38 Mrd. DM, der sich um 13 Prozent erhöhte, stiegen die Schiffbau 616 (536 allein Marine), die Reparatur 339 und der Maschinenbau 300 Mill. DM bei.

HAGEDA / Kostendämpfung im Pharmabereich spürbar

Keine Dividende in Sicht

Fy. Düsseldorf

Die zu den führenden Pharma-Großhandelsunternehmen gehörende Hageda AG, Köln, läßt nach einem Jahresüberschuß von 1,4 Mill. DM für 1985 und Verrechnung mit dem Vorjahr von 1,6 Mill. DM „noch keine nachhaltigen Gewinne in nächster Zeit erwarten“. Im Geschäftsjahr fehlt entsprechend jeder Hinweis auf eine nächste Dividendenzahlung; die letzte erfolgte 1979.

Trotz des Branchenumsatz-Zuwachses von 5,5 (4,5) Prozent (preisbereinigt 2,3 Prozent) greifen die Maßnahmen zur Kostendämpfung auf dem Arzneimittelmarkt. Zwar lassen die Diskussionen über mögliche weitere Wege der Kostendämpfung noch keine einschneidenden Auswirkungen auf den Großhandel erwarten, doch würden „weitgehende Ausgrenzungen verordnungsfähiger Arzneimittelgruppen für den Großhandel relevant“. Anhaltend scharf ist auch der Wettbewerb der rund 110

vollsortierten Großhandelsbetriebe in die rund 17 000 Apotheken. Rabatte seien „unvertretbar“ stark gestiegen.

Bei der Hageda haben die Investitions- und Rationalisierungsmaßnahmen 1985 Früchte getragen. Das Unternehmen hat sich in kritischer Anpassungsphase behauptet. Die über dem Branchendurchschnitt liegende Umsatzsteigerung um 10,8 Prozent auf 576 Mill. DM geht überwiegend auf die Übernahme einer Großhandelskette zurück. Der Rohertgang stieg - bedingt durch Umsatzplus und die positive Entwicklung der den Kunden gewährten Rationalisierungsrabatte - auf 52 (46) Mill. DM. Die Kostenstruktur wurde insbesondere durch den Rückgang der Aufwendungen auf 24,8 (25,4) Mill. DM für die auf 723 (787) gesunkene Mitarbeiterzahl verbessert. Den Investitionen von 1 (3) Mill. DM standen 1985 Abschreibungen auf Sachanlagen von 3 (4,2) Mill. DM gegenüber.

BEIERSDORF / Zum dritten Mal hintereinander wird die Ausschüttung auf nun zehn Mark je Aktie erhöht

Aktionäre profitieren vom guten Weltgeschäft

JAN BRECH, Hamburg

Eine Verlangsamung des Umsatzwachstums auf den Inlandsmärkten erwartet Hellmut Kruse, Vorstandsvorsitzender der Beiersdorf AG, Hamburg, für dieses Jahr. Nach der starken Expansion im Berichtsjahr 1985 schätzt Kruse das Plus auf 6,5 Prozent; bei durchschnittlich 1 Prozent Preiserhöhungen entspricht das einem realen Wachstum von 5,5 Prozent. Für die vier Sparten reichen die Planzahlen von 4 Prozent bei cosmed und medical, über 7 Prozent bei tesa bis zu 8 Prozent bei pharma.

Im Ausland, in dem Beiersdorf knapp 60 Prozent des Geschäftsumsatzes erwirbt, soll das Mengenwachstum auf hohem Niveau gehalten werden. Der für das erste Quartal angegebene Umsatzrückgang von 0,5 Prozent ist ausschließlich währungsbedingt und betrifft nur Nordamerika. In Europa liegen die Zuwachsraten mit 10 Prozent deutlich über denen des Inlands. Für das ganze Jahr erwartet Kruse ein nominales Wachstum im Ausland von 3 Prozent. Der Weltumsatz dürfte damit um 4,3 Prozent steigen.

Berücksichtigt man, daß Beiersdorf mit seinen wichtigsten Produktgruppen auf nur noch schwach wach-

senden und hart umkämpften Märkten tätig ist, bleibt das prognostizierte Wachstum stattdessen und bestätigt die überragende Stellung des Unternehmens in seinen Märkten. Die Zuwachsraten läßt 1986 ohnehin nur deshalb niedriger aus, weil Beiersdorf im Berichtsjahr das Umsatzniveau nochmals kräftig erhöht hat. An der weltweiten Wachstumsrate von 8,3 Prozent waren cosmed mit 10 Prozent, medical mit 7, pharma mit 18,4 und tesa mit 8,6 Prozent beteiligt.

Glanztitel blieb das Produktprogramm unter dem Markenzeichen Nivea. Weltweit setzte Beiersdorf mit Nivea-Artikeln 12,5 Prozent mehr ab. Der Umsatz dieser Markenfamilie erreichte mehr als 900 Mill. DM und macht fast ein Drittel des Gesamtumsatzes aus.

Auf hohem Niveau ist auch der Ertrag bei Beiersdorf geblieben, zu dem alle Sparten, wenn auch mit Unterschieden, einen positiven Beitrag geleistet haben. Da sich der Nettogewinn der AG allerdings nur unterproportional zum Umsatz verbesserte, sank die Rendite auf 4,3 Prozent. Im Ausland hielt demgegenüber die stetige Ergebnisverbesserung an. Der Nettogewinn in der Weltbilanz lag

deutlich über 100 Mill. DM. Auch stieg der Cash-flow weiter auf 233 Mill. DM, so daß Beiersdorf kaum Probleme hatte, das weltweite Investitionsprogramm von 169 Mill. DM zu finanzieren.

Die Gewinnentwicklung bei den ausländischen Gesellschaften, die ihre Überschüsse weitgehend thesaurieren, bezeichnet Kruse als den entscheidenden Grund dafür, daß Beiersdorf trotz stagnierender Erträge im Inland zum dritten Mal in Folge die Dividende auf nun 10 DM erhöht. Die Aktionäre, darunter mit jeweils mehr als einer Schachtel die Allianz und die Großrösteri Teichbo, sollten, so Kruse, auch am Weltgeschäft ihres Unternehmens partizipieren (Hauptversammlung am 27. Juni).

Die unternehmenspolitische Strategie bei Beiersdorf bleibt nach den Worten von Kruse unverändert. Mit einem Forschungs- und Entwicklungsaufwand von vier Prozent des Umsatzes soll das klassische Markenartikel-Programm in allen Sparten kontinuierlich verbessert, in der Darbietung modernisiert und durch Innovation erweitert werden. Für die Verteidigung und den Ausbau der Marktpositionen stattet Beiersdorf

GESTRA / Gute Entwicklung im neuen Geschäftsjahr

Auftragseingang gestiegen

WV, Bremen

Die Entwicklung der Gestra AG, Bremen, im neuen Geschäftsjahr verläuft nach den Worten des Vorstandes „wieder gut bis sehr gut“. Die Steigerungsraten im Umsatz belief sich pro April schon auf 18,8 Prozent, für das Geschäftsjahr 1986 erwartet der Vorstand eine Umsatzsteigerung um etwa acht Prozent auf 120 Mill. DM. Nach einem unbefriedigenden Abschneiden 1985 bei der 100prozentigen Tochtergesellschaft Gestra-Strack GmbH hofft die Geschäftsführung für 1986 auf eine Umsatzsteigerung von 20 Prozent auf 33 Mill. DM bei deutlich verbesserter Ertragslage.

Die Entwicklung der Gestra AG, Bremen, war auch 1985 durch starkes Wachstum gekennzeichnet; der Auftragseingang erhöhte sich um sieben Prozent auf 111,2 (104,1) Mill. DM, der Umsatz um über zehn Prozent auf 111,7 (101,4) Mill. DM. Der Jahresüberschuß reduzierte sich allerdings auf 3,2 (4,1) Mill. DM. Dieser Rück-

schrift geht auf einen Forderungsvon in Höhe 5,6 Mill. DM gegenüber Gestra-Strack zurück.

Zur Ertragssteigerung der Gestra AG erklärte der Vorstand die ausgewiesene Ergebnisverschlechterung mit dem Forderungsvon gegenüber der Tochter. Ohne diesen Verzicht hätte der Jahresüberschuß 5,2 (4,1) Mill. betragen, die Umsatzrendite 4,7 (4) Prozent erreicht.

An der deutlichen Aufwärtswendung der Gestra AG waren alle wichtigen Produktbereiche im Armaturenbau für Wärme- und Energietechnik beteiligt. Erste Erfolge brachte auch der 1984 erfolgte Einstieg in die Mikroprozessortechnik. Die breitgefächerte Programmstruktur ermöglichte im Inland einen Umsatzzuwachs von fast neun Prozent, im Exportgeschäft sogar einen solchen um 12,7 Prozent. Der Inlandsanteil am Umsatz belief sich 1985 auf 59 (60) Prozent. Der Exportanteil auf 41 (40) Prozent.

Beiersdorf	1985	±%
Weltumsatz (Mill. DM)	2.918	+ 9,3
dav. Inland	1.207	+ 9,3
Ausland	1.709	+ 9,3
AG-Umsatz davon in %	1.123	+ 8,7
cosmed	33,1	(33,2)
pharma	9,0	(8,5)
medical	21,6	(21,5)
tesa	36,3	(35,9)
Belegschaft	14.006	+ 4,7
Jahresüberschuß (AG)	48	- 1,8
Jahresüberschuß (Welt)	88	+ 0,4
Nettogewinn	67	+ 1,6
in % v. Umsatz	4,3	(4,4)
Nettogewinn Welt	112	+ 10,9
in % v. Umsatz	3,8	(3,8)
Brutto-Cash-Flow	185	- 3,4
Netto-Cash-Flow	130	- 2,9

*Inlandkonzern - Die Bilanzzahlen beinhalten erstmals die Dellmann-Gruppe.

DGZ / Eigenkapitalbedarf für sieben Jahre gedeckt

Viel Dividende und Steuern

cd. Frankfurt

Eine Landesbank, die keine Affäre oder spektakulären Fleiten am Hals hat, die seit Jahren Dividende (sechs Prozent, was dank Steuerfreiheit einem Satz von etwa 15 Prozent entspricht) und reichlich Steuern (für letztes Jahr 99 nach 81 Mill. DM) zahlt - soviel Kontinuität, wie sie die Deutsche Girozentrale Deutsche Kommunalbank (DGZ), Frankfurt, zeigt, muß in der Gruppe schon fast langweilig an.

Sie präsentiert nach einem vom Vorstandsvorsitzenden Ernst-Otto Sandvoß als sehr gut charakterisierten Geschäftsjahr ein um 20 Prozent auf 128,7 Mill. DM verbessertes Ergebnis vor Steuern und ein um 8,7 Prozent auf 152,3 Mill. DM erhöhtes Teilbetriebsergebnis aus dem laufenden Geschäft. Mit den ersten vier Monaten 1986 ist die Bank zufrieden.

Der gute Ertrag, zu dem maßgeblich eine zehnprozentige Steigerung des Zinsüberschusses auf 210 Mill. DM und höhere Eigenhandelsbeiträge beitrugen, erlaubte eine Aufstockung der Risikoabdeckungsquote für die im Auslandsobliegen von 7,2 Mrd. DM enthaltenen, von Sandvoß auf rund eine halbe Mrd. DM bezifferten Engagements in Problemländern von 48 auf 56 Prozent, womit die DGZ im Gewerbe zur Spitzengruppe zählt.

Die offenen Rücklagen werden wieder mit 5 Mill. DM bedacht; damit steigen die laufenden Mittel auf 620 Mill. DM. Die Hauptversammlung hat dieser Tage eine Kapitalerhöhung um

150 Mill. DM zu Paris beschlossen und außerdem die Ausgabe von 150 Mill. DM Genußscheinen genehmigt, die wohl noch in diesem Jahr in der Sparkassenorganisation platziert werden. Mit diesem „Festbescheid“ soll der Eigenkapitalbedarf für etwa sieben Jahre gedeckt werden.

Die Bilanzsumme des Spitzeninstituts der Sparkassenorganisation wuchs zwar 1985 um elf Prozent auf 34 Mrd. DM, aber das hauptsächlich wegen des stichtagsbedingt hohen Volumens des Geldverkehrs mit 6,6 (4,5) Mrd. DM Forderungen. Im Kreditgeschäft erhöhen sich die Forderungen lediglich um 3,5 Prozent auf 20 Mrd. DM mit Schwerpunkt bei den 12,4 Mrd. DM (plus 4,1 Prozent) langfristigen Ausleihungen an öffentliche Stellen, deren Kreditbedarf wegen zunehmender Finanzierung über Anleihen nachläßt.

Als teilweisen Ersatz für fehlendes, vor allem öffentliches Kreditgeschäft betrachtet die DGZ ihren um 10 Prozent auf 5,9 Mrd. DM aufgestockten Rentenbestand, den sie im übrigen zur liquiditätsmäßigen Absicherung des Geldverkehrs benötigt.

Die Refinanzierung der DGZ wurde durch den Bruttoabsatz von 5,5 Mrd. DM Eigenemissionen und die Aufnahme von netto 1,5 Mrd. DM langfristigen Darlehen bestreitet. Auf diese Weise wurde, wie Sandvoß sagte, die Refinanzierung der langfristigen Kredite und des Wertpapierbestandes durch Geldmarktmittel weitgehend abgebaut.

BINDING / Dividenden- und Kapitalerhöhung

Erfolg mit Spezialitäten

adh. Frankfurt

Auch die Frankfurter Binding-Brauerei würde natürlich gerne in diesem Jahr die Bierpreise erhöhen, nachdem der deutsche Markt seit Jahren schon keine Mühe mehr aufweist. Das wird vermutlich auch in diesem Jahr nicht anders sein, denn der Wettbewerb der Bierbrauer untereinander ist unverändert hart. Daß Binding trotzdem im vergangenen Jahr weiter gut vorangekommen ist und auch für dieses Jahr festhalten kann, „Absatz und Erlöse entwickeln sich positiv“, liegt vor allem an der „ertragsorientierten, auf kontinuierliche Markenführung gerichteten Absatzpolitik“.

Binding hat nämlich rechtzeitig (und mit Erfolg) auf „ertragsreichere“ Spezialitäten gesetzt. Auch im vergangenen Jahr wuchs der Umsatz damit (plus 54 Prozent auf 206 Mill. DM) stärker als der gesamte Bierumsatz (plus 3,7 Prozent auf 351,5 Mill. DM). Insgesamt wuchs der Umsatz der AG

1985 um 3,4 Prozent auf 423,3 (409,3) Mill. DM. Den Ausstoß nennt Binding aus Konkurrenzgründen seit Jahren nicht mehr, Schätzungen rechnen mit gut 2,8 Mill. hl, darunter im vergangenen Jahr 250 000 hl alkoholfreies Bier, mit dem Binding besonders im Export große Fortschritte macht.

Bei einer um 4,3 Prozent auf 1123 (1174) Mitarbeiter gesunkenen Beschäftigtenzahl schließt die Erfolgsrechnung der AG mit 7,7 (7,2) Mill. DM Jahresüberschuß. Die Investitionen von 49,4 (46) Mill. DM wurden wie in den Vorjahren eigenfinanziert. Die Aktionäre (zu gut 60 Prozent Oetkerbeteiligung) beteiligt Binding mit 8 DM je Stamm- und 9 DM je Vorzugsaktie (im Vorjahr waren 7 und 8 DM plus jeweils 1 DM Bonus gezahlt worden). Ferner soll die Hauptversammlung am 2. Juli über 3 Mill. DM bzw. 5,35 Mill. DM genehmigten Stummbezugsanleihe Vorzugsaktien beschließen, damit will sich das Unternehmen für eventuelle Zukäufe rüsten.

UNTERNEHMEN UND BRANCHEN

Wella: Wieder 9 Mark

Darmstadt (adh.) - Eine unveränderte Dividende von 9 DM je Vorzugs- und 6 DM je Stammaktie schlägt die Wella AG, Darmstadt, der Hauptversammlung am 11. Juli vor. Die freien Rücklagen sollen aus dem auf 24,3 (20) Mill. DM gestiegenen Jahresüberschuß mit 5,6 (1,6) Mill. DM deutlich stärker dotiert werden als im Vorjahr; damit soll weiteres Wachstum abgesichert werden. 1985 stieg der AG-Umsatz auf 538,5 (494,6) Mill. DM.

Ravensberger zahlt nichts

Bielefeld (adh.) - Keine Ausschüttung auf ihr 2-Mill.-DM-Grundkapital kündigt die Ravensberger Spinnerei AG, Bielefeld, für 1985 an. Das Unternehmen hatte 1984 einen noch bestehenden Verlustvortrag abgebaut und erstmals nach acht dividendelosen Jahren wieder vier Prozent ausgeschüttet.

Neuer Weinriese

Trier (der.) - In Trier formiert sich eine bemerkenswerte deutsch-französische Kooperation im Wein- und Sektebereich. Die Trierer Reb-Gruppe (Faber-Sekt, Weingut Reichsgraf von Kesselstatt) hat zusammen mit der an der Börse notierten französischen Weinfirma Grands Vins Jean-Claude Boisset S. A. (Nuits-St-Georges) die Louis Deschamps GmbH mit Sitz in Trier gegründet. Boisset wird im laufenden Geschäftsjahr einen Umsatz von circa 365 Mill. Franc erzielen. Die neue Gesellschaft, deren deutscher Geschäftsführer der frühere Pieroth-Gesellschafter und jetzige Generalbevollmächtigte bei der Reb-Gruppe Adolf Huber ist, plant den weltweiten Ausbau eines gemeinsamen Vertriebs deutscher und französischer Weine und Sekte.

WFG-Beteiligung

Frankfurt (VWD) - Eine Beteiligung von 25 Prozent am Stammkapital der Computer 2000 GmbH, München, hat die von deutschen Banken getragene WFG - Deutsche Gesellschaft für Wagnis-Kapital mbH, Frankfurt, übernommen. Das Münchner Unternehmen mit 50 Mitarbeitern vertreibt zusammen mit der im Verbund stehenden Software 2000 GmbH und Tochter in Zürich und Wien über den Fachhandel Hard- und Software-Zusatzprodukte namhafter US-Hersteller in der Bundesrepublik, Österreich und der Schweiz. Im Ge-

schäftsjahr 1985/86 (30.9.) wird eine Steigerung des Umsatzes um 50 Prozent auf 54 Mill. DM erwartet. Der Ertrag im letzten Geschäftsjahr wird als gut bezeichnet. Nach WFG-Angaben ist die Umwandlung der mit 1,9 Mill. DM Stammkapital ausgestatteten Computer 2000 GmbH in die Rechtsform der Aktiengesellschaft geplant.

Pegulan-Neuordnung

Frankenthal (dpa/VWD) - Die Pegulan-Gruppe, die über die Batig-Gesellschaft für Beteiligungen mbH zum britischen BAT-Konzern gehört, wird neu geordnet. Die Pegulan-Werke AG, Frankenthal, konzentriert sich künftig wieder auf ihr angestammtes Geschäft der Textil-, Kunststoff- und Keramikbelle sowie der PVC-Folien. Die Pegulform-Werke GmbH, Bötzingen, die Formteile für die Autindustrie herstellt, wird von der Batig übernommen. Darüber hinaus wird die Hüppe-Gruppe, Oldenburg, in die direkte Verantwortung der Batig zurückgeführt. Die Pegulan-Gruppe hat 1985 rund 1,34 Mrd. DM umgesetzt.

FFZ stagnierte

Frankfurt (cd.) - Die Fortfärbung und Finanz AG (FFZ), Zürich, Tochter der

HORNSCHUCH/ Weiterer Umsatzzuwachs angestrebt

Kunststoffprodukte gefragt

WERNER NEITZEL, Heilbronn
Mit dem Rückenwind einer etwas flatternden Konsumgüterkonjunktur sieht die Konrad Hornschuch AG, Weisbach/Württ., die zu den bedeutendsten Herstellern von Kunststoff- und Kunststoffverarbeitungsprodukten zählt, für das laufende Geschäftsjahr 1986 einen Umsatzzuwachs in der Größenordnung von 5 Prozent sowie eine weitere Verbesserung des Ergebnisses an. Im Zuge der Neuorientierung des Unternehmens hin zu mehr Marktstärke wurde kürzlich der Vertrieb der Gesellschaft in die drei Bereiche Modetextilien, technische Folien sowie Endverbraucherprodukte umorganisiert. Auf diese Sektoren entfällt jeweils rund ein Drittel des Umsatzes.

Im Geschäftsjahr 1985 hat Hornschuch den Umsatz um 5,5 Prozent auf fast 222 Mill. DM ausgeweitet. Wie in den Vorjahren resultierte dieses Wachstum hauptsächlich aus dem erfolgreichen Abschneiden der Sparte Verarbeitete Produkte, das sind Kunstleder und Folien sowie Rolllstoffe und andere Flächenerzeugnisse aus Kunststoff und Textil für die industrielle Weiterverarbeitung, in der man erneut eine zweistellige Wachstumsrate erzielt hat. Demgegenüber verringerte sich der Umsatz im Handelsortiment bei den Marken „d-e-f-i-x“ und „sol-pal“ um 3 Prozent, was Vorstandssprecher Helmut Menges mit dem veränderten Produktmix bei Tischbelägen aus Kunststoff begründet. Die Textil-Division (Marke „small“) kam auf einen Umsatzzu-

wachs von 1,5 Prozent. Die Exportquote verringerte sich leicht auf 34,4 (36) Prozent.

Die zweitgrößte Vertriebs-tochter in den USA wurde im zweiten Quartal des vergangenen Jahres „wiederbelebt“, schrieb aufgrund der Anlaufkosten und des schwachen Dollarkurses rote Zahlen. Positive Betriebsergebnisse erwirtschafteten die Vertriebsstöchter in Italien, Großbritannien und der Schweiz.

Mit Stolz verweist das Management auf die verbesserte Ertragsituation des Gesamtunternehmens. Nachdem Hornschuch erstmals in vollem Maße gewerbesteuerpflichtig geworden ist, stieg der Steueraufwand auf 3,4 (2,9) Mill. DM. In diesem Jahr wird das Unternehmen auch voll körperschaftsteuerpflichtig werden, womit sich die Reklie aus früheren verlustreichen Jahren dann endgültig verflüchtigt haben. Für das Berichtsjahr wird ein auf 3,1 (2,1) Mill. DM erhöhter Jahresüberschuss ausgewiesen. Der HV am 9. Juli wird für 1985 die Ausschüttung einer unveränderten Dividende von 5 DM je 50-DM-Aktie vorgeschlagen. Am Grundkapital von 30,8 Mill. DM ist die Konzerngruppe, Geschwindigkeit mit 51 Prozent beteiligt.

Investiert wurden 7,2 (11,9) Mill. DM und abgeschrieben 6,6 (6,0) Mill. DM. Für das laufende Jahr sind 12 Mill. DM Investitionen vorgesehen. Die kurzfristige Verschuldung wurde kräftig zurückgeführt, die Eigenmittellquote erhöhte sich auf 39,1 (36,4) Prozent. Beschäftigt werden knapp 1500 Mitarbeiter (minus 5 Prozent).

MANNESMANN/ Bei Akquisitionen „gewappnet auch für größere Dinge“ - 500 Mill. DM Optionsanleihen-Plan

Neben dem Röhrenschatten überwiegt das Licht

J. GEHLHOFF, Düsseldorf

Gut 40 Prozent ihres auch 1985 kräftig gewachsenen Weitemsatzes machte die Mannesmann AG, Düsseldorf, wiederum praktisch ohne Gewinn. Aber nur wenig mehr als ein Viertel ihres weltweit nochmals rasant gestiegenen DVFA-Nettoergebnisses braucht die Holding des „Technologiekonzerns“, um ihren 180 000 Eigentümern von 1,18 Mrd. DM gewinnberechtigtem Aktienkapital (darunter 60 000 Belegschaftsaktien) zur Hauptversammlung am 8. Juli für 1985 die Rückkehr zu dem bis 1982 gewohnten Dividendensatz von 6 (4) DM vorzuschlagen.

Das sei „angemessen“, sagt Vorstandsvorsitzender Werner H. Dieter. „Da die Umstrukturierung des Konzerns noch nicht abgeschlossen und vor allem die Ertragslage der Röhrenwerke noch nicht stabilisiert ist, wäre eine höhere Ausschüttung nicht zu vertreten gewesen.“ Die beiden Schwerpunkte der künftigen Konzernstrategie sind damit in ihren aktuellen Licht- und Schattenseiten umrissen.

Zur Schattenseite: Die hauptsächlich auf den Großraum Düsseldorf/Duisburg konzentrierten Mannes-

mannröhren-Werke AG (nur Thyssen als 25-Prozent-Partner an 500 Mill. DM Aktienkapital ist da mit 6 Prozent Mindest-Garantiedividende geschützt) kamen 1985 mit Plusraten von 14 Prozent auf 3,7 Mill. t Rohstahl, von 17 Prozent auf 2,9 Mill. t Röhren und von 17 Prozent auf 5,7 Mrd. DM Gruppenumsatz nach 218 Mill. DM Vorjahresverlust (1983: 180 Mill. DM Verlust) gerade erst auf ausgeglichene Rechnung.

Im laufenden Jahr dreht sich das schon wieder ins Negative. Mit Subventionen amortisiert aufbaute Überkapazitäten, Dollarschwäche und Investitionsstärkung der Ölpreisverfall trieben den Konzern zu dem unlängst veröffentlichten Entschluss, die heimische Röhrenproduktion auf eigener Stahlbasis aus strukturell den kleineren Absatzchancen anzupassen, 500 Mill. DM Kosten einzusparen und bis Ende 1987 hier die Zahl der Inlandsarbeitsplätze um 6500 oder um ein Viertel (mit noch nicht beziffertem Einmal-Aufwand) abzubauen.

Danach soll, betont Dieter, der unverzichtbare Röhrenbereich wieder ein „vernünftiges“, in „Normaljahren“ auch Ertrag bringendes „Kon-

zernbein“ sein. Mehr Gewicht legt er in seinem Kommentar zur Strategie auf die anderen, ertragskräftigen und wachstumsträchtigen Bereiche des Konzerns. Mit gutem Grund.

Der Jahresüberschuss stammte 1985 zu 33 Prozent aus den Maschinenbau-Bereichen des Konzerns. Gleichfalls 33 Prozent steuerten die Gruppen Elektrotechnik/Elektronik bei. Rund 32 Prozent kamen von der Gruppe „Brasilien“ (Stahl, Röhren, Maschinenbau) mit 1,4 (1,2) Mrd. DM Umsatz, wo anders als daheim auch das Stahl-/Röhrengeschäft (konstant 0,74 Mill. t Rohstahl und um zwölf Prozent auf 0,43 Mill. t gesteigerte Röhrenproduktion) Freude macht und kräftig expandiert.

Alle diese Produktgruppen sieht der Vorstand auch 1986 im Aufwind. Die im ersten Quartal von 1986 eingetretenen Minusraten des Konzerns von fünf Prozent beim Umsatz und sogar 17 Prozent beim Auftragseingang seien hauptsächlich auf Währungseffekte (Dollarschwäche, Cruzado-Abwertung) zurückzuführen. Der Ertrag liege auf Vorjahresniveau. Aus heutiger Sicht werde auch der 1986er Abschluss „zufriedenstellend“ sein.

Folgerichtig will Mannesmann sei-

ne ertragsstarken Säulen nicht nur mit den 1986 weiter steigenden Sachinvestitionen noch ausbauen. Auch nach Akquisitionen zur Stärkung und Erweiterung dieser Geschäftsfelder hält man bis nach Übersee eifrig Ausschau. Man sei da „auch für größere Dinge gewappnet“.

In der Tat: Die Weltbilanz zeigt nun rund 1,3 (1,1) Mrd. DM flüssige Mittel. Dazu kommen nur knapp 400 Mill. DM Erlös aus der Februar-Kapitalerhöhung auf 1,27 Mrd. DM. Zudem sollen die Aktionäre jetzt die Ermächtigung zur Emission von bis zu 500 Mill. DM Optionsanleihen mit 125 Mill. DM „bedingtem Kapital“ geben.

Mannesmann (Welt)	1985	±%
Umsatz (Mill. DM)	18 170	+15,2
Auslandanteil (%)	67	(80)
Rohstahl (1 000 t)	4 413	+10,7
Röhren (1 000 t)	3 330	+10,0
Belegschaft (31.12.)	107 804	+4,0
Personalaufwand	6 105	+6,8

Gesamtinvestitionen	831	-10,6
Sachinvestitionen	759	+9,8
Cash flow *)	1 524	+20,1
Nettoergebnis *)	508	+61,3
Jahresüberschuss	256	+36,2
AG-Ausschüttung	141	+51,9

*) Darin 5,5 (5,3) Mrd. DM von Auslandsstöckern; *) nach Steuern; *) nach DVFA 21 (21) DM je Aktie plus 27 (28) Mill. DM für Konzernumdeute.

WESTFALIA SEPARATOR

Impulse durch Exportausweitung

hdt. Oelde

Rund die Hälfte des Umsatzrückganges im Vorjahr konnte die Westfalia Separator AG, Oelde, 1985 wieder aufholen, da das Gesamtvolumen um 4,6 Prozent auf 400,0 (382,3) Mill. DM stieg. Wachstum gab es auf dem Inlandsmarkt allerdings nur im Bereich Zentrifugen, wo der Anlagenbau weiter an Bedeutung gewinnt. Hier nahmen die Bestellungen erheblich zu, der Auftragsbestand erhöhte sich um 40 Prozent. Der Unternehmensbereich Landtechnik, in dem im Vorjahr wegen der Investitionszurückhaltung der Landwirtschaft die größten Einbrüche erfolgten, vermeldet dagegen weiterhin Stagnation. Auch der Auftragsbestand aus dem Inland und aus den EG-Ländern war hier wieder rückläufig. Positive Ergebnisse kamen insgesamt vor allem aus dem

Anzeige

Nutzen Sie alle Ihre Berufs-Chancen:
Viele Stellenanzeigen für Fach- und Führungskräfte bietet Ihnen jeden Samstag

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Export, dessen Anteil am Gesamtumsatz auf 70 (68) Prozent stieg. Ausgezahlt haben sich inzwischen die Bemühungen um den chinesischen Markt, der bereits den vierten Rang unter den Exportmärkten einnimmt.

Erstmalig erstellte Westfalia Separator eine Konzernbilanz, bedingt durch die Übernahme der Steiner Rührtechnik GmbH, Warburg. Sie weist einen Umsatz von 405,4 Mill. DM aus. Investiert wurden 1985 in Sachanlagen 16,7 (17,2) Mill. DM, als Jahresüberschuss werden 11,4 (11,5) Mill. DM ausgewiesen, von dem nach Einstellung in die Rücklagen in die im Vorjahr einen Bilanzgewinn von 5,75 Mill. DM verbleibt, aus dem die unveränderte Dividende von sechs Prozent gezahlt werden soll. Die Zahl der Mitarbeiter hat sich zum Jahresende leicht um 74 auf 2700 erhöht.

KONKURSE

Konkurse eröffnet: Berlin: Nachl. d. Klaus Geier; Jäh. d. Firmen Alfred Franck und Hobby shop; Bochum: Grund Lüttke; Friedrich-Wilhelm Boltz; Heilbronn: Nachl. d. Lore Luise Röhler; Bietigheim-Bissingen: Karschner; Hans Werner Beckowski; Baden-Baden: Autostar Vogel GmbH & Co. KG; Ettlingen: Langen; Franzen GmbH Verpackungsmaschinen; Dreieich-Spremlingen; Morsbach: Nachl. d. Rudolf Paul Bialig; Buchen-Göttingen; Tauberhirschbach: Gerhard Wagner GmbH; Wertheim: Wagner Grabmale GmbH; Wertheim: Gerhard Wagner KG; Wertheim: Veschta; Dr. Hermann Siemer GmbH; Vechta-Spreida; Süßmeyer; Dr. Hermann Siemer GmbH & Co.; Vechta-Spreida; Witten: Dr. med. Kamal Rouschdy.
Vergleich eröffnet: Balingen: Gütergemeinschaft der Eheleute Ludwig und Anna Ludolph geb. Sauter; Balingen-Fronmeyer; Weisingen: Kurt Ludwig, Morchen.

NAMEN

Hans-Joachim Reichert, Generalbevollmächtigter der Deutschen Girozentrale-Deutsche Kommunalbank (DGZ) wurde mit Wirkung vom 1. Juli zum ordentlichen Vorstandsmitglied der DGZ bestellt.
Edmund Sorg, Direktor der Elektrotechnik-Werke in Fürth/Bayern, feiert am 29. Mai seinen 70. Geburtstag.
Fritz Radert, von 1959 bis 1967 Vorstandsmitglied der Dresdner Bank, vollendet am 30. Mai das 85. Lebensjahr.
Manfred Broska, Mitglied der Vorstände der Deutschen Beamten-Versicherungs-Gruppe, Wiesbaden, ist zusätzlich zum Mitglied der Vorstände der Unternehmen der Partner-Gruppe, Offenbach, ernannt worden.

Glückskele brachte Umsatzzuwachs

dpa/VWD, Bielefeld

Die Allgäuer Alpenmilch AG, München, Teilkonzern der Nestlé-Gruppe, hat ihren Gesamtumsatz durch den Zukauf der Glückskele GmbH 1985 auf knapp 1,7 Mrd. DM gesteigert; das waren 17 Prozent mehr als im Vorjahr. Wie Vorstandsvorsitzender Hans Kalscheuer in Bielefeld (Ostallgäu) erklärte, ist der Export „deutlich angestiegen“; 1985 wurden 28 Prozent des Gesamtumsatzes (474 Mill. DM) außerhalb der Bundesrepublik erzielt. Den Bilanzgewinn für 1985 gab Kalscheuer mit 18,8 Mill. DM an. Investiert wurden 42 Mill. DM. Beschäftigt werden derzeit 4992 Mitarbeiter.

Der Inlandsmarkt für Milchprodukte sei leicht geschrumpft, sagte Kalscheuer. Kindernahrung verzeichnete ein rund zweiprozentiges Plus, während andere Produktgruppen wie Feinkost stabil geblieben seien.

KREDITANSTALT FÜR WIEDERAUFBAU / Dritte Welt ein guter Schuldner

Voll-Finanzierung ohne Hermes angeregt

INGE ADHAM, Frankfurt

„Bessere“ Schuldner finden eine Finanzierung beim Einkauf langfristiger Anlagegüter mit Hermes-Dekung zu teuer. Sie nutzen die für sie ergiebigen internationalen Kapitalmärkte und die neuen Finanzierungsinstrumente. Olmehin, so Gerhard Götze vom Vorstand der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW), geht die Exportfinanzierung für langfristige Anlagegüter zurück.

Dem zur bekannten Zurückhaltung der Öilländer und anderer potentieller Kunden ist noch eine aus der Verschuldungsproblematik resultierende Zurückhaltung der Bundesregierung bei der Vergabe von Hermes-Deckungen getreten. Die Folge dieser Faktoren: Den traditionellen Exportfinanzierern bläst der Wind kräftig ins Gesicht, so Götze.

Als „Denkanstoß“ will er seine An-

regung gewertet wissen, „guten“ Ländern auch ohne Hermes eine Hundertprozentfinanzierung zu gewähren (die KfW wäre dazu bereit und in der Lage). Bei schwächeren Ländern wäre seiner Ansicht nach trotz des Risikos eine ebenfalls komplette Finanzierung notwendig, die üblichen rund 15 Prozent An- und Zwischenzahlungen bereitet dort häufig Probleme. Zudem sollte man über Freigabe bis zum Anlauf der gelieferten Anlage nachdenken. Götze sah ein solches Vorgehen als „marktgerechten“ Beitrag zur Entlastung der Schuldnerländer.

Bei ihrer Anregung zeigt die KfW übrigens nicht tollkühnen Mut unter Verkenntung sämtlicher Risiken, sie hat kaum ausstehende Fälligkeiten. Und auch den Entwicklungsländern bescheinigt Vorstandsmittglied Richard Brantner den „Willen, ihren

Verpflichtungen nachzukommen“: 95 Prozent des Zins- und Tilgungssolls solcher Länder aus 1985 sind bei der KfW bisher eingegangen.

Das Institut, das im vergangenen Jahr insgesamt 14,6 (14,1) Mrd. DM Kredite und Zuschüsse, darunter 2,3 (3,6) Mrd. DM für Entwicklungsländer, zusagte, hat wieder gut verdient. Trotz der Verdopplung auf 6,6 Mrd. DM der aus eigenen Mitteln zinsverbilligten Kredite - sie kommen vor allem kleineren Unternehmen zugute - stieg das Betriebsergebnis wiederum um gut ein Drittel, was die Bank zur Reservenbildung und Kapitalanreicherung nutzte.

Bei der Refinanzierung (8,4 Mrd. DM, in diesem Jahr wird eine ähnliche Größe erwartet) stehen nach dem Wegfall der Kuponsteuer ausländische Anleger stärker im Blickpunkt.



Die Arbeit von 186.326.777.843 Mark und 79 Pfennig.

Die wirtschaftliche Entwicklung zu begleiten, private und öffentliche Initiativen zu fördern, Innovation zu finanzieren: das sind grundlegende Ziele unserer Arbeit.
Für 1985 bedeutet dies ein Geschäftsvolumen von 186 Milliarden Mark. Dahinter stehen Investitionen mittlerer und großer Unternehmen, Exportfinanzierungen für Anlagen und Ausrüstungen, Bauvorhaben privater

WestLB Konzern	1985	1984
Geschäftsvolumen	186.327 (184.834) Mio. DM	
Bilanzsumme	142.109 (141.494) Mio. DM	
Kapital und Reserven	4.032 (3.997) Mio. DM	
Betriebsergebnis	1.007 (959) Mio. DM	
Rücklagen	30 (30) Mio. DM	
Konzerngewinn	34 (17) Mio. DM	

Bauherren, Dienste und Beratungen für nationale und internationale Kunden. Und die Projekte des Landes Nordrhein-Westfalen und seiner Gemeinden.
Private und institutionelle Investoren im Inland wie im Ausland halten WestLB-Festverzinsliche in einem Volumen von über 60 Milliarden Mark. Sie sind ein wichtiger Baustein für die Finanzierungsstärke der WestLB und für den Sparkassenverbund.

Wir haben für öffentliche Fördermaßnahmen in Nordrhein-Westfalen mit moderner Technik neue Orientierungshilfen geschaffen. Nicht das einzige Feld, in dem unsere Mitarbeiter auf neue Technik zurückgreifen. So entstehen neue Produkte, schneller Service und mehr Freiraum für das Gespräch mit dem Kunden.
Und darauf kam es uns auch 1985 an.

WestLB
Die Bank Ihrer Initiativen.

Westdeutsche Landesbank
Girozentrale Düsseldorf, Münster
Bielefeld, Dortmund, Essen, Köln,
Büro Frankfurt

Rentenmarkt ohne Linie

Rentenmarkt ohne Linie

Rentenmarkt ohne Linie

Auf dem Rentenmarkt konnte sich keine einheitliche Tendenz durchsetzen. Bei den länger laufenden Bundesrenten kam es zu kleineren Schwankungen. Bundesobligationen lagen bis zu 0,20 Prozentpunkte fest. Rentabilität beruht noch immer in der Beurteilung der 30-jährigen Trajekte der neuen Bundesländer. Die DM-Auslandsemissionen blieben unverändert, auch wie vor ist dieser Sektor durch nicht absehbare Emissionen verstopft.

[illegible][illegible][illegible]

Süd-Factoring GmbH
 Tochtergesellschaft der
Landesbank Stuttgart
 Lautenschlagerstr. 20 · 7000 Stuttgart 1 · Tel. (0711) 20 49 72 · Telex 7 22 804 stf

Ihr Erfolg!

Liquidität und Rentabilität mit Süd-Factoring.

Wir, die Süd-Factoring, haben viel mit Ihrer Branche zu tun!

- Wir bezahlen Ihre Forderungen sofort
- Wir übernehmen das Ausfallrisiko zu 100 %
- Wir führen Ihre Debitorenbuchhaltung

Was ist Factoring?
 Wie funktioniert Factoring?
 Warum Factoring mit Süd-Factoring?

Fordern Sie unser Handbuch für Factoring mit detailliertem Fragebogen an.





Süd-Factoring GmbH

Coupon

Firma _____

Name _____

Anschrift _____

Telefon _____

Bilanz '85

NETTOGEWINN
643 Millionen DM (*)

in Millionen DM (*)

Flüssige Mittel und täglich fällige Forderungen	18.010
Forderungen aus Krediten	36.191
Wertpapiere und Beteiligungen	15.412
Grundstücke, Gebäude, Betriebs- und Geschäftsausstattung	1.253

in Millionen DM (*)

Verbindlichkeiten	62.640
Eigenmittel	3.984
Kreditrisikorücklagen	988
Fonds für wohltätige, kulturelle und öffentliche Zwecke	41

(*) Umrechnungskurs vom 31.12.1985
(1 DM = 632,85 Lire)

Filialen in Deutschland:
Frankfurt am Main - Schillerstr. 26 - Tel. (069) 2160-0
München - Promenadeplatz 11 - Tel. (089) 227286

13

en und Preise von

[illegible]

Name: _____
 Straße: _____
 PLZ: _____ Ort: _____ DW 2805

PROBLEME LÖSEN PER KOPIE.

TOSHIBA

K O P I E R E R



Renten-Optionshandel

Renten-Optionshandel

OKT86-108/1,5G;
III (91): OKT86-


FINANZIEREN

HAAKE-BECK BRAUEREI AG, BREMEN

1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21	22	23	24	25	26	27	28	29	30	31	32	33	34	35	36	37	38	39	40	41	42	43	44	45	46	47	48	49	50	51	52	53	54	55	56	57	58	59	60	61	62	63	64	65	66	67	68	69	70	71	72	73	74	75	76	77	78	79	80	81	82	83	84	85	86	87	88	89	90	91	92	93	94	95	96	97	98	99	100	101	102	103	104	105	106	107	108	109	110	111	112	113	114	115	116	117	118	119	120	121	122	123	124	125	126	127	128	129	130	131	132	133	134	135	136	137	138	139	140	141	142	143	144	145	146	147	148	149	150	151	152	153	154	155	156	157	158	159	160	161	162	163	164	165	166	167	168	169	170	171	172	173	174	175	176	177	178	179	180	181	182	183	184	185	186	187	188	189	190	191	192	193	194	195	196	197	198	199	200	201	202	203	204	205	206	207	208	209	210	211	212	213	214	215	216	217	218	219	220	221	222	223	224	225	226	227	228	229	230	231	232	233	234	235	236	237	238	239	240	241	242	243	244	245	246	247	248	249	250	251	252	253	254	255	256	257	258	259	260	261	262	263	264	265	266	267	268	269	270	271	272	273	274	275	276	277	278	279	280	281	282	283	284	285	286	287	288	289	290	291	292	293	294	295	296	297	298	299	300	301	302	303	304	305	306	307	308	309	310	311	312	313	314	315	316	317	318	319	320	321	322	323	324	325	326	327	328	329	330	331	332	333	334	335	336	337	338	339	340	341	342	343	344	345	346	347	348	349	350	351	352	353	354	355	356	357	358	359	360	361	362	363	364	365	366	367	368	369	370	371	372	373	374	375	376	377	378	379	380	381	382	383	384	385	386	387	388	389	390	391	392	393	394	395	396	397	398	399	400	401	402	403	404	405	406	407	408	409	410	411	412	413	414	415	416	417	418	419	420	421	422	423	424	425	426	427	428	429	430	431	432	433	434	435	436	437	438	439	440	441	442	443	444	445	446	447	448	449	450	451	452	453	454	455	456	457	458	459	460	461	462	463	464	465	466
---	---	---	---	---	---	---	---	---	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----

gewinn-

gewinn- bringenden Ideen graben müssen?



Repräsentant in Deutschland: Merrill Lynch AG

2000 Hamburg 1 • Paulstraße 3
Telefon 040 - 321491

4000 Düsseldorf • Karl-Arnold-Platz 2
Telefon 0211 - 45810

6000 Frankfurt / Main • Ulmenstraße 30
Telefon 069 - 71530

7000 Stuttgart 1 • Kronprinzstraße 14
Telefon 0711 - 22200

8000 München 2 • Promenadeplatz 12
Telefon 089 - 230360

Siehe senden Sie mir kostenlos Ihren Bericht
"Le Chasseur a la Chasse" in deutscher Sprache

W 10

Name _____

Straße _____

Ort _____

Telefon _____

Auf breiter Front deutliche Kurseinbußen

Zuschriften erbeten unter Y 2429 an WELT-Verlag, Postfach
10 08 64, 4300 Essen.

Ab Samstag einen Monat lang ein Fußball-Marathon, auch wenn die Deutschen früh ausscheiden

Der Ball ist rund – das Spiel dauert 172 Stunden

Während der Fußball-Weltmeisterschaft in Mexiko vom 31. Mai bis 29. Juni gibt es Fußball total im Fernsehen: 172 Stunden, davon 97 live, werden ARD und ZDF berichten. 1982 in Spanien waren es 212 Stunden. Der Spielplan ist so gestaltet, daß ein Spiel immer abends um 20 Uhr MESZ gezeigt werden kann, ein weiteres beginnt um Mitternacht. An der Planung, so sagt das ZDF, wird sich auch nichts ändern, falls die deutsche Mannschaft frühzeitig ausscheidet (womit nicht nur Beckenbauer rechnet). Denn, so zeigen Erfahrungen bei der Europa-Meisterschaft 1984 und bei der WM in Argentinien: die Einschaltquoten bei den restlichen Spielen lagen durchweg noch über 35 Prozent.

Die privaten Anbieter, die bei Länderspielen und Pokalspielen-Übertragungen in letzter Zeit klotzen, sind in Mexiko bescheiden. RTL-Plus

steigt neben seinem täglich fünfminütigen WM-Stammtisch (18.15 Uhr) vom Halbfinale an live ein. SAT 1 ist für die verkabelten Haushalte in Zusammenfassungen täglich von 18.45 bis 19.05 Uhr am Ball, mit allen Toren und Elfmessern. Ansonsten bietet der Privatkanal ein Kontrastprogramm mit Spielfilmen.

Die totale Fernseh-Berichterstattung – 39 der 52 WM-Begegnungen, darunter alle deutschen Spiele, werden live übertragen, die restlichen 13 als „Konserven“ angeboten – hat einen stolzen Preis. Der Mexiko-Anteil von ARD und ZDF an den von der European Broadcasting Union (EBU) für 58,5 Millionen Mark erworbenen Rechte beträgt 14 Millionen Mark, jeweils sechs Millionen Mark für beide Fernsehanstalten sowie zwei Millionen Mark für die Übertragung im ARD-Hörfunk. Die Kostenexplosion verdeutlichen zwei Zahlen: 1974 in der Bundesrepublik zahlte die Euro-

vision sechs Millionen, 1978 in Argentinien acht Millionen Mark.

„Eine horrend Summe in Mexiko“, klagt ARD-Teamchef Rudi Michel, der sich auch nur zähneknirsch mit den von den Mexikanern zusätzlich verlangten 4125 Dollar pro Kommentatoreinsatz im Stadion abgefunden hat.

Die Mannschaft der ARD (Fernsehen und Hörfunk) setzt sich aus 30 Journalisten und 24 Technikern zusammen. Das ZDF entsendet unter der Federführung von Reinhard Appel 21 Redakteure und 23 zusätzliche Kräfte. Probleme mit unterschiedlichen Technik-Systemen wurden vom ZDF durch den Ankauf eines kompletten Studios beseitigt, das von beiden Anstalten benutzt wird. Über zwei Satelliten gehen die Fernsehbilder in die ganze Welt.

Wie schon bei Olympischen Spielen und Fußball-Weltmeisterschaften bewährt, wechseln sich ARD und

ZDF in der täglichen Berichterstattung ab. Die ARD beginnt mit der Eröffnungsfeier und dem Spiel Italien – Bulgarien am Samstag. Das ZDF zeigt am 29. Juni das Endspiel. Dazwischen liegen neben den kompletten Spielübertragungen Magazinssendungen zu festgelegten Sendzeiten: „Mexiko gestern und heute“ (18.15 Uhr) in der ARD, sowie „Mexiko-Extra“ (13.15 Uhr) im ZDF.

Nach dem Vorbild der letzten Olympischen Spiele bringen ARD und ZDF ein WM-Frühstücksfest: „Guten Morgen, Mexiko“ wünscht das ZDF mit Berichten vom Vortag und der Nacht von 6.00 Uhr bis 9.00 Uhr mit 30-Minuten-Beiträgen, die fünfmal wiederholt werden. „Von sechs bis neun“ heißt die vergleichbare ARD-Sendung, für die als Mundstärker der saarländische Mundart-Kabarettist Gerd Dudenhöfner engagiert wurde. (dpa)

KRITIK

Einbeuteln und wegwerfen

Es fliehet kein Klischee: Hape Kerkeling, Pausenclown der ARD-Sendung Känguru, ist eine Feinlichkeit, deren Lieblingsrolle, die greisende Göre Hannlein, sich schmalpurig als Kalauer-Azubi durch die Sendung laviert. Klar, da darf natürlich nicht vom Playback zu Kerkelings Lippen das Strauß-Imitat fehlen, auch nicht die ausgelatschte Nummer mit dem Streicher-Ensemble und dem falschen Cellisten, auch nicht die Oma, die dem Rocker das Handtäschchen kauft. Alle diese Intermezzi waren dazu angetan, die wenigen musikalischen Höhepunkte totzuschlagen im Gelächter aus der Konserve. Schade um Sting, schade vor allem um Annabel Lamb, deren Jazz-freundlicher Song viele vokale Klimmzüge bot; nicht schade um BAP (nun auch mit farbigen Choristinnen) und den konzulsivisch zukunfts Herbert Grönemeyer, dessen Texte auch bei größtem Wohlwollen kaum noch zu begreifen sind.

So bleibt die Frage, wann endlich das Wappentier den Sprung aus dem Programm schafft – mit Hannlein im Beutel. ALEXANDER SCHMITZ

Gold gibt's immer noch

Den Ort gibt es wirklich: Goldkronach im Fichtelgebirge. Im 19. Jahrhundert wurde dort Gold gefunden, der Fördersturm steht noch. Er kommt auch ins Bild, als der Film von Fitzgerald Kusz, dem Nürnberger Dialektidioten, und Rainer Söhnlein beginnt. Dann sieht und hört man einen Männergesangsverein, der einen Rentner ein Geburtstagsständchen bringt. Rührung kommt auf.

Aber nicht seine Geschichte wird erzählt, sondern die seines Enkels Schorsch, der aus Nürnberg zur Geburtstagsfeier anreist und immer eine Gelegenheit sucht, schnelles Geld zu machen. Da kommt ihm das abgetakelte Bergwerk recht, er bringt das Gerücht von einem Goldfund in Umlauf, die Kreiszeitung berichtet sorglos darüber und versetzt das Dorf in Aufruhr. Regisseur Helmut Kisel hat daraus ein spritziges Volksstück gemacht, fast eine Satire auf die Dummheit der Leute. So lassen sie sich ihre „claims“ abstecken, wühlen in der Erde und müssen dafür auch noch bezahlen. Schorsch aber kassiert – anderthalb Stunden gute Unterhaltung im ZDF. ALBAN ROTT

STUDIO

Der Pionier der Radiomission, Clarence W. Jones (85), ist in den USA gestorben. Jones hatte zu Weihnachten 1931 in einem Schafstall in Quito (Ecuador) den Missionssender „Stimme der Anden“ begründet. Heute sendet La Voz de los Andes via Kurzwellen in zwölf Sprachen in alle Welt, allein in Deutsch täglich dreimal je 30 Minuten lang. Zum Sender gehören ein Krankenhaus und ein ambulanter Versorgungsdienst für die Indios des Landes. 1931 gab es in Ecuador sechs Radios. H. J.

Das Sozialwerk Altensteig bei Stuttgart hat ein sieben Millionen Mark teures Medienzentrum mit Fernsehstudio eröffnet. Nach Angaben des Vereins können es alle christlichen Gruppen benutzen. Die Produktionen sollen vorwiegend über Kabel- und Satellitenstationen verbreitet werden. Die Studio-Einrichtungen trägt eine Medien-GmbH, der Geschäftsteile angehören. (epd)

Die Stimme der Islamischen Republik, der Auslands-Rundfunk-

dienst des Iran, hat bei der Frequenz-Registrierungs-Behörde in Genf drei weitere Senderstandorte mit Sendern von je 500 kW angemeldet, darunter in Atebad und Ahwas. H. J.

In Großbritannien wird es ab Mitte Juni ein 24 Stunden pro Tag laufendes TV-Programm geben. Der kommerzielle Kanal ITV übernimmt von 6.15 Uhr bis 6.15 Uhr die Video-Pop-Programme des Kanals „Music Box“, der bereits in mehreren Ländern als Kabelprogramm verbreitet ist. ITV beginnt wie die BBC mit einem Frühstücksfest und sendet dann bis nach Mitternacht. Die Matinée-Ausstrahlung läuft zunächst für drei Probemonate regional in Yorkshire. (SAD)

Einen Begleiter zum Fernsehprogramm gibt die Lesegesellschaft (Mainz) Kindern und Eltern an die Hand. Unter dem Titel Lesen-Fernsehen-Spielen wird dabei jeweils für 14 Tage das Kinder- und Jugendprogramm aufgeführt und eine Auswahl themenbezogener Lese-, Spiel- und Bastelhefte geboten. Der Programmführer wird zunächst im süddeutschen Raum in einer Auflage von 20 000 Exemplaren in Kindergärten, Schulen und anderen pädagogischen Einrichtungen verteilt. (dpa)

ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM		SAT 1	
9.10 Sonnentanz	11.30 Unschov	18.00 Captain Future	
9.45 Kuchengarten	12.10 Konstante	18.30 Lasse	
10.00 Tugendhafte und Tugendlose	12.35 Passenden	18.50 Anschl. Betty Boop	
10.35 Goldschmied	13.00 Tugendhafte	19.00 Der Magier	
10.50 Tugendhafte	13.30 Tugendhafte	19.30 Anschl. Geschichte vom weißen Seelöwen	
11.00 heute	14.00 heute	19.50 Es darf gelacht werden	
11.30 heute	14.30 heute	20.00 Festival mit Charlie Chaplin	
11.50 heute	15.00 heute	20.30 APF Blick	
12.00 heute	15.30 heute	20.45 Sport	
12.30 heute	16.00 heute	21.00 Moderation: Roman Köster	
12.50 heute	16.30 heute	21.15 So als Wiedemann	
13.00 heute	16.50 heute	21.30 Italienischer Spielfilm (1965)	
13.30 heute	17.00 heute	21.45 Über die Weihnachtsfeiertage	
13.50 heute	17.30 heute	22.00 (Hst) Lucio Roldi mit seiner Frau	
14.00 heute	17.50 heute	22.15 nach Seestern zum Silbarten. Eine	
14.30 heute	18.00 heute	22.30 schöne Unbekannte bittet ihn zu	
14.50 heute	18.30 heute	22.45 einem Rendezvous.	
15.00 heute	18.50 heute	23.00 APF Blick	
15.30 heute	19.00 heute	23.15 M. - ein Midwesternmagazin	
15.50 heute	19.30 heute	23.30 Mit Tenschelberger und Kammann	
16.00 heute	19.50 heute	23.45 Nur 5 Dollar Spesen	
16.30 heute	20.00 heute	23.55 APF Blick	
16.50 heute	20.30 heute		
17.00 heute	20.50 heute		
17.30 heute	21.00 heute		
17.50 heute	21.30 heute		
18.00 heute	21.50 heute		
18.30 heute	22.00 heute		
18.50 heute	22.30 heute		
19.00 heute	22.50 heute		
19.30 heute	23.00 heute		
19.50 heute	23.30 heute		
20.00 heute	23.50 heute		
20.30 heute			
20.50 heute			
21.00 heute			
21.30 heute			
21.50 heute			
22.00 heute			
22.30 heute			
22.50 heute			
23.00 heute			
23.30 heute			
23.50 heute			
24.00 heute			

An der Seite eines solchen Menschen gelebt zu haben in Glück und Not – erfüllt das Herz mit großer Dankbarkeit und gibt Trost im Leid.

Dr.-Ing. E. h. Alfons Mauser

Ehrenbürger der Stadt Waldeck

geboren am 14. Dezember 1904
verstorben am 25. Mai 1986

Irmingard Mauser geb. Lohse
Alfons Michael Mauser
Andreas und Maren Mauser
Egon und Denise Mauser
Mathilde Mauser
Ingeborg Mauser
Madeleine Mauser
Peter und Vera Mauser

Jürgen und Irmingard Renken
Sylvia-Marina Renken
Sonja-Gabriela Renken
und alle Anverwandten

5000 Köln 51 (Marienburg), den 25. Mai 1986
Lindenallee 2-4

Das Seelenamt wird gehalten am Montag, dem 2. Juni 1986, um 10.30 Uhr in der Kirche St. Maria Königin, Köln-Marienburg, Goethestraße 84. Die Beisetzung findet anschließend um 12.00 Uhr auf dem Südfriedhof, Köln-Zollstock, statt.

Unser ehemaliger Gesellschafter und Geschäftsführer

Dr.-Ing. E. h. Alfons Mauser

Ehrenbürger der Stadt Waldeck

ist heute morgen nach kurzer schwerer Krankheit im Alter von 81 Jahren verstorben.

Gemeinsam mit seinen Brüdern übernahm er in früher Jugend das von seinem Vater gegründete Unternehmen und führte es bereits vor dem Kriege zu internationaler Bedeutung. Den Wiederaufbau aus den Trümmern des Zweiten Weltkriegs, die Ausdehnung des Produktionsprogramms auf zahlreiche neue Produkte und Technologien verdanken wir ihm in hohem Maße.

Sein unerschöpflicher Ideenreichtum, seine vorbildliche Pflichterfüllung, sein Durchsetzungsvermögen und seine große Begabung, seine Mitarbeiter für eine Aufgabe zu begeistern, haben entscheidend zu der Entwicklung unseres Unternehmens beigetragen.

Seine menschliche Wärme und sein großes Engagement für die Belange der Mitarbeiter haben ihm deren hohe Wertschätzung eingetragen.

Auch über sein Wirken im Unternehmen hinaus setzte er sich in zahlreichen Verbänden und Gremien für die Förderung von Wirtschaft, Forschung und Kultur ein.

Nach seinem vorzeitigen Ausscheiden aus gesundheitlichen Gründen blieb er bis zuletzt mit dem Geschehen in unseren Firmen eng verbunden.

In großer Trauer nehmen wir Abschied von einer hervorragenden Unternehmerpersönlichkeit und werden uns bemühen, sein Werk in seinem Sinne fortzusetzen.

MAUSER KOMMANDITGESELLSCHAFT und MAUSER-WERKE GMBH

Gesellschafter und Geschäftsführung
zugleich im Namen des Aufsichtsrats,
des Betriebsrats und der Belegschaft

5040 Brühl, den 25. Mai 1986
Schildesstr. 71-163

Das Seelenamt wird gehalten am Montag, dem 2. Juni 1986, um 10.30 Uhr in der Kirche St. Maria Königin, Köln-Marienburg, Goethestraße 84. Die Beisetzung findet anschließend um 12.00 Uhr auf dem Südfriedhof, Köln-Zollstock, statt.

Der brave Li Lisan

mar - „Zu Gast bei Frau Professor Li Sha“ war „China im Bild“, die deutschsprachige Peking Illustration. Und dabei erzählt man gleich im ersten Satz, daß Li Sha die „Witwe des chinesischen Revolutionärs Li Lisan“ ist. Dieser Name ist aufzudecken. Denn bislang fand man ihn nur unter den feindlichen Elementen verzeichnet. Die „Li-Lisan-Linie“ galt als eine der „zehn feindlichen Linien“ gegen Mao.

Li organisierte die Gewerkschaften der Arbeiter. Und im Gegensatz zu Mao folgte er 1927 der Weisung Stalins, in den Städten mit Aufständen zu beginnen - die allerdings scheiterten. Deswegen werden Li Lisan in Maos Werken „Putschismus“ und „linker Opportunismus“ vorgeworfen. Angeblich soll Li darum auch beim 3. Plenum des VI. ZK im September 1930 Selbstkritik geleistet und seine Parteifunktionen abgegeben haben. Das schreibt auch „China im Bild“. Tatsächlich wurde er jedoch von dem sowjetischen Komintern-Berater Pawel Mif gestürzt, weil der die moskauhörigen „28 Bolschewiken“ in die Parteiführung lancieren wollte.

Li Lisan lebte 15 Jahre in Moskau und kehrte 1946 nach China zurück, wo er bis zur Kulturrevolution dem ZK angehörte. Über sein Ende teilt „China im Bild“ lakonisch mit: „Infolge grausamer körperlicher Verfolgung starb er am 22. Juni 1967.“ Am selben Tag wurden seine russische Frau, die inzwischen die chinesische Staatsbürgerschaft besaß, und seine beiden Töchter verhaftet und acht Jahre im Gefängnis festgehalten. Aber die Erfahrung der Sippenhaft war für Li Sha nicht neu. Als Li Lisan im Februar 1938 in Moskau als „trotzkistisches Element“ und „japanischer Spion“ verhaftet wurde, schloß man sie sofort aus dem Komintern aus und jagte sie aus der Komintern-Wohnung. Das alles teilt „China im Bild“ mit, als handele es sich um eine Geschichte aus ferner Zeit, deren Übelkeit nichts mit der heute in Moskau und Peking herrschenden Parteiengemein haben. So einfach kann man die Vergangenheit bewältigen - wenn man das richtige Bewußtsein hat.

Neue B.-Streisand-LP

Bei jedem Takt unter Starkstrom

Es gibt noch Song-Götinnen. Mögen in unseren hektischen Pop-Zeiten auch mal ein „Prince“, mal eine „Madonna“ kurzfristig den lauten Ton angeben: Mitten in das Musik-Szenarium der geballten Künstlichkeit platzt dann plötzlich eine Lichtgestalt des Musical- und balladischen Jazz-Gesangs und offenbart, was Kunst ist. Barbara Streisand, die empfindsame und verletzliche, zugleich aber detail- und perfektionssensiblere Song-Interpretin und Musical-Darstellerin weiß nur zu gut, daß harte Arbeit und unermüdliches Herumfeilen am harmonischen und rhythmischen Gerüst der Lieder vonnöten sind, um wirklich Kunst zu machen. Stück für Stück tüftelt sie so im Studio zusammen. „Putting it together“ heißt dann auch ihr explizit-verbaler Bekenntnis-Song, der die neue Streisand-LP „The Broadway Album“ (CBS 85322) mit einer Art musikalischen Urknall eröffnet.

Eine Platte voller Kunstwerke ist das in Zusammenarbeit mit Stephen Sondheim und Peter Matz (Arrangements) entstandene. In diesem Musical-Potpouri vom Besten und Allerfeinsten, was der Broadway zu bieten hat, gönnt sich die Streisand bei ihrem stimmlichen Einsatz nicht die kleinste Atempause, steht sie bei jedem einzelnen Takt unter Hochspannung. Präzise selbst bei rasanten Tempi und mit jenem „ahnennden“ Swing-Gefühl gesungen, das man nicht erlernen kann, zeigt sie vor allem in ihren betörenden, die Seele durchdringenden Balladen-Interpretationen, wie wahre Gesangskunst beschaffen sein soll. Barbara Streisand hat sich für ihr Broadway-Album die schönsten Melodien ausgesucht, die je geschrieben wurden, und deswegen erscheint es beinahe müßig, darüber zu philosophieren, welches wohl der beste oder bewegendste Titel der Platte ist.

Leonard Bernstein soll über Barbara „Somebody“ teils in Freudentänzen, teils in Freudentränen ausgebrochen sein. Gershwin-Freunde werden die Song-Evergreens „I love you, Porgy“, und „Bess, you are my woman now“ als neue Offenbarung empfinden. Beobachter der aktuellen Musikszene schließlich werden Barbara Streisands musikalische Ausdeutung von Stephen Sondheims schwerwiegenden Ballade „Send in the clowns“ gegenüber der mehr vordergründigen Song-Variante von Shirley Bassey den Vorzug geben. „The Broadway Album“. Eine Platte, die im Lande der Werdings, Nicols und Peters den Rundfunkanstalten als Pflichtnummer verordnet werden mußte.

KLAUS BERGER

WELT-Gespräch mit Ivan Nagel, Intendant des Stuttgarter Schauspielhauses

Bitte keine B-Produktionen!

WELT: Als Sie vor acht Monaten die Nachfolge von Hansgünter Heyme am Stuttgarter Staatsschauspiel antraten, haben Sie versprochen, der grauen Wirklichkeit durch ein lebendiges Theater entgegenwirken zu wollen. Ihre Kritiker sehen das inzwischen anders. Hat die Wirklichkeit Ihr Theater eingeholt?

NAGEL: Bis Ende April (der Premiere von „Tartuffe“) stammte unser ältestes Stück von Fassbinder, hieß unser ältester Autor Harold Pinter. Gelobt, auch getadelt werden wir, weil wir kein graues und gestriges, sondern heutiges, realistisches, theatrales Theater machen. Also: Ich glaube unverändert, daß nur eine harte und genaue Beschäftigung mit der Wirklichkeit unser Publikum, uns Theatermacher aufrufen kann aus der Lähmung und Lethargie, die unsere Gesellschaft, unser Theater in diesen Jahren bedrücken.

WELT: Die Kritik hat Ihnen bald „Fäkalstücke“, bald „Unterhaltungstheater“ vorgeworfen. Und das Publikum?

NAGEL: Die Kritik konnte uns auch beim bösesten Willen kein langweiliges Theater vorwerfen, keine braven Bildungsübungen, keine weltlos narzisstische Nabelschau. Heute ist mir Lachen lieber als Selbstmitleid, ein scharfer Blick lieber als ein feierlicher. Das Stuttgarter Publikum ist uns erstaunlich schnell gefolgt. In meist ausverkauften Häusern. Es hat neue Stoffe, von AIDS (Hoffmanns „Wie Du“) bis zur politischen Folter (Pinters „Noch einen letzten“), unbekannte Autoren und Titel akzeptiert. WELT: Zwei Regisseure, auf die Sie gebaut hatten, Peter Zadek und Luc Bondy, sind selbst Intendanten geworden und fielen für sie aus. Hat das nicht einerseits wieder einmal den Manager-Intendanten in Frage gestellt, andererseits den Mangel an gu-

ten Nachwuchsregisseuren deutlich gemacht?

NAGEL: Daß zwei meiner engsten Freunde und vorgehenden Mitarbeiter mittlerweile die beiden prestigereichsten deutschen Schauspielhäuser leiten, ist mir eine Freude - und ein Anstoß, mich für neue Regisseure zu entscheiden (wie ich mich vor 19 Jahren für Zadek vor 13 für Bondy entschied). Wie lange wird es Zadek, Bondy Spaß machen, die Verantwortung, die Last auch für andere Leute Arbeit zu übernehmen? - Der Regisseur als Intendant braucht neben sich drei oder vier andere Regisseure. Die Schauspielerei kommt seitenswegen, nicht wegen seiner Kollegen. Deren Arbeit schwebt in der Gefahr, zur B- oder C-Produktion hinabgestuft zu werden.

Ein nicht inszenierender Intendant hat es leichter, die Arbeit der Regisseure und Schauspieler unparteiisch, gerecht zu organisieren, zu unterstützen. Die heute interessanten Regisseure um die Dreißig, etwa Brecht, Hildorf, Weise, Wieler, Zinger, sind nicht bei Zadek oder Peymann in Bochum, nicht bei Stein in Berlin großgeworden. Sie arbeiten in Freiburg, Frankfurt, Mannheim (und Stuttgart). Nicht unter Druck von theaterleitenden Großregisseuren. Ihre Frage bleibt gültig: Wie und wo wächst heute ein begabter junger Regisseur?

WELT: Hat dessen schwieriges Nachwachsen nicht auch mit dem zu raschen Wechsel von Intendanten zu tun? Sind nicht auch viele Störungen im Verhältnis zwischen Theater und Publikum darin begründet?

NAGEL: Ein Fünftel, Sechstel, Siebenstel Jahreswechsel scheint mir nicht ungesund. Was mich betrifft: Nach sieben Jahren am Deutschen Schauspielhaus in Hamburg war es mir unentbehrlich, zwei Jahre lang in New York neue Musik und Kunst, neuen Tanz, neues Theater aufzunehmen; dann ein Jahr lang am Wissenschaftskolleg in Berlin Hunderte Bücher zu lesen - und eines, über Mozarts Opern, zu schreiben. Auch meine Kollegen brauchen offenbar den Wechsel: Sie pendeln zwischen Regie und Intendant, Schauspiel und Oper - oder einfach zwischen den Städten.

Aber im Ernst: Der allzu flüchtige, willkürliche Wechsel gefährdet die Zusammengehörigkeit zwischen Schauspielern und einer Stadt, zwischen Truppe und Publikum. Er kratzt die Selbstverständlichkeit der größten Ständesorden der Theaterberufe an. Zu ihnen gehören immer noch: Kollegialität, Disziplin in der täglichen Probe, Verachtung aller Krankheiten und inneren Nöte, damit am Abend das Spiel stattfinden kann. Zu solchen Opfern wird man nicht stündlich neu „motiviert“ (wie man das heute sagt) durch Regisseure und Intendanten - sondern stetig verpflichtet.

durch ein Publikum, durch „sein“ Theater, „seine“ Stadt. Andererseits der Gewinn: Die „wandernden“ Schauspieler verfallen nicht der Wohlstandsroutine, der gewerkschaftlich gesicherten Staatstheaterwürde und -starre - sie spüren noch zeitweilig die alten, schönen Impulse der „Truppe“ als Gegenkraft gegen die Institution.

WELT: Aber der heute übliche Umzug ganzer Theatertruppen stellt sich überhaupt nicht auf die konkreten Situationen des Publikums in einer Stadt ein. Spielt Ihre „Truppe“, die aus München, Hamburg, Wien, Köln, Bochum, Tübingen zusammenkam, etwa für Stuttgart?

NAGEL: Ja. Sogar in unserer Weigerung, in diesem wohl gebildeten, bürgerlichsten Landstrich der Bundesrepublik nur bürgerliches Bildungstheater zu spielen - in unserem Entschluß, auf Realität und Theatralität zu setzen.

WELT: Sie haben zwar einen extrem zeitgenössischen Spielplan, aber es finden sich darin kaum deutsche Autoren. Gibt es keine?

NAGEL: Die meisten deutschen Autoren fangen mit einer vorgefaßten formalen Transposition im Kopf, mit einem mächtigen literarischen Anspruch an, statt diesen Formwillen an Stoffen, gegenwärtigen Konflikten und Problemen zu entfalten. Der deutschen Dramatik ist die Einsicht verloren gegangen, daß neue Stoffe auch neue Formen hervorbringen.

WELT: Bei Peter Handke oder Tankred Dorst oder Botho Strauß scheint doch im Augenblick so etwas wie eine neue Mythosuche stattzufinden. Wäre das nicht auch eine bedenkenswerte Position?

NAGEL: Die Beschäftigung mit dem Mythos, mit einer grausamen Alten Welt, hat mich bis jetzt nur in „Bauern sterben“ von Kretz interessiert. Bei Strauß sehe ich etwas anderes. Strauß gibt eine genaue Diagnose der Verluste. Bei ihm ist „Mythos“ nicht die Darstellung eines Alten, Vorgedrehten, sondern die präzise Vermessung des Abstands der Wirklichkeit vom Wünschbaren - oder vom Verlorenen.

WELT: Führt es nicht, wenn Sie die Darstellung einer Gegenwart meiden, zur Abbildung jener grauen Wirklichkeit, gegen die Sie sich doch gerade wenden?

NAGEL: Das Theater kann sicher nicht allein jenes starre Beharren von Besitzständen aufbrechen, das unsere Wirklichkeit so lichtlos, versteinert macht. „Tina“ des zürcherischen, wäre ein falscher, ebenfalls lähmender Rückfall in die Illusionen der späten 60er Jahre. Aber wenn das Theater wach, konzentriert und lebensnah in uns das Bewußtsein des Mangels schärft, hält es sich bereit für Situationen, in denen es wieder stärkere öffentliche Projektionen - in denen es wieder Hoffnung geben könnte.

LOTHAR SCHMIDT-MÜHLISCH



„Bewußtsein des Mangels schärfen“: Ivan Nagel FOTO: PETER PEITSCH

Carlos Kleiber und das Bayerische Staatsorchester auf ihrer Japan-Tournee

Ein wahrer Mephisto am Konzertpult

Der Schwierige achtmal hintereinander am Pult: Carlos Kleiber je fünfmal mit Beethovens 4. und 7., je dreimal mit der „Freischütz“-Ouvertüre, mit Mozarts B-Dur-Sinfonie Nr. 33 und der 2. Brahms. Das ganze je dreimal überkört von der „Fledermaus“-Ouvertüre und der Polka „Unter Donner und Blitz“ von Johann Strauß.

Welcher Musikenthusiast hielt das nicht für einen unrealisierbaren Wunschtraum? Der aber wurde Wirklichkeit in Japan, innerhalb von 11 Tagen: Kleiber hatte zu einem beispiellosen Siegeszug mit dem Bayerischen Staatsorchester aus, in Tokio, Yokohama, Nagoya und Osaka.

Man kamte ihn in Japan als „Rosenkavalier“-Dirigenten vom Gastspiel der Bayerischen Staatsoper 1974. Danach war er noch einmal mit der Mailänder Scala gewesen, und nun rissen sich die japanischen Veranstalter um ihn wie alle anderen überall in der Welt. Das pflegt den Unvorurteil im allgemeinen vollkommen kalt zu lassen. Nicht aber im Falle Japan. Der Konzertagent Tadatsugu Sasaki von der potenten Japan Performing Arts Foundation lud ihn zu einer Tournee mit einem Orchester seiner Wahl ein, und Kleiber zeigte sich interessiert. Er fragte beim Bayerischen Staatsorchester an, mit dem er am vertrautesten ist. Schließlich steht er - selten genug zwar - immer noch am häufigsten in München am Opern- oder am Konzertpult.

Das Orchester war sofort Feuer und Flamme. Weniger das Kultusministerium, das befand, ein Bayerisches Staatsorchester habe in Bayern zu spielen. Operndirektor Wolfgang Sawallisch setzte sich vehement für den Kollegen Kleiber und das Orchester ein, was um so höher zu veranschlagen ist, als Japan seit 22 Jahren seine, Sawallischs Domäne ist. Dort hin nun das eigene Orchester mit einem Konkurrenten ziehen zu lassen, ist ein nicht eben selbstverständlicher Akt von Generosität.

Die rund 24 000 Konzertkarten waren schon verkauft, als um die Zusage des Ministeriums immer noch genun-

gen wurde. Ein Nervenkrieg auch für den Tourneeleiter und Orchestervorstand Kurt Meister. Doch verbürgte sich Sawallisch für Qualität auch in München: 70 der 140 Musiker sollten nach Japan fliegen, 70 in München Dienst tun - immerhin ein paar mal unter Sinopoli bei der „Macht des Schicksals“. Mit je 30 Prozent Aushilfen in München und in Japan mußte es zu schaffen sein. Ministerpräsident Strauß und Kultusminister Maier rangten sich schließlich sogar ein Grußwort fürs Programmheft ab, strichen die fünf Prozent Einküßelkörper ein, weil sie ihren teuren Klangkörper sozusagen in dessen eigener Sache anzuhören. Jetzt dürfen sie sich an die Brust klopfen: rühmbekrönt kehrt das Orchester unter Kleiber als Sieger heim. Einen auch nur annähernd vergleichbaren Erfolg gab es in Japan noch nie.

Am ersten Abend in Tokios Bunka-Kaikau waren Maurizio Pollini zur Stelle und Japans Dirigent Nummer eins Seiji Ozawa. Sory-Präsident Ohga saß im Parkett und der Nestor der japanischen Musikkritik. Dazu bereiteten 2200 musikbegeisterte Japaner den Münchner Gästen einen Triumph, den älteste gediente Japaner aber auch junge Leute, die Beifallsphänomene sonst am schnell erlitzten Rock-Publikum messen, übereinstimmend als singulär verzeichnen: einen solchen Beifallssturm haben wir noch nie erlebt.

100 Hände strecken sich Kleiber entgegen, wollen ihn berühren wie einen Guru. Zum Schluß ist der Bühneneingang schwarz von Menschen. Sie bilden Spalier, wenn die Musiker zu ihren Bussen gehen, wollen Autogramme, überreichen Amulette und kleine Blumensträuße, applaudieren jedem einzelnen, wie einem Weltstar. Der Mercedes von Carlos Kleiber schließlich - er sitzt mit Pollini im Fond - wird so von der Menge umdrängt, daß er nur millimeterweise vorwärtskommt.

Seit Weihnachten waren die Kleiber-Konzerte total ausverkauft - zwei Stunden nach Vorverkaufsbeginn. Vier Tage und vier Nächte hatten die

Überwiegend jungen Interessenten in Schlafsäcken bei Eisesskälen auf der Straße gelegen. Die Preise sind astronomisch: zwischen 80 und 200 Mark. Ermäßigungen gibt es nicht. Jede Karte wird einzeln und zum vollen Preis verkauft.

Daß das japanische Publikum eine Mischung aus Fachkunde und Disziplin vorliebt, wußten wir. Wenn man selber mit Japanern im Konzertsaal sitzt, weiß man erst, was das heißt. Absolute Stille. Hochkonzentriertheit. Zwischen den Sätzen ein paar knappe Husten, eine neue Position wird eingenommen, dann wieder diese vollkommen geräuschlose Aufmerksamkeit. Eine Stille wie im Tonstudio (kretzerische Gedanke: ein Raub-Mitschnitt würde hier durch keinen Rauschen verunreinigt).

Nach dem Schlußakkord bricht der Jubelschrei los. Danach ein Beifall, minutenlang, der einem fast den Atem nimmt. Das ist jedoch durchaus nicht immer so. Pollinis Klavierabend wurde begeistert, aber doch nicht euphorisch aufgenommen, und beim Ballettgastspiel der Pariser Oper mit „Romeo und Julia“ hielt sich der Applaus knapp in den Grenzen der Höflichkeit.

Kleibers Ausnahmehang jedoch wurde sofort erkannt. Die japanische Kritik reagierte überrascht aber begeistert auf die vehementen Beethoven-Tempi („Ein befreiter aber doch ganz deutscher Beethoven“), freute sich über die „Fledermaus“-Zugabe und fand sie eine willkommene Alternative zur „Leonorenouvertüre“. Kleiber wurden mephistophelische Züge nachgerühmt.

In Tokio bekam jeder Musiker nach jedem Konzert ein Tütchen mit 100 Yen (1,40 DM): Alte Kabuki-Sitte für ein ausverkauftes Haus. Carlos Kleiber genoß den Triumph, ließ sich tragen von einer riesigen Sympathiewoge, besuchte sogar die Empfänger, zapfte mit kräftigem Schlag ein Sake-Faß an und hielt folgende Rede in einem Satz: „Ich möchte nur sagen, das ist eine der wenigen Sachen, wo es mir nicht leid tut, daß ich's nicht abgesagt habe.“ BEATE KATYSER



Wieder in Mode gekommen: „Andromache“, Skulptur von Milos Forman. Aus der Pariser Ausstellung FOTO: MUSEES NATIONAUX

Paris zeigt französische Skulpturen des 19. Jhds.

Wettstreit um den Kopf

Wenn es noch eines Beweises bedurfte hätte, die Monumental-ausstellung im Grand Palais „Die französische Skulptur im 19. Jahrhundert“ erbringt ihn: Das 19. Jahrhundert ist eindeutig wieder in Mode. Erst zierten sie Grabmäler, jeden größeren Platz einer Stadt, die etwas auf sich hielt, verschönernden Parks, gewählten nach der Niederlage von Sedan die notwendige Bestätigung der eigenen nationalen Größe, wanderten dann, liebes aufbewahrt in die Depots der Museen, um nun, soweit möglich sorgfältig restauriert, zu neuem Glanz zu erwachen. Ironischerweise führte gerade das, was im 19. Jahrhundert zur weiten Verbreitung der Bildhauerei beigetragen hatte, nämlich die Skulptur als Ausdruck nationaler Größe, im 20. Jahrhundert dann zu ihrer Mißachtung.

Wichtige Impulse, der Skulptur wieder einen gesicherten Platz zuzuwenden, kamen von der Photographie, und in diesem Zusammenhang war Amerika führend, wird doch in diesem Land die Photographie schon seit geraumer Zeit als eigenständige Kunst betrachtet. Wichtige wissenschaftliche Vorarbeit auf dem Gebiet der „Monumente für die Mittelklassen“ - so der Titel einer Ausstellung in Louisville/USA - wurde dementsprechend in den USA bereits geleistet, als Europa noch nicht daran dachte, sich dafür zu interessieren.

Imposant ist die gegenwärtige Ausstellung fürwahr, sowohl bezüglich Umfang (an die 250 Skulpturen von wenig klein bis übermannshoch), Diversität als auch umfassender, alles abhandelnder Thematik. So kommen sämtliche Aspekte technischer Natur in sehr geschickter Form im ersten Saal zur Geltung, wobei die Präsentation (grüner Fußboden, grün-schwarz gesprenkelte Trennwände) jeglichen Eindruck von Müffeltigkeit verleiht, so daß man die auf der linken Seite einander gegenüberstehenden Büsten gerne, bisweilen sogar amüsiert, betrachtet. Ein großer Teil dieser Büsten stammt aus dem von der Ecole des Beaux Arts zweimal jährlich organisierten Wettbewerb um den ausdrucksvollsten Kopf, wobei die Schüler nach einem lebendigen Modell arbeiteten. Das Modell hatte dabei gemäß Statuen des Mö-

lichst weiblichen Geschlechts, jung und tugendhaft zu sein. Dementsprechend sind auch die Köpfe geraten.

Unter dem technischen Aspekt der Marcotte (Wiederverwendung von Skulpturen und deren Teile zu einem neuen Werk) sind mehrere Skulpturen von Rodin zu sehen, die zum Besten gehören, was die Ausstellung zu bieten hat. Einige davon sind das versteinerte Sinnbild der engen Verbindung zwischen Sinneslust und Schmerz, andere das Abbild des seeligen Ideals zurechtfindenden Menschen, der an der Begrenzung durch die Realität scheitert. Leider ist von seiner Geliebten Camille Claudel, Schwester Paul Claudels und begnadete Bildhauerin, nur ein Werk zu sehen. „Das reife Alter oder die Fatalität“, von dem Paul Claudel sagte, es stelle das gesamte Leben ihrer leidenschaftlichen Seele dar.

Ein mit der Technik der Bildhauerei eng verbundener Aspekt sind die zur Anwendung gelangenden Materialien. Und so kommt man in ein dunkel gehaltenes Rondell, wo die berühmte „Tänzerin von 14 Jahren“ von Degas zu sehen ist. Mit ihrem Tutu und der Satinschleife im Haar ist sie Ausdruck eines Realismus ohne jede Konzeption. Gleichzeitig bietet sie eine überraschend moderne Darstellung der menschlichen Bewegung als Kunstpose und Begriff psychischer Dynamik zugleich.

Indem man dann die zu Grabmalzwecken geschaffenen Statuen am besten friedlich weiterschleppern und die steinernen Helden in ihren kämpferischen Posen läßt, gelangt man schließlich zu Maillois berühmter „Mediterranée“, die ohne jede Koketterie, in sich selber ruhend, dasitzen, umgeben von Figuren in antiker Gebärde.

Schließlich werden noch die verschiedenen geistesgeschichtlichen Strömungen wie die Romantik und ihre Einflüsse auf die Skulptur abgehandelt. Als langweilig wie Baudelaire 1846 die Skulptur apostrophierte, kann man die gegenwärtige Ausstellung sicher nicht bezeichnen; dazu hat man unter anderem auch zu viel gelemt (bis 28. Juli).

BEATRICE SCHAFFHAUSER

Der Dramatiker Fritz Hochwälder wird heute 75

Klassische Experimente

Immer wieder betont der geprüfte Tapeziermeister - und nebenbei großartige Dramatiker wahrhaft klassischen Formate - Fritz Hochwälder, wie wichtig für seine künstlerische Entwicklung die Erlernung des Handwerks gewesen sei: Präzision und Materialechtheit. Bei ihm war es Beruf, bei den österreichischen Adligen des Vorkriegs war es Prinzip, den jungen Sproß eine Lehrzeit durchlaufen zu lassen.

Hochwälder ist zur Zeit auf einige Wochen aus seinem Schweizer Wohnort nach der Heimatstadt Wien zurückgekehrt, wo er nach Grillparzer und Canetti als Dritter im Bunde der Dichter die selten verliehene Ehrenbürgerurkunde Wiens entgegengenommen hat und wo er heute seinen 75. Geburtstag begeht. Selbst nach mehreren Herzinfarkten wirkt er äußerst wach, ja, quicklebendig, wenn er auch gelegentlich einfließen läßt: „Sehen Sie mich gut an. Sie sehen mich zum letzten Mal.“ Diesmal wird er nicht, wie 1938 nach der Zwangseingemeindung Österreichs durch Hitler, über den Rhein nach der

Schweiz schwimmen müssen, aber man würde es ihm beinahe zutrauen.

Das Burgtheater hat ihn traditionsgetreu mit der Aufführung seines Stückes gewürdigt, aber dafür ist ihm die Ehre widerfahren, in der Volkshochschule Ottakring aus seinem neuesten Stück „Leporello sucht einen neuen Herrn“ vorlesen zu dürfen. „Spätestens wenn ich tot bin, wird die Nachfrage nach mir steigen“, stellt er unbeirrt fest, „die Asche meiner Urne wird sich darum vergnügen die Hände reiben.“ Soll man so etwas in einem Geburtsstagsartikel anführen? Gewiß, denn mehr als jede literarische Würdigung zeigt es den kostbaren Menschen Hochwälder, dessen Werk über den Jesuitenstaat in Paraguay, „Das heilige Experiment“ (1941/42), ihn berühmt gemacht hat.

Drei Dramen hat er ungespielt in der Lade liegen, die Avantgarde hat ihn glatt überholt, obwohl doch „Donnadio“ und „Der Flüchtling“ zwei fesselnde Stücke sind, nach denen Theaterdirektoren lechzen müßten. Oder gar sein Meisterwerk „Die Herberge“ (1954/55). Immerhin hat das stets be-

JOURNAL

Nachlaß Benns ins Deutsche Literaturarchiv

dpa, Marbach
Ise Benn, die Witwe des Dichters Gottfried Benn, hat mit der Deutschen Schillergesellschaft vertraglich vereinbart, den literarischen Nachlaß ihrer Mannes dem Deutschen Literaturarchiv in Marbach zu übergeben. Zusammen mit anderen Sammlungen, die bereits vorhanden (zum Beispiel die des Bremer Kaufmanns Friedrich Wilhelm Oelze) oder zugesagt sind, entsteht in Marbach ein umfassendes Gottfried-Benn-Archiv. Im Marbacher Schiller-Nationalmuseum wird zur Zeit aus Anlaß des 100. Geburtstages von Benn eine große Ausstellung gezeigt. Sie dauert bis 31. Oktober (der Katalog, bereits in 2. Auflage, kostet 20 Mark).

Ein ausgemaltes Etruskergrab

dpa, Tarquinia
Ein reich ausgemaltes Etruskergrab haben Archäologen bei Tarquinia, etwa 100 Kilometer nördlich von Rom, entdeckt. Sie schätzen, daß die 30 Quadratmeter große Grabkammer vor 2300 Jahren angelegt wurde. Ein 50 Zentimeter breites Loch in einer der Wände verrät, daß Grabräuber bereits in der Kammer waren und alle transportablen Grabbeigaben gestohlen haben. Was blieb, sind die kostbaren Malereien an den Wänden.

Städte finanzieren Kulturausgaben

lnw, Köln
Die Städte in der Bundesrepublik, die schon heute den Löwenanteil der öffentlichen Kulturausgaben, nämlich gut 60 Prozent (rund fünf Milliarden Mark), aufbringen, werden künftig ihr kulturelles Aussehen noch verstärken müssen. Diese Auffassung hat in Köln der Präsident des Deutschen Städtebundes, der Frankfurter Oberbürgermeister Walter Wallmann (CDU), vertreten. Angesichts der vermehrten Freizeit der Bundesbürger fälle den Städten die Aufgabe zu, ihr Kultur- und Freizeitangebot auszuweiten.

Neues Madrider Kunstszenum

dpa, Madrid
Ein neues Kunstszenum ist in Madrid eingeweiht worden. Es ist nach der spanischen Königin Sofia benannt. Zunächst wurde nur rund ein Viertel einer Gesamtfläche von 40 000 Quadratmetern des restaurierten ehemaligen Allgemeinen Krankenhauses, eines prächtigen Späthochbaus aus dem 18. Jahrhundert, seiner neuen Bestimmung übergeben. Das „Centro de Arte Reina Sofia“, etwa tausend Meter von Prado entfernt, soll der modernen Kunst gewidmet sein.

Spielplan der Hamburger Staatsoper 1986/87

warn, Hamburg
Als spektakulärste Projekte für die kommende Spielzeit hat die Hamburgische Staatsoper die deutsche Erstaufführung von Luigi Nono „Prometheus“ und eine Neuzinszenierung von Verdis „Rigoletto“ in der Inszenierung von Johannes Schaal unter der Stabführung von Giuseppe Sinopoli angekündigt. Daneben sind Neuzinszenierungen von Smetanas „Verkaufte Braut“ durch Adolf Dresen und von Glucks „Einkauf“, „Le Cadi dupe“ und „Le Cinesi“ unter der musikalischen Leitung von René Jacobs vorgesehen. John Neumeier plant zwei Ballett-Uraufführungen: eine Choreographie nach Gershwin-Musik und ein „Peer Gynt“-Ballett nach Ibsen. Die Musik schreibt Alfred Schnittke. Auf der Experimentierbühne wird A. Kounadis „Kammeroper „Der Sandmann“ uraufgeführt.



Erhielt selten die selten verliehene Ehrenbürgerstadt Wiens: Fritz Hochwälder FOTO: INTERPRESS

mühte Volkstheater in Wien kürzlich seinen „Himberpfücker“ neu herausgebracht. Die sich als Hochkultur gebärdende Kamarilla aber nimmt es ihm übel, daß er sich von politischen Stücken abgewandt hat und gar von anderen Experimenten als dem heiligen nichts wissen will.

ERIK G. WICKENBURG

Im Verlag Styria, Graz u. Köln, sind erschienen: „Dramen“, Bd. 1-4, 808 Seiten, 108 Mark.

